

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/200306]

**10. DEZEMBER 2020 — Programmdekret 2020 (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN*

*Abschnitt 1 — Gesundheit*

**Artikel 1** - In Artikel 10.3 § 2 Absatz 3 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juli 2020, wird die Wortfolge "vierzehn Tage ab der Heimkehr" durch die Wortfolge "eine vom Arzt-Hygieneinspektor festgelegte Dauer" ersetzt.

**Art. 2** - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juli 2020, wird folgender Artikel 10.4.1 eingefügt:

"Art. 10.4.1 - Unbeschadet der Maßnahmen, die der Arzt-Hygieneinspektor aufgrund von Artikel 10.3 auferlegen kann, und der in Artikel 10.4 erwähnten Befugnisse des Arzt-

Hygieneinspektors kann die Regierung Initiativen und Maßnahmen allgemeiner Art zur Bekämpfung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten ergreifen.

Der Arzt-Hygieneinspektor oder, auf seinen Antrag hin, der zuständige Bürgermeister sind damit beauftragt, die Einhaltung der aufgrund von Absatz 1 ergriffenen Initiativen und Maßnahmen zu überprüfen, und verfügen zu diesem Zweck über die in Artikel 10.4 § 1 aufgeführten Befugnisse."

**Art. 3** - In Artikel 10.6 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Juli 2020, wird zwischen die Wortfolgen "im deutschen Sprachgebiet heimkehren," und "keine Folge leistet" die Wortfolge "sowie den aufgrund von Artikel 10.4.1 erlassenen Maßnahmen und Initiativen" eingefügt.

*Abschnitt 2 — Familie*

**Art. 4** - In Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, abgeändert durch das Dekret vom 2. März 2015, wird folgender Satz eingefügt:

"Findet die Kinderbetreuung in den Räumlichkeiten einer Unterrichtseinrichtung oder in Räumlichkeiten statt, die dieser angegliedert sind, ist ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten nicht erforderlich."

**Art. 5** - Artikel 16.5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 16.5 - Bescheinigung zur Steuerermäßigung

§ 1 - Im Hinblick auf die Gewährung der Steuerermäßigung für die Betreuung von Kindern gemäß Artikel 145/35 des Einkommensteuergesetzbuches und die Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung zugunsten der betreffenden Steuerpflichtigen durch die Regierung erfüllen die in Absatz 2 Nummer 3 desselben Artikels erwähnten Anbieter die folgenden Mindestbedingungen:

1. der Anbieter hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet;
2. der Anbieter stellt eine den Bedürfnissen der Kinder angepasste Infrastruktur, die die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Hygiene der Kinder gewährleistet, zur Verfügung;
3. der Anbieter stellt einen Ruhebereich für Kinder zwischen drei und fünf Jahren zur Verfügung;
4. der Anbieter stellt einen Erste-Hilfe-Kasten in unmittelbarer Nähe des Betreuungsortes zur Verfügung;
5. die bei dem Anbieter tätigen volljährigen Betreuer haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Betreuung von Minderjährigen untersagt.

Die in Absatz 1 aufgeführten Mindestbedingungen gelten unbeschadet weiterer dekretal festgelegter Bedingungen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

§ 2 - Die in § 1 genannten Bedingungen zur Gewährung einer Steuerermäßigung für die Betreuung von Kindern gelten als erfüllt, wenn dieses Angebot zur Betreuung in einem der folgenden Bereiche von der Regierung bezuschusst wird:

1. Kinderbetreuung in Anwendung des vorliegenden Dekrets;
2. Kreative Ferienateliers in Anwendung des Dekrets vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers;
3. Ferienlager im Sportbereich in Anwendung des Sportdekrets vom 19. April 2004;
4. Jugendlager, organisiert durch eine Jugendgruppe einer geförderten Jugendorganisation in Anwendung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

§ 3 - Die Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Artikels wird durch die in Artikel 17 erwähnten Inspektoren kontrolliert."

**Art. 6** - In Artikel 50 § 2 Absatz 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird die Wortfolge "Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute" durch die Wortfolge "Artikel 1 § 3 des Gesetzes vom 25. April 2014 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute und der Börsengesellschaften" ersetzt.

## Abschnitt 3 — Soziales

**Art. 7** - Artikel 46 § 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren, ersetzt durch das Gesetz vom 5. August 1992 und abgeändert durch die Dekrete vom 2. Mai 1995 und 7. Januar 2002, wird aufgehoben.

**Art. 8** - Artikel 11 § 2 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„eine Verwaltungskraft in Höhe von 0,35 Vollzeitäquivalent. Die Verwaltungskraft verfügt mindestens über ein Abschlusszeugnis der Unterstufe des allgemeinbildenden

oder technischen Sekundarunterrichts oder einen diesem gleichgestellten Studiennachweis.“

3. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Der Personalzuschuss entspricht 87,5 % der effektiven Gehaltskosten und entspricht den von der Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich, wobei bezüglich des Koordinators für den Höchstzuschuss die Gehaltsstufe für den Inhaber eines Bachelors oder Graduates und bezüglich der Verwaltungskraft die Gehaltsstufe für den Inhaber eines Abschlusszeugnisses der Unterstufe des allgemeinbildenden oder technischen Sekundarunterrichts oder eines diesem gleichgestellten Studiennachweises berücksichtigt wird. Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.“

**Art. 9** - In Artikel 13 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Die Sicherheit, der durch den Träger für seine Dienstleistung genutzten Räumlichkeiten wird durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt.“

**Art. 10** - Artikel 50 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 50 - Rückforderungen

Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten besteht, können die Dienststelle oder der Dienstleister die von der Dienststelle berechneten tatsächlichen Kosten der in Kapitel 3 definierten Unterstützungsmaßnahmen sowohl bei dem Nutznießer nach Zahlung des geschuldeten Betrags durch den Dritten als auch unmittelbar bei dem Drittzahler durch das Eintreten in die Rechte des Nutznießers einfordern. Vereinbarungen bezüglich der Schadensersatzregelung, die zwischen dem Nutznießer und dem Drittzahler abgeschlossen werden, sind der Dienststelle nicht entgegenzuhalten. Die tatsächlichen Kosten der Unterstützungsmaßnahme beinhalten die Kosten zulasten der Dienststelle sowie die Kosten, die der Nutznießer in Anwendung von Artikel 10 Nummer 1 in Form einer Eigenbeteiligung erbringen muss.“

**Art. 11** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 50.1 eingefügt:

„Art. 50.1 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

In den in Artikel 50 erwähnten Fällen können die zurückzufordernden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigetrieben werden.“

**Art. 12** - In Kapitel 9 desselben Dekrets wird folgender Artikel 78.1 eingefügt:

„Art. 78.1 - Übergangsbestimmung

Die gemäß Artikel 13 zum 1. Januar 2021 bereits anerkannten Träger müssen zur Aufrechterhaltung ihrer Anerkennung über ein positives Brandschutzgutachten bis spätestens zum 1. Januar 2022 verfügen.“

**Art. 13** - In Artikel 17 Absatz 1 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

## KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

## Abschnitt 1 — Kultur

**Art. 14** - Artikel 6 des Dekrets vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 und 2 werden zu § 1 Absätze 1 und 2.

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

„§ 2 - Ein kreatives Atelier, das Ferienateliers für bis zu 12-Jährige organisiert, erfüllt folgende Bedingungen:

1. bei einer altersgemischten Gruppe von 3 bis 12-Jährigen muss diese täglich stundenweise in mindestens zwei Gruppen aufgeteilt sein. Dabei steht mindestens ein Betreuer für höchstens acht Kinder ab dem 6. Lebensjahr bzw. mindestens ein Betreuer für höchstens sechs Kinder vom 3. bis zum vollendeten 5. Lebensjahr zur Verfügung;

2. der Anbieter stellt eine den Bedürfnissen der Kinder angepasste Infrastruktur, die die Bewegungsfreiheit, die Sicherheit und die Hygiene der Kinder gewährleistet, zur Verfügung;

3. der Anbieter stellt einen Ruhebereich für Kinder zwischen drei und fünf Jahren zur Verfügung;

4. der Anbieter stellt einen Erste-Hilfe-Kasten in unmittelbarer Nähe des Animationsortes zur Verfügung;

5. die bei dem Anbieter tätigen volljährigen Animatoren haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen u. a. die Betreuung von Minderjährigen untersagt, und übermitteln dem Anbieter den entsprechenden Auszug aus dem Strafregister (Muster 2);

6. mindestens ein Animator, der sich vor Ort befindet, verfügt über eine pädagogische Ausbildung, eine Ausbildung zum ehrenamtlichen Jugendleiter, eine durch die Regierung gleichgestellte Ausbildung oder eine praktische Erfahrung von mindestens drei Jahren in einem pädagogischen Bereich oder im Bereich der Kinderanimation, wobei Animatoren, die ein sozial-pädagogisches Studium begonnen oder abgeschlossen haben, gleichgestellt sind;

7. pro Ferienatelier ist ein Animator für die medizinische Betreuung und die Hygiene zuständig. Der Animator muss einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert haben. Dieser besteht aus mindestens einem spezifischen Erste-Hilfe-Kurs für Kinder und Jugendliche und umfasst eine Mindestdauer von sechs Stunden. Es muss ein Gesundheitsordner geführt werden.

Der Anbieter bewahrt die Belege, anhand derer die Einhaltung der in Absatz 1 aufgeführten Mindestbedingungen nachgewiesen wird, vor Ort im Gesundheitsordner auf. Bei einer Vor-Ort-Kontrolle muss der Ordner vorgezeigt werden."

**Art. 15** - In Artikel 13 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"In Abweichung von Artikel 5 § 2 wird die vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2021 andauernde Dreijahresperiode der Funktionsbezuschussung bis zum 31. Dezember 2022 verlängert."

**Art. 16** - In Artikel 9 Absatz 2 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Angabe "30. Juni" durch die Angabe "31. März" ersetzt.

**Art. 17** - Kapitel II Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 desselben Dekrets, der den Artikel 15 umfasst, wird aufgehoben.

**Art. 18** - Artikel 17 § 3 Absatz 3 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 11. Dezember 2018 und 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung kann:

1. für die Anwendung von § 2 Absatz 2 festlegen, welche durch das Personal wahrnehmbaren Funktionen als in der Kulturarbeit annehmbar gelten;

2. weitere Verrechnungskriterien und -modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen festlegen."

**Art. 19** - Artikel 19 § 7 Absatz 3 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 11. Dezember 2018 und 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Die Regierung kann:

1. für die Anwendung von § 6 festlegen, welche durch das Personal wahrnehmbaren Funktionen als in der Kulturarbeit annehmbar gelten;

2. weitere Verrechnungskriterien und -modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen festlegen."

**Art. 20** - Artikel 21 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für die in Artikel 43 Absatz 2 im Rahmen der Auszeichnung "Künstler Ostbelgiens" erwähnten Zuschüsse."

**Art. 21** - Artikel 41 § 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:

"3. das Konzept eines künstlerischen Projekts, das während einer dreijährigen Förderphase umgesetzt werden soll."

3. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

"Die Regierung legt die Form der einzureichenden Unterlagen fest."

**Art. 22** - Artikel 43 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Die Auszeichnung ist dotiert mit:

1. einer einmaligen Pauschale in Höhe von 5.000 Euro, die dem Preisträger zu Beginn der dreijährigen Förderphase gewährt wird;

2. einem Werkstipendium, das dem Preisträger für die Umsetzung seines künstlerischen Projekts gewährt wird und das je nach Bedarf und Entwicklung des Projekts im Laufe der dreijährigen Förderphase ausgezahlt wird. Zu diesem Zweck schließt die Regierung mit dem Preisträger eine Konvention ab, in der der geplante Ablauf des künstlerischen Projekts, die Höhe der Förderung, die zeitliche Staffelung der Zuschusszahlung und Belegführung festgehalten werden."

**Art. 23** - Artikel 51 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "Instrumentalensembles und Musikvereine" durch die Wortfolge "Instrumentalensembles, Kammermusikensembles und Musikvereine" ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

**Art. 24** - Artikel 81 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Nach Prüfung der Erfüllung der Förderbedingungen kann die Regierung den in Artikel 80 § 1 erwähnten Antragstellern einen Zuschuss für Ausrüstungsgegenstände gewähren. Der Zuschuss beträgt höchstens 50 % der für eine Zuschussung in Betracht kommenden Ausgaben."

2. § 2 wird aufgehoben.

**Art. 25** - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 7.1, das die Artikel 93.1 bis 93.4 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL 7.1 - VORÜBERGEHENDE MASSNAHMEN ZUR ABFEDERUNG DER AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE"

**Art. 26** - In das Kapitel 7.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.1 eingefügt:

"Art. 93.1 - Spezifische Förderbedingungen für Kulturzentren

In Abweichung von Artikel 14 Absatz 1 Nummer 5 werden die dort aufgeführten quantitativen Kriterien für das Kalenderjahr 2021 um ein Drittel gekürzt.

Für erstmals geförderte Kulturzentren gilt:

1. das Kalenderjahr 2020 wird getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt;
2. für das Kalenderjahr 2021 werden die in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Kriterien um ein Drittel gekürzt.

Falls die so ermittelten quantitativen Kriterien den Bruchteil einer Einheit enthalten, wird dieser Bruchteil einer Einheit zur vollständigen Einheit auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht."

**Art. 27** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.2 eingefügt:

"Art. 93.2 - Spezifische Förderbedingungen für Kulturveranstalter

In Abweichung von Artikel 16 § 2 werden die dort aufgeführten quantitativen Kriterien für das Kalenderjahr 2021 um ein Drittel gekürzt.

Für erstmals geförderte Kulturveranstalter gilt:

1. das Kalenderjahr 2020 wird getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt;
2. für das Kalenderjahr 2021 werden die in Artikel 16 § 2 erwähnten Kriterien um ein Drittel gekürzt.

Falls die so ermittelten quantitativen Kriterien den Bruchteil einer Einheit enthalten, wird dieser Bruchteil einer Einheit zur vollständigen Einheit auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht."

**Art. 28** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.3 eingefügt:

"Art. 93.3 - Spezifische Förderbedingungen für Kulturproduzenten

In Abweichung von Artikel 18 §§ 2-5 werden die dort aufgeführten quantitativen Kriterien für das Kalenderjahr 2021 um ein Drittel gekürzt.

Für erstmals geförderte Kulturproduzenten gilt:

1. das Kalenderjahr 2020 wird getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt;
2. für das Kalenderjahr 2021 werden die in Artikel 18 §§ 2-5 erwähnten Kriterien um ein Drittel gekürzt.

Falls die so ermittelten quantitativen Kriterien den Bruchteil einer Einheit enthalten, wird dieser Bruchteil einer Einheit zur vollständigen Einheit auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht."

**Art. 29** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 93.4 eingefügt:

"Art. 93.4 - Förderung von Amateurkunstvereinigungen

In Abweichung von Artikel 59 erhält eine in der Kunstsparte Theater tätige Amateurkunstvereinigung für die Kalenderjahre 2020 und 2021 eine Förderung auf Grundlage des zuletzt vorliegenden Einstufungsergebnisses, wenn die Einstufung aufgrund der durch die Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) nicht stattfinden kann.

In Abweichung der Artikel 52 § 1, 58 § 1 und 64 § 1 erhalten eingestufte Amateurkunstvereinigungen für das Kalenderjahr 2021 Pauschalzuschüsse, die der Höchstanzahl der kulturellen Aktivitäten entspricht, die im Anhang 1 pro Einstufungskategorie vorgesehen sind, auch wenn diese Anzahl an kulturellen Aktivitäten nicht tatsächlich umgesetzt worden ist."

**Art. 30** - Anhang 1 desselben Dekrets wird durch den Anhang des vorliegenden Dekrets ersetzt.

#### *Abschnitt 2. — Jugend*

**Art. 31** - In Artikel 1 Nummer 12 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird das Wort "Jugendinformationszentrum" durch die Wortfolge "Träger der Jugendinformation" ersetzt.

**Art. 32** - Die Überschrift von Kapitel 2 Abschnitt 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 3 - Förderung der Jugendinformation"

**Art. 33** - In Artikel 15 desselben Dekrets wird der Satz "Es kann höchstens einen Leistungsauftrag für den Kanton Eupen und einen Leistungsauftrag für den Kanton Sankt Vith geben." durch den Satz "Es gibt nur einen geförderten Träger für die Jugendinformation im deutschen Sprachgebiet." ersetzt.

**Art. 34** - Artikel 16 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 16 - Zielsetzung der Jugendinformation

Der Träger der Jugendinformation stellt Informationen zur Verfügung, die auf ihre Richtigkeit überprüft, zuverlässig, vollständig, neutral und für alle zugänglich sind. Form und Inhalt der Information ist den Bedürfnissen Jugendlicher angepasst. Der Träger bietet den jungen Menschen ständige und aktuelle Information an und unterstützt sie bei der eigenen Suche nach Information.

Der Träger der Jugendinformation leistet Projektarbeit für die Jugendlichen in allen Gemeinden des deutschen Sprachgebiets mit dem Ziel, seine Dienstleistungen vor Ort zu erbringen.

Außerdem trägt der Träger der Jugendinformation zur wissensbasierten Jugendpolitik durch Erfassung und Aufbereitung vorhandenen Wissens in Bezug auf Jugendliche und Jugendinformation bei."

**Art. 35** - Artikel 17 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Der Träger der Jugendinformation erstellt unter Beteiligung von Jugendlichen und den Gemeinden ein Konzept."

**Art. 36** - In Artikel 18 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "das Jugendinformationszentrum" durch die Wortfolge "der Träger der Jugendinformation" ersetzt.

**Art. 37** - Artikel 19 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Die Förderung des Trägers der Jugendinformation erfolgt mittels eines Leistungsauftrags pro Kanton."

**Art. 38** - Artikel 20 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort "Jugendinformationszentren" durch das Wort "Jugendinformation" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "das betroffene Jugendinformationszentrum" durch die Wortfolge "der Träger der Jugendinformation" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Jugendinformationszentrum" durch die Wortfolge "Träger der Jugendinformation" ersetzt.

**Art. 39** - Artikel 21 §§ 1 und 2 desselben Dekrets werden wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Der Träger der Jugendinformation erhält einen Zuschuss zur Deckung von Funktions- und Personalkosten, wenn er:

1. die in Artikel 5 genannten Förderkriterien erfüllt;
2. über ein durch die Regierung gemäß Artikel 18 genehmigtes Konzept verfügt;
3. die in Artikel 16 genannte Zielsetzung erfüllt;
4. Vertragspartner in einem in Artikel 19 genannten Leistungsauftrag ist;
5. mindestens eine Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter beschäftigt.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Funktionskosten beläuft sich auf 60.000 Euro.

Der Zuschuss für die Personalkosten der Jugendarbeiter wird im Einzelnen im Leistungsauftrag festgelegt, wobei:

1. pro Kanton 87,5 % des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten der ersten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, insofern sich lokale Behörden zu 12,5 % an diesen Personalkosten beteiligen, in Betracht kommen;
2. pro Kanton 80 % des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten der zweiten Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter, insofern sich lokale Behörden zu 20 % an diesen Personalkosten beteiligen, in Betracht kommen.

§ 2 - Falls kein Leistungsauftrag gemäß Artikel 19 zustande kommt, erhält der Träger der Jugendinformation einen jährlichen Pauschalzuschuss für die Funktionskosten von 24.000 Euro.

Zudem erhält der Träger der Jugendinformation, der nicht Vertragspartner in einem Leistungsauftrag ist, einen Zuschuss zu den Personalkosten für eine beschäftigte Vollzeitäquivalentstelle als Jugendarbeiter. Dieser Zuschuss beläuft sich auf 87,5 % des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten, insofern sich lokale Behörden zu 12,5 % an diesen Personalkosten beteiligen."

**Art. 40** - Artikel 35 desselben Dekrets wird aufgehoben.

**Art. 41** - Artikel 36 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Die Anträge zur Genehmigung und Förderung von Weiterbildungen für Jugendliche müssen die Bedingungen gemäß Artikel 37 erfüllen und vor Beginn der Weiterbildung bei der Regierung eingereicht werden."

**Art. 42** - Artikel 38 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Der Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert gemäß Artikel 46 Nummer 8 die Grundausbildung, die zum "Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin" oder "Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter" führt."

2. Im einleitenden Satz von Absatz 2 wird die Wortfolge "die Jugendkommission" durch die Wortfolge "den Jugendrat" ersetzt.

**Art. 43** - In Artikel 44 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge ", die aufgrund des in Artikel 35 Absatz 1 genannten Aufrufs eingereicht wurden," gestrichen.

**Art. 44** - Artikel 46 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 46 - Grundsatz

Im deutschen Sprachgebiet kann die Regierung nur einen Jugendrat fördern, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. Er ist als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz im deutschen Sprachgebiet konstituiert.
2. Er ist parteilich sowie weltanschaulich nicht gebunden und berücksichtigt die Artikel 6 und 7 des Gesetzes vom 16. Juli 1973 zur Gewährleistung des Schutzes ideologischer und philosophischer Strömungen.
3. Seine Mitglieder sind einzelne Jugendliche und andere nicht geförderte Organisationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die vorrangig im Jugendbereich tätig sind, sowie alle gemäß Kapitel 2 Abschnitte 2 bis 4 geförderten Jugendeinrichtungen, davon mindestens zwei Vertreter der Offenen Jugendarbeit, zwei Vertreter der Jugendorganisationen, ein Vertreter der mobilen Jugendarbeit und ein Vertreter der Jugendinformation.
4. Er vertritt die Interessen junger Menschen, indem er als ihr Sprachrohr tätig ist und als Bindeglied zwischen den Jugendlichen und den politischen Entscheidungsträgern im deutschen Sprachgebiet fungiert.
5. Er ergreift Initiativen, die er als nützlich erachtet für die Untersuchung oder Bewältigung der Probleme sowie für den Ausbau der Entfaltungsmöglichkeiten und der Partizipation von Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
6. Er verwirklicht Projekte für und mit jungen Menschen und seinen Mitgliedern und steht dabei allen Jugendlichen offen, insbesondere in der politischen Bildung.
7. Er ergreift Initiativen und entwickelt Methoden, die er für nötig erachtet, um seine Zielsetzungen zu verwirklichen, und dies auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene.
8. Er organisiert die Grundausbildung, die zum "Anerkennungsnachweis ehrenamtliche Jugendleiterin" oder "Anerkennungsnachweis ehrenamtlicher Jugendleiter" führt, insofern:
  - a) er der Regierung wenigstens 45 Tage vor Beginn der Grundausbildung den Stundenplan sowie die Angaben zu den Referenten vorlegt;
  - b) er die in den Artikeln 37 und 39 genannten Bedingungen erfüllt;
  - c) er innerhalb von 60 Kalendertagen nach Abschluss des Ausbildungszyklus der Regierung einen Abschluss- und Auswertungsbericht auf dem für diesen Zweck vorgesehenen Formular übermittelt."

**Art. 45** - In Artikel 47 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 7. November 2016, wird folgender Satz eingefügt:

„Auf Anfrage des Jugendrats übermittelt der Antragsteller innerhalb der erwähnten Frist weiterführende Hintergrundinformationen zum Inhalt des angefragten Gutachtens.“

**Art. 46** - In Artikel 48 desselben Dekrets wird die Angabe „15.000 Euro“ durch die Angabe „30.000 Euro“ ersetzt.

**Art. 47** - Artikel 51 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. im Auftrag der Regierung die Evaluierung der Grundausbildungen sowie der Weiterbildung zum Praktikumsbegleiter gemäß Artikel 40;“

2. In Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 3“ gestrichen.

**Art. 48** - In Artikel 54 desselben Dekrets wird die Angabe „1. März“ durch die Angabe „30. September“ ersetzt.

**Art. 49** - In Artikel 80 § 2 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge „ein Jahr“ durch die Wortfolge „zwei Jahre“ ersetzt.

#### Abschnitt 3 — Sport

**Art. 50** - In Artikel 14 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„In Abweichung der Artikel 5 Absatz 1, 8 Absatz 2 und 9 Absatz 2 wird die Gültigkeit der für das Jahr 2020 erteilten provisorischen und endgültigen Lizenzen um ein Jahr verlängert, auch wenn die in den Artikeln 6, 7, 9 Absatz 1 und 10 aufgeführten Bestimmungen während des Jahres 2020 nicht eingehalten wurden.“

#### KAPITEL 3 — UNTERRICHTSWESEN

**Art. 51** - In Artikel 17 § 4 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge „Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die internationalen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht und die Stiftungen“ durch die Wortfolge „Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen“ ersetzt.

**Art. 52** - In Artikel 61.4 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird folgender Satz eingefügt:

„Stellen die Erziehungsberechtigten den Antrag nach dem 31. Mai, entscheidet der Schulleiter über die Annehmbarkeit des Antrags, wobei er sicherstellt, dass bei der Einschreibung des hochbegabten Schülers die in Artikel 20 angeführten Fristen eingehalten werden.“

**Art. 53** - In Artikel 123octies des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe „2019-2020“ durch die Angabe „2019-2020 und 2020-2021“ ersetzt.

**Art. 54** - In Artikel 11 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und vom 22. Juni 2020, wird folgender § 4 eingefügt:

„§ 4 - Unbeschadet von § 1 Absatz 1 kann im Schuljahr 2020-2021 ein Personalmitglied, von dem nachweislich bekannt ist, dass es aufgrund eines Urlaubs, einer Abwesenheitsform oder einer Zurdispositionstellung während weniger als sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen abwesend sein wird, ab dem ersten Tag seiner Abwesenheit ersetzt werden. Die Regierung kann diese Maßnahme um höchstens ein weiteres Schuljahr verlängern.“

**Art. 55** - In Artikel 3.22 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird zwischen die Wortfolge „Verbreitung von ansteckenden Krankheiten im schulischen Umfeld“ und den Punkt die Wortfolge „, mit Ausnahme von Schulschließungen“ eingefügt.

#### KAPITEL 4 — DENKMALSCHUTZ

**Art. 56** - Das Dekret vom 10. Mai 1999 über die Namensgebung für öffentliche Wege, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird aufgehoben.

**Art. 57** - Artikel 10.2 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird zwischen das Wort „reicht“ und die Wortfolge „einen schriftlichen Antrag“ die Wortfolge „bis zum 31. Dezember des vorangehenden Kalenderjahres“ eingefügt.

2. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

„4. eine Erklärung des Antragstellers, wonach er sich dazu bereit erklärt, das bezuschusste Objekt auf Anfrage der Regierung an den Tagen des offenen Denkmals oder an höchstens zwei anderen Tagen im Jahr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

**Art. 58** - Artikel 13.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz, der zu Absatz 1 wird, wird die Angabe "Artikel 13 § 3 Absatz 6 und § 6" durch die Angabe "Artikel 13 § 6" ersetzt.

2. Folgende Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

"Für die Abgabe ihres Gutachtens verfügt die Kommission:

1. über 30 Kalendertage ab dem Datum, an dem die Regierung ihr den Antrag auf Begutachtung übermittelt hat, wenn es sich um ein gleich lautendes Denkmalgutachten gemäß Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches handelt;

2. über 20 Kalendertage ab dem Datum, an dem die Regierung ihr den Antrag auf Begutachtung übermittelt hat, wenn es sich um ein einfaches Denkmalgutachten gemäß Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches handelt.

Geht innerhalb dieser Fristen kein Gutachten ein, wird davon ausgegangen, dass die Kommission dem Denkmalgutachten zustimmt."

**Art. 59** - In Artikel 22 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "reicht" und die Wortfolge "einen schriftlichen Antrag" die Wortfolge "bis zum 31. Dezember des vorangehenden Kalenderjahres" eingefügt.

**Art. 60** - Artikel 26 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 15. März 2010, 14. Februar 2011, 26. Februar 2018 und 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 26 - Erlaubnis

§ 1 - Ausgrabungen, archäologische Sondierungen oder die Verwendung elektronischer

oder magnetischer Suchgeräte im Hinblick auf Aktivitäten, die zu einer Veränderung des Bodens oder zur Entnahme von Objekten führen, dürfen nur mit vorheriger Erlaubnis der Regierung bzw. in ihrem Auftrag vorgenommen werden. Die einzelnen Bedingungen, an die die Regierung die Erlaubnis knüpft, sind nicht diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig.

§ 2 - Die Erlaubnis für Ausgrabungen und archäologische Sondierungen bezieht sich auf ein bestimmtes Vorhaben und kann gegebenenfalls geografisch begrenzt werden. Sie gibt die Berechtigten, die Bedingungen und Auflagen sowie ihre Laufzeit an. Diese Laufzeit kann einmal verlängert werden.

Der Antrag auf Erlaubnis wird anhand eines von der Regierung festgelegten Formulars eingereicht. Die Regierung trifft ihre Entscheidung binnen dreißig Kalendertagen ab Erhalt des vollständigen Antrags. Trifft die Regierung innerhalb dieser Frist keine Entscheidung, wird davon ausgegangen, dass die Erlaubnis erteilt wurde.

Von der Erteilung einer Erlaubnis unterrichtet werden:

1. der Antragsteller;
2. die Kommission;
3. der Eigentümer, falls er nicht Antragsteller ist. Der Eigentümer setzt etwaige Mieter und Bewohner über die Erlaubnis in Kenntnis;
4. das Gemeindegremium.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

§ 3 - Die Erlaubnis für die Verwendung elektronischer oder magnetischer Suchgeräte wird für eine Dauer von einem Jahr vergeben und kann mit Auflagen verbunden sein. Die Erlaubnis kann jährlich verlängert werden.

Wird die Verwendung elektronischer oder magnetischer Suchgeräte beantragt, ist ein Beratungsgespräch zur Klärung der Rahmenbedingungen bei der Nutzung der Suchgeräte mit der zuständigen Dienststelle des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor Einreichen des Antrags verpflichtend.

Der Antrag auf Erlaubnis wird anhand eines von der Regierung festgelegten Formulars eingereicht. Die Regierung trifft ihre Entscheidung binnen dreißig Kalendertagen ab Erhalt des vollständigen Antrags. Trifft die Regierung innerhalb dieser Frist keine Entscheidung, wird davon ausgegangen, dass die Erlaubnis abgelehnt wurde.

Die Erlaubnis unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Die Kosten des Projekts trägt ausschließlich der Antragsteller.
2. Die Begehung einer Parzelle erfolgt mit dem Einverständnis des Eigentümers.
3. Es ist dem Antragsteller verboten, Löcher zu graben, die tiefer als 30 Zentimeter sind, und Suchgeräte auf Parzellen zu verwenden:

a) die Teil eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes bzw. eines in dessen Schutzbereich liegenden Gutes sind;

b) die in der archäologischen Schutzkarte eingetragen sind;

c) auf denen eine archäologische Sondierung durchgeführt wird bzw. eine Ausgrabung stattfindet, bis zum Abschluss dieser Handlungen.

4. Der Antragsteller meldet seine Funde, die infolge ihrer Lage, Form oder Beschaffenheit offenkundig als archäologisches Gut diesem Dekret unterliegen könnten, innerhalb von sieben Kalendertagen bei der zuständigen Dienststelle des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

5. Der zuständigen Dienststelle des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird auf einfache Anfrage hin ein Zugang zu den Funden gewährt.

6. Es ist dem Antragsteller verboten, seine Funde ohne die Genehmigung der Regierung zu veräußern oder aus dem deutschen Sprachgebiet auszuführen.

7. Der Antragsteller trägt die Erlaubnis der Regierung bei sich, wenn er ein Suchgerät benutzt. Er muss sie jederzeit den mit der Durchführung des vorliegenden Dekrets beauftragten Beamten und Bediensteten auf einfache Anfrage hin vorzeigen können.

8. Der Antragsteller verpflichtet sich, am Ende der Gültigkeitsdauer der Erlaubnis einen Abschlussbericht seiner Tätigkeiten zu verfassen.

9. Der Antragsteller verpflichtet sich, die von ihm gegrabenen Löcher im Boden wieder zu schließen und ausgegrabenen Abfall sachgerecht zu entsorgen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.“

**Art. 61** - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel IV.1, das die Artikel 35.1 und 35.2 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL IV.1 - NAMENSgebung ÖFFENTLICHER VERKEHRSFLÄCHEN“

**Art. 62** - In das Kapitel IV.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 35.1 eingefügt:

“Art. 35.1 - Leitlinien bei der Namensgebung

Die Benennung von öffentlichen Verkehrsflächen wird nur geändert, wenn zwingende Gründe vorliegen.

Die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen dokumentiert lokale Gegebenheiten bzw. die Wahrung der Geschichte und der Tradition oder dient der Ehrung verdienter Bürger und Persönlichkeiten. Die Benennung von öffentlichen Verkehrsflächen ist möglichst von der Örtlichkeit, ihrem historischen Hintergrund, von Ereignissen und Personen hergeleitet und berücksichtigt die Geschichte, Kultur und lokalen Eigenheiten der jeweiligen Gemeinde.

Die Namen noch lebender Personen dürfen nicht verwendet werden, mit Ausnahme der Namen der Königlichen Familie.

Die Benennung von Verkehrsflächen nach Personen stellt eine besondere Würdigung von deren Lebensleistung auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Gebieten dar. Eine Benennung nach Persönlichkeiten erfolgt frühestens 25 Jahre nach dem Ableben des Namensgebers. Die lokalhistorische, positive Bewertung der Persönlichkeit ist abgeklärt und in der Begründung ausführlich dargelegt. Bei der Auswahl der öffentlichen Verkehrsfläche achtet die Gemeinde darauf, dass die Bedeutung der Straße der beabsichtigten Ehrung entspricht. Bei der Auswahl von Persönlichkeiten ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen allen Geschlechtern zu achten.

Benennungen, die eine negative, herabsetzende Wirkung auf die Anwohner haben, sind nicht erlaubt.“

**Art. 63** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 35.2 eingefügt:

“Art. 35.2 - Verfahren

Bevor die Gemeinde eine neue Bezeichnung für eine öffentliche Verkehrsfläche beschließt, beantragt sie ein Gutachten der Regierung.

Die Gemeinde reicht ihren Antrag mit ausführlicher Begründung, Lageplan und gegebenenfalls weiterer dazugehöriger Dokumentation bei der Regierung ein.

Die Regierung übermittelt der Gemeinde ihr Gutachten innerhalb von 60 Kalendertagen ab Eingang der Anfrage. Erfolgt die Übermittlung nicht in der vorgegebenen Frist, gilt der Antrag als positiv im Sinne der Anfrage begutachtet.

Vor der Erteilung ihres Gutachtens beantragt die Regierung bei der Kommission ein Gutachten.

Die Gemeinde stellt der Regierung unverzüglich eine Kopie des endgültigen Beschlusses über die Namensgebung zu. Falls dieser Beschluss dem Gutachten nicht folgt, muss der endgültige Beschluss mit Gründen versehen werden.“

**Art. 64** - In Artikel 38 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Sie verfasst auf Anfrage der Regierung Stellungnahmen zu Vorschlägen zur Namensgebung für öffentliche Verkehrsflächen, die binnen dreißig Kalendertagen abgegeben werden.“

**Art. 65** - In Artikel 41 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 7. November 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

“Sie kann vorsehen, dass die Kommission ihre Beschlüsse im Umlaufverfahren fasst.“

#### KAPITEL 5 — BESCHÄFTIGUNG

**Art. 66** - Werden aufgehoben:

1. das Dekret vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen;
2. der Erlass der Exekutive vom 20. Dezember 1991 zur Ausführung des Dekretes vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen.

**Art. 67** - In Artikel 5 Nummer 3 Buchstabe *c*) des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler wird die Wortfolge “Artikel 229 Nummer 5, 265, 315, 456 Nummer 4 und 530 des Gesellschaftsgesetzbuches” durch die Wortfolge “Artikel 5: 16 Nummer 2, 5: 140 und 7: 18 Nummer 2 des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen” ersetzt.

**Art. 68** - Artikel 11 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe “510,92 Euro” durch die Angabe “531 Euro” ersetzt.
2. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe “306,55 Euro” durch die Angabe “319 Euro” ersetzt.
3. In § 3 Absatz 1 wird die Angabe “1.021,83 Euro” durch die Angabe “1.063 Euro” ersetzt.
4. In § 3 Absatz 2 wird die Angabe “613,10 Euro” durch die Angabe “638 Euro” ersetzt.
5. In § 3 Absatz 3 wird die Angabe “306,55 Euro” durch die Angabe “319 Euro” ersetzt.

**Art. 69** - Artikel 13 desselben Dekrets, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Angabe “510,92 Euro” durch die Angabe “531 Euro” ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe “1.021,83 Euro” durch die Angabe “1.063 Euro” ersetzt.
3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe “613,10 Euro” durch die Angabe “638 Euro” ersetzt.



**Art. 70** - In Artikel 19 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Gesetz vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Stiftungen, die europäischen politischen Parteien und die europäischen politischen Stiftungen" durch die Wortfolge "Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen" ersetzt.

**Art. 71** - Artikel 21 desselben Dekrets, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe "1.021,83 Euro" durch die Angabe "1.063 Euro" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Angabe "937,02 Euro" durch die Angabe "975 Euro" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe "1.873,02 Euro" durch die Angabe "1.948 Euro" ersetzt.
4. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "1.788,21 Euro" durch die Angabe "1.860 Euro" ersetzt.

**Art. 72** - Artikel 26 desselben Dekrets, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 15. Oktober 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe "1.021,83 Euro" durch die Angabe "1.063 Euro" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Angabe "937,02 Euro" durch die Angabe "975 Euro" ersetzt.
3. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe "1.873,02 Euro" durch die Angabe "1.948 Euro" ersetzt.
4. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "1.788,21 Euro" durch die Angabe "1.860 Euro" ersetzt.

**Art. 73** - Artikel 55 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "weiterhin der Anwendung der Artikel 4 und 5 des vorerwähnten Erlasses in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen" wird durch die Wortfolge "in Absatz 2 festgelegt wird" ersetzt.

2. Folgende Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

"Die Höhe der jährlich zahlbaren Prämien an Arbeitgeber, die die in Absatz 1 erwähnten Arbeitnehmer beschäftigen, beträgt:

1. 16.471 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018 eine Prämie der Zuschusskategorie B1 im Sinne von Artikel 5 § 1 des Erlasses der Regierung der Wallonischen Region vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern erhielten;

2. 23.069 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018 eine Prämie der Zuschusskategorie B2 im Sinne von Artikel 5 § 2 desselben Erlasses der Regierung der Wallonischen Region erhielten;

3. 29.120 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018 eine Prämie der Zuschusskategorie B3 im Sinne von Artikel 5 § 3 Absätze 1 und 3 desselben Erlasses der Regierung der Wallonischen Region erhielten.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 unterliegt die Indexierung der gemäß Absatz 2 festgelegten Prämie der Anwendung von Artikel 14 § 3."

**Art. 74** - Artikel 57 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge "weiterhin der Anwendung der Artikel 5 bis 7 und 22.1 des vorerwähnten Erlasses der Regierung in ihrer Fassung vom 31. Dezember 2018 unterliegen" wird durch die Wortfolge "in Absatz 2 festgelegt wird" ersetzt.

2. Folgende Absätze 2 und 3 werden eingefügt:

"Die Höhe der Zuschüsse an Arbeitgeber, die die in Absatz 1 erwähnten Arbeitnehmer beschäftigen, beträgt:

1. 13.698 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018 einen Zuschuss aufgrund von Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2001 über die Gewährung von Zuschüssen an lokale Behörden, die bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, erhielten;

2. 19.441 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018

einen Zuschuss aufgrund von Artikel 6 desselben Erlasses der Regierung erhielten;

3. 25.185 Euro für Arbeitnehmer, für die die Arbeitgeber am 31. Dezember 2018

einen Zuschuss aufgrund von Artikel 7 desselben Erlasses der Regierung erhielten.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 unterliegt die Indexierung des gemäß Absatz 2 festgelegten Zuschusses der Anwendung von Artikel 14 § 3."

#### KAPITEL 6 — LOKALE BEHÖRDEN

**Art. 75** - In Artikel L4125-3 § 2 Absatz 1 Nummer 1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, eingefügt durch das Dekret vom 1. Juni 2006, wird das Wort "Handelsgerichtes" durch das Wort "Unternehmensgerichtes" ersetzt.

**Art. 76** - In Artikel 33 § 1 Absatz 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird die Wortfolge "Gesellschafts- oder Betriebssitz" durch das Wort "Sitz" ersetzt.

**Art. 77** - In Artikel 45 § 1 Absatz 3 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird die Angabe "Artikel L4125-1" durch die Angabe "Artikel L4142-1" ersetzt.

**Art. 78** - In Artikel 95 § 2 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"In dem in § 1 Absatz 2 erwähnten Fall muss keine Endabrechnung der Geschäftsführung aufgestellt werden."

**Art. 79** - In Artikel 108 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Angabe "Artikel 7, 65 und 66 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute" durch die Angabe "Artikel 7, 312 und 313 des Gesetzes vom 25. April 2014 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute und der Börsengesellschaften" ersetzt.

**Art. 80** - Artikel 159 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Gesellschaftszweck" durch das Wort "Gegenstand" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird das Wort "Gesellschaftskapital" durch das Wort "Kapital" ersetzt.

**Art. 81** - In Artikel 161 desselben Dekrets wird die Angabe "Artikel 63, 130 bis 144, 165 bis 167, 517 bis 530, 538, 540 und 561 bis 567 des Gesellschaftsgesetzbuches" durch die Angabe "Artikel 2: 41, 2: 52, 3: 58 bis 3: 75, 3: 100 bis 3: 102, 7: 85 bis 7: 88, 7: 90, 7: 91, 7: 93 bis 7: 100, 7: 104, 7: 121, 7: 122, 7: 136, 7: 139 und 7: 156 bis 7: 159 des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen" ersetzt.

#### KAPITEL 7 — TOURISMUS

**Art. 82** - Artikel 21 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 3 wird aufgehoben.

2. Folgender § 1.1 wird eingefügt:

"§ 1.1 - Dachverbänden und Verkehrsvereinen können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse in Höhe von höchstens 500 Euro pro Veranstaltung gewährt werden, wenn diese Veranstaltung Touristen als Zielgruppe unmittelbar anspricht."

3. In § 2 wird die Wortfolge "in Paragraf 1 aufgeführten Initiativen" durch die Wortfolge "in den §§ 1 und 1.1 aufgeführten Initiativen bzw. Veranstaltungen" ersetzt.

4. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Der Zuschuss wird höchstens dreimal für dieselbe Initiative bzw. Veranstaltung gewährt, egal unter welcher Bezeichnung sie durchgeführt wurde."

#### KAPITEL 8 — RAUMORDNUNG UND STÄDTEBAU

**Art. 83** - In Artikel D.I.1 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender § 3 eingefügt:

"§ 3 - Die Zusammenarbeit mit den Behörden, Dienststellen oder Gremien der Wallonischen Region findet insbesondere aufgrund der Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche, nachfolgend "Zusammenarbeitsabkommen" genannt, statt."

**Art. 84** - Artikel D.II.3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme die Regierung für nützlich hält" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

2. In § 2 Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme die Regierung für nützlich hält" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 85** - In Artikel D.II.7 § 3 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme die Gemeinderäte für nützlich halten" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 86** - In Artikel D.II.12 § 3 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme der Gemeinderat für nützlich hält" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 87** - In Artikel D.II.21 § 2 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "landwirtschaftlichem" durch das Wort "landschaftlichem" ersetzt.

**Art. 88** - In Artikel D.II.47 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme sie für nützlich hält" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 89** - In Artikel D.II.48 § 4 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Stellungnahme sie für nützlich hält" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 90** - In Artikel D.II.49 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge

", sowie der operativen Generaldirektion Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt, nachstehend DGO3 genannt, wenn diese zu Rate gezogen worden ist" durch die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" ersetzt.

**Art. 91** - In Artikel D.II.51 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Konsultation die Regierung für zweckmäßig erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 92** - Artikel D.II.52 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "deren Konsultation die Regierung für zweckmäßig erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

2. In § 4 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "deren Beratung er für zweckmäßig erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 93** - In Artikel D.II.54 § 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind nicht anwendbar, wenn die Revision des Sektorenplans zur Erteilung einer Umweltgenehmigung im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung oder eine Globalgenehmigung im Sinne des Zusammenarbeitsabkommens erforderlich ist."

**Art. 94** - In Artikel D.III.3 § 3 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Beratung sie als notwendig erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 95** - In Artikel D.III.6 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Beratung es für notwendig erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 96** - In Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 12 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "die Regierung kann eine Liste der Arbeiten erstellen, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern und Hecken abträglich sind oder deren Aussehen ändern" durch die Wortfolge "es wird gemäß den Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens eine Liste der Arbeiten erstellt, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern und Hecken abträglich sind oder deren Aussehen ändern; die Regierung kann diese Liste ergänzen" ersetzt.

**Art. 97** - In Artikel D.IV.11 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Abweichung" durch das Wort "Ausnahme" ersetzt.

**Art. 98** - In Artikel D.IV.14.2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "ein Gut" durch die Wortfolge "bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes eines Gutes" ersetzt.

**Art. 99** - In Artikel D.IV.35 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "Die Regierung bestimmt" durch die Wortfolge "Unbeschadet der im Zusammenarbeitsabkommen vorgeschriebenen Stellungnahmen bestimmt die Regierung" ersetzt.

**Art. 100** - In Artikel D.IV.47 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge "D.IV.62 § 3 Absatz 2 und § Absatz 4" durch die Wortfolge "D.IV.62 § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 4" ersetzt.

**Art. 101** - In Artikel D.IV.68 desselben Gesetzbuches wird zwischen die Wortfolge "deren Konsultation sie als zweckmäßig erachtet" und das Wort "oder" die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

**Art. 102** - Artikel D.IV.107 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. D.IV.107 - Im Falle eines gemischten Projekts im Sinne des Zusammenarbeitsabkommens wird in Abweichung von den Artikeln D.IV.14 und D.IV.22 eine mit der Städtebaugenehmigung im Sinne des vorliegenden Gesetzbuches gleichwertige Globalgenehmigung gemäß den im Zusammenarbeitsabkommen erwähnten Bestimmungen erteilt. Die Ausnahmen und Abweichungen im Sinne der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 werden gewährt:

1. durch das Gemeindegremium, wenn dieses die zuständige Behörde ist; die Stellungnahme der Regierung, die im zusammenfassenden Bericht enthalten ist, ist jedoch eine gleich lautende Stellungnahme, wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan

oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau mit sich bringt;

2. durch die Regierung, wenn diese zusammen mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die zuständige Behörde ist;

3. durch den gemischten Berufungsausschuss im Rahmen einer Beschwerde;

4. durch die Regierung für die Genehmigungsanträge in Bezug auf die Handlungen und Arbeiten, für die es zwingende Gründe des Allgemeininteresses gibt, die unter ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.14 und D.IV.22 wird im Falle eines integrierten Projekts im Sinne des Zusammenarbeitsabkommens eine integrierte Genehmigung gemäß den im Zusammenarbeitsabkommen erwähnten Bestimmungen ausgestellt, die die Städtebaugenehmigung im Sinne des vorliegenden Gesetzbuches ersetzt. Die Ausnahmen und Abweichungen im Sinne der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 werden gewährt:

1. durch das Gemeindegremium, wenn dieses die zuständige Behörde ist; die Stellungnahme der Regierung, die im zusammenfassenden Bericht enthalten ist, ist jedoch

eine gleich lautende Stellungnahme, wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau mit sich bringt;

2. durch die Regierung, wenn diese zusammen mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die zuständige Behörde ist;

3. durch den gemischten Berufungsausschuss im Rahmen einer Beschwerde."

**Art. 103** - In Artikel D.V.16 § 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind nicht anwendbar, wenn die Festlegung des Areals als Umweltgenehmigung im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung oder als Globalgenehmigung im Sinne des Zusammenarbeitsabkommens gelten soll."

**Art. 104** - In Artikel D.VII.3 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "Außer den Gerichtspolizeioffizieren" und das Wort "sind" die Wortfolge "und unbeschadet der Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens" eingefügt.

**Art. 105** - In Artikel D.VIII.33 § 4 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen die Wortfolge "deren Konsultation sie als nützlich erachtet" und das Komma die Wortfolge "bzw. deren Stellungnahme aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens einzuholen ist" eingefügt.

## KAPITEL 9 — VERSCHIEDENES

## Abschnitt 1 — Erweiterung des Krisendekrets 2020

**Art. 106** - In das Krisendekret 2020 vom 6. April 2020, abgeändert durch die Dekrete vom 27. April 2020, vom 22. Juni 2020 und vom 20. Juli 2020, wird folgendes Kapitel 3.5, das die Artikel 5.6 bis 5.9 umfasst, eingefügt:

“Kapitel 3.5 - Besondere Massnahmen im Bereich Gesundheit und Senioren”

**Art. 107** - In das Kapitel 3.5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 5.6 eingefügt:

“Art. 5.6 - Im Hinblick auf die Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise auf die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf wird die Regierung dazu ermächtigt, einen einmaligen Pauschalzuschuss an die Wohn- und Pflegezentren für Senioren des deutschen Sprachgebiets einzuführen, die aufgrund der Krise und der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) zusätzliche Kosten und Einnahmeausfälle der Bewohnerpreise erleiden.

Dieser Pauschalzuschuss beträgt 3.400 Euro multipliziert mit der jeweiligen Unterstützungskapazität des betroffenen Wohn- und Pflegezentrums für Senioren.

Die Regierung legt die weiteren Gewährungs- und Auszahlungsmodalitäten im Rahmen eines mit der jeweils betroffenen Einrichtung zu schließenden Vertrags fest.”

**Art. 108** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 5.7 eingefügt:

“Art. 5.7 - Die Wohn- und Pflegezentren für Senioren sowie die psychiatrischen Pflegewohnheime können Isolierstationen bestehend aus Bewohnerzimmern einrichten, um dort Bewohner eines vom Coronavirus (COVID-19) betroffenen Clusters unterzubringen. In Abweichung von dem in Artikel 32 § 2 Absatz 2 Nummer 6 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege vorgesehenen Dienstleistungsvertrag bzw. in Abweichung von dem aufgrund von Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 10. Dezember 1990 zur Festlegung der Regeln für die Bestimmung der Aufnahmekosten für Personen, die in einem psychiatrischen Pflegeheim aufgenommen sind, abgeschlossenen Heimvertrags sorgt das Wohn- und Pflegezentrum bzw. das psychiatrische Pflegewohnheim für eine Ausweichmöglichkeit für die eigentlichen Bewohner dieser als Isolierstation dienenden Zimmer.

Die Regierung gewährt den betroffenen Wohn- und Pflegezentren für Senioren und psychiatrischen Pflegewohnheimen einen finanziellen Ausgleich für die durch die Einrichtung der Isolierstation entstehenden oder seit Ausbruch der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise entstandenen Einnahmeausfälle der Bewohnerpreise. Zu diesem Zweck teilen die Wohn- und Pflegezentren für Senioren bzw. die psychiatrischen Pflegewohnheime der Regierung den Zeitraum mit, während dem die Bewohnerzimmer reserviert wurden.”

**Art. 109** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 5.8 eingefügt:

“Art. 5.8 - Im Hinblick auf die Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise wird die Regierung dazu ermächtigt, folgenden Dienstleistern, Einrichtungen und Organisationen einen einmaligen Zuschuss für die aufgrund der Krise und der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) erlittenen zusätzlichen Kosten und Einnahmeausfälle zu zahlen:

1. Dienstleister von Tätigkeiten der Personenunterstützung und von Angeboten der häuslichen Unterstützung im Sinne des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege;
2. Träger von psychiatrischen Pflegewohnheimen im Sinne des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die psychiatrischen Pflegewohnheime;
3. Initiativen des begleiteten Wohnens im Sinne von Artikel 6 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen;
4. die gemäß dem Königlichen Erlass vom 20. März 1975 über die Zulassung und Bezuschussung der Dienste für geistige Gesundheit anerkannten Dienste;
5. Hausärztekreise im Sinne des Königlichen Erlasses vom 8. Juli 2002 zur Festlegung der Aufgaben der Hausärztekreise.

Die Regierung bestimmt im Rahmen eines mit den jeweils betroffenen Dienstleistern, Einrichtungen und Organisationen zu schließenden Vertrags:

1. die Höhe des Zuschusses;
2. die für die Anwendung des vorliegenden Artikels annehmbaren Kosten und Einnahmeausfälle;
3. die weiteren Gewährungs- und Auszahlungsmodalitäten.”

**Art. 110** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 5.9 eingefügt:

“Art. 5.9 - Im Hinblick auf die Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise auf die im deutschen Sprachgebiet befindlichen Krankenhäuser wird die Regierung dazu ermächtigt, diesen Krankenhäusern einen einmaligen Zuschuss für die aufgrund der Krise und der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) erlittenen zusätzlichen Kosten für nicht-dauerhafte infrastrukturelle Anpassungen zu zahlen.

Die Regierung legt die Höhe des Zuschusses sowie die weiteren Gewährungs- und Auszahlungsmodalitäten im Rahmen eines mit dem jeweils betroffenen Krankenhaus zu schließenden Vertrags fest.”

**Art. 111** - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 5.10 eingefügt:

“Art. 5.10 - Die Regierung gewährt folgenden Einrichtungen einen Zuschuss zwecks Beteiligung an den Erwerbskosten der in Artikel 19quinquies des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer erwähnten Konsumschecks:

1. Dienstleister der Familien- und Seniorenhilfe, der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe, der Wohn- und Pflegezentren für Senioren sowie der Palliativpflegeverband im Sinne des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege;

2. Träger von psychiatrischen Pflegeheimen im Sinne des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die psychiatrischen Pflegeheimen;

3. Dienstleister von einrichtungsgebundenen Wohnformen im Sinne von Artikel 12 Nummer 2 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Die in Absatz 1 erwähnten Einrichtungen erhalten diesen Zuschuss, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Die durch sie erworbenen Konsumschecks entsprechen den in

Artikel 19*quinquies* § 2 beziehungsweise § 3 des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer aufgeführten Bedingungen.

2. Die Einrichtungen haben diese Konsumschecks erworben für Personal, für das sie zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 den Lohn ausgezahlt haben.

Die in Absatz 1 vorgesehene Bezuschussung unterliegt folgenden Modalitäten:

1. Die Einrichtungen erhalten pro Personalmitglied im Sinne von Absatz 2 Nummer 2, für das ein Konsumscheck erworben wurde, eine Bezuschussung in Höhe von 150 Euro, wenn das Personalmitglied zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 höchstens halbezeitig eingestellt war.

2. Für jedes andere Personalmitglied im Sinne von Absatz 2 Nummer 2, für das ein Konsumscheck erworben wurde, erhalten die Einrichtungen eine Bezuschussung in Höhe von 300 Euro.

Für die Anwendung der Absätze 1 bis 3 übermitteln die Einrichtungen der Regierung Angaben darüber, für wie viele Personalmitglieder sie zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 Lohn ausgezahlt haben und schlüsseln diese Angaben nach dem Arbeitszeitregime der Personalmitglieder auf."

**Art. 112** - In dasselbe Dekret, wird folgendes Kapitel 3.6, das den Artikel 5.11 umfasst, eingefügt:

"Kapitel 3.6 - Besondere Massnahmen im Bereich der kulturellen Angelegenheiten"

**Art. 113** - In das Kapitel 3.6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 5.11 eingefügt:

"Art. 5.11 - Im Hinblick auf die Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus

(COVID-19) Gesundheitskrise wird die Regierung dazu ermächtigt, einen einmaligen Zuschuss für Vereinsinfrastrukturen von höchstens 10.000 Euro für die aufgrund der Krise und der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus (COVID-19) erlittenen zusätzlichen Kosten und Einnahmeausfälle zu zahlen. Um diesen Zuschuss zu erhalten, richten die in Absatz 2 erwähnten Organisationen einen Antrag auf dem zu diesem Zweck von der Regierung vorgesehenen Formular an die Regierung.

Antragsberechtigt sind Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht:

1. die eine Infrastruktur verwalten, die von Vereinen genutzt wird und;
2. die Eigentümer der betroffenen Infrastruktur sind oder im Besitz eines Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrags sind, mit einer Laufzeit bei Antragstellung von mindestens drei Jahren. Wenn eine Gemeinde Eigentümerin der zu bezuschussenden Immobilie ist, kann der Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrag durch ein Nutzungsrecht ersetzt werden.

Vereinigungen, die auf Grundlage eines der folgenden Dekrete einen Zuschuss für

Funktions- und Personalkosten erhalten, sind nicht antragsberechtigt:

1. gemäß dem Dekret vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers geförderte kreative Ateliers;
2. gemäß dem Sportdekret vom 19. April 2004 geförderte Sportorganisationen;
3. gemäß dem Dekret vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen geförderte Kinoanbieter;
4. gemäß dem Dekret vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes anerkannte Museen;
5. gemäß dem Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung geförderte Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
6. gemäß dem Dekret vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit geförderte Jugendeinrichtungen;
7. gemäß dem Dekret vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderte Kulturträger.

Die Gewährung des Zuschusses unterliegt folgenden Bedingungen:

1. Der Zuschuss bezieht sich ausschließlich auf Kosten und Einnahmeausfälle, die während des Zeitraums vom 10. März 2020 bis zum 31. Dezember 2020 aufgrund der Krise und der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus

(COVID-19) entstanden sind.

2. Der Antragsteller hat sich nachweislich darum bemüht, die Einkommensausfälle so gering wie möglich zu halten und die Mehrausgaben auf das Nötigste zu beschränken.

3. Der Antragsteller hat, falls zutreffend, Honorarkräften entsprechende Ausfallhonorare gezahlt.

4. Der Antragsteller hält alle relevanten Belege auf Anfrage der Regierung bereit.

5. Der Antragsteller gewährt der Regierung zur Beurteilung seiner finanziellen Situation eine vollständige Einsicht in die Buchhaltungsunterlagen; dies schließt die Begleitung durch einen Buchhaltungsexperten ein.

Die Regierung legt die weiteren Antragsmodalitäten sowie die Höhe des Zuschusses und die weiteren Gewährungs- und Auszahlungsmodalitäten fest."

**Art. 114** - Artikel 8.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juli 2020, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 8.3 - Ungeachtet der Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten die Gemeinden eine einmalige zusätzliche Dotation in Höhe von 4.341.000 Euro zur Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise im Bereich des Tourismus auf kommunaler Ebene. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel: 301.000 Euro  
Büllingen: 522.000 Euro  
Burg-Reuland: 396.000 Euro  
Bütgenbach: 619.000 Euro  
Eupen: 940.500 Euro  
Kelmis: 237.500 Euro  
Lontzen: 151.000 Euro  
Raeren: 407.500 Euro  
St. Vith: 766.500 Euro“

**Art. 115** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 8.4 eingefügt:

„Art. 8.4 - Ungeachtet der Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und unbeschadet des Artikels 8.3 erhalten die Gemeinden für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine zusätzliche Dotation zur Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise auf die Gemeindefinanzen.

Für das Haushaltsjahr 2020 beträgt die zusätzliche Dotation 493.381,78 Euro. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel 36.514,97 Euro  
Büllingen 39.522,14 Euro  
Burg-Reuland 26.900,69 Euro  
Bütgenbach 37.200,81 Euro  
Eupen 140.973,33 Euro  
Kelmis 55.762,73 Euro  
Lontzen 31.919,85 Euro  
Raeren 58.248,88 Euro  
Sankt Vith 66.338,38 Euro

Für das Haushaltsjahr 2021 beträgt die zusätzliche Dotation 659.322,83 Euro. Dieser Betrag wird wie folgt unter die Gemeinden aufgeteilt:

Amel 48.516,53 Euro  
Büllingen 52.640,77 Euro  
Burg-Reuland 35.852,36 Euro  
Bütgenbach 49.397,75 Euro  
Eupen 189.182,21 Euro  
Kelmis 74.626,09 Euro  
Lontzen 42.739,17 Euro  
Raeren 77.693,28 Euro  
Sankt Vith 88.674,67 Euro“

**Art. 116** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 8.5 eingefügt:

„Art. 8.5 - Ungeachtet der Bestimmungen des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und unbeschadet des Artikels 8.3 erhalten die öffentlichen Sozialhilfezentren für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine zusätzliche Dotation zur Abfederung der Auswirkungen der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise auf die Finanzen der öffentlichen Sozialhilfezentren.

Für das Haushaltsjahr 2020 beträgt die zusätzliche Dotation 740.072,68 Euro. Dieser Betrag wird wie folgt unter die öffentlichen Sozialhilfezentren aufgeteilt:

Amel 34.159,83 Euro  
Büllingen 34.861,26 Euro  
Burg-Reuland 26.239,08 Euro  
Bütgenbach 36.165,18 Euro  
Eupen 317.846,17 Euro  
Kelmis 127.541,57 Euro  
Lontzen 26.824,30 Euro  
Raeren 60.170,55 Euro  
Sankt Vith 76.264,74 Euro

Für das Haushaltsjahr 2021 beträgt die zusätzliche Dotation 988.984,25 Euro. Dieser Betrag wird wie folgt unter die öffentlichen Sozialhilfezentren aufgeteilt:

Amel 45.866,62 Euro  
 Büllingen 47.232,04 Euro  
 Burg-Reuland 35.165,41 Euro  
 Bütgenbach 49.102,57 Euro  
 Eupen 424.143,37 Euro  
 Kelmis 169.962,02 Euro  
 Lontzen 34.811,26 Euro  
 Raeren 79.363,63 Euro  
 Sankt Vith 103.337,33 Euro"

*Abschnitt 2 — Nichtkommerzieller Sektor*

**Art. 117** - In Kapitel 5 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013 wird folgender Abschnitt 1, der den Artikel 65 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 1 - Soziokultureller Sektor"

**Art. 118** - Artikel 65 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Februar 2017 und 12. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

"5. im Jahr 2021: 1.719,56 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle."

3. § 2 Absatz 2 wird aufgehoben.

4. § 3 Absatz 1 wird aufgehoben.

**Art. 119** - In Kapitel 5 desselben Programmdekrets wird folgender Abschnitt 2, der die Artikel 65.1 bis 65.8 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 2 - Schaffung eines Personalkatasters für den nichtkommerziellen Sektor"

**Art. 120** - In Kapitel 5 Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 65.1 eingefügt:

"Art. 65.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors: alle privat- und öffentlich-rechtlichen Organisationen, Einrichtungen und Dienste, die in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, mit Ausnahme derjenigen des Unterrichtswesens, tätig sind und von der Regierung einen Personalzuschuss erhalten.

2. Personalkataster: die gemäß Artikel 65.2 durch die Regierung eingerichtete Datenbank, die die in Artikel 65.3 erwähnten Daten enthält."

**Art. 121** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.2 eingefügt:

"Art. 65.2 - Die Regierung richtet ein Personalkataster für den nichtkommerziellen Sektor ein und verwaltet dieses.

Das Personalkataster dient zur Erfüllung folgender Zweckbestimmungen:

1. die sachgemäße Überprüfung der Nachweise für Zuschüsse, deren Erteilung an die Einhaltung von Personalsnormen gebunden sind, sowie die Gewährung dieser Zuschüsse;

2. die sachgemäße Überprüfung der Einhaltung von Bedingungen zum Erhalt oder zur Aufrechterhaltung einer Genehmigung, Zulassung oder Anerkennung, die im Zusammenhang mit Personalsnormen stehen, sowie die Erteilung dieser Genehmigung, Zulassung oder Anerkennung;

3. das Vornehmen einer Einschätzung der Auswirkungen von dekretalen oder verordnungsrechtlichen Änderungen auf die jeweiligen Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors;

4. die Erstellung aussagekräftiger Statistiken und Simulationen in Bezug auf den Bedarf an Dienstleistungen des nichtkommerziellen Sektors im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Deckung dieses Bedarfs, die Anzahl und die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze, die Anzahl und die Bedeutung der Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft."

**Art. 122** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.3 eingefügt:

"Art. 65.3 - Die Regierung kann alle gemäß Artikel 65.5 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. In Bezug auf die Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors:

a) die Unternehmensnummer;

b) die Kontaktangaben;

c) die Identifikationsnummer der für die Überprüfung der Einhaltung der Bedingungen für die Genehmigung, Erklärung, Kontrolle, Zulassung, Anerkennung bzw. den Erhalt der Zuschüsse zuständigen Verwaltung;

d) die paritätische Kommission oder Unterkommission, der der Dienst oder die Einrichtung angehört;

e) die Höhe und der Ursprung aller öffentlicher Finanzierungen;

f) die Rechtsform;

2. in Bezug auf die Personalmitglieder der Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors:

a) die Nationalregisternummer;

b) der Name und Vorname;

c) das Geburtsdatum;

- d) die interne Identifikationsnummer des Personalmitglieds;
- e) die Elemente, die sich auf die Funktion des Personalmitglieds beziehen;
- f) die Elemente, die sich auf die Arbeitszeitregelung des Personalmitglieds beziehen;
- g) die Elemente, die sich auf die berufliche Qualifikation bzw. die Ausbildung des Personalmitglieds beziehen;
- h) Elemente, die für die Berechnung des Dienstalters des Personalmitglieds notwendig sind;
- i) Informationen zur Art des Arbeitsverhältnisses, insbesondere in Bezug auf das Arbeitnehmerstatut und den Beschäftigungsumfang;
- j) Informationen zur Entlohnung, zu den sonstigen Vorteilen und zu den Lohnkosten des Personalmitglieds.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien."

**Art. 123** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.4 eingefügt:

"Art. 65.4 - Die Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors tragen die in Artikel 65.3 aufgeführten Daten in das Personalkataster ein und aktualisieren diese gemäß den in den einschlägigen Fördergrundlagen vorgegebenen Fristen zur Belegung."

**Art. 124** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.5 eingefügt:

"Art. 65.5 - Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln."

**Art. 125** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.6 eingefügt:

"Art. 65.6 - Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 65.3 erwähnten personenbezogenen Daten sowie für das Personalkataster verantwortlich. Die Regierung gilt für die Verarbeitung dieser Daten und das Personalkataster als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung."

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung gesetzlicher oder dekretaler Aufträge, insbesondere was die in Artikel 65.2 aufgeführten Aufgaben und die diesem Artikel zugrundeliegenden Dekrete und Erlasse betrifft, insofern diese die Überprüfung der Nachweise für Zuschüsse, deren Erteilung an die Einhaltung von Personalnormen gebunden sind, die Gewährung dieser Zuschüsse und die sachgemäße Überprüfung der Einhaltung von Bedingungen zum Erhalt oder zur Aufrechterhaltung einer Genehmigung, Zulassung oder Anerkennung, die im Zusammenhang mit Personalnormen stehen, sowie die Erteilung dieser Genehmigung, Zulassung oder Anerkennung betreffen. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden."

**Art. 126** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.7 eingefügt:

"Art. 65.7 - Die Daten dürfen höchstens zehn Jahre nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses des betroffenen Personalmitglieds in dem Dienst und in den Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet."

Insofern ein administratives oder gerichtliches Verfahren gegen eine Entscheidung, die auf Grundlage dieser Daten getroffen wurde, anhängig ist, wird die in Absatz 1 vorgesehene Aufbewahrungsfrist verlängert, bis diese Verfahren rechtskräftig abgeschlossen sind."

**Art. 127** - In denselben Abschnitt wird folgender Artikel 65.8 eingefügt:

"Art. 65.8 - Die Regierung und die Dienste und Einrichtungen des nichtkommerziellen Sektors achten bei der Verarbeitung der in Artikel 65.3 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden."

Es gelten mindestens folgende Sicherheitsmaßnahmen:

1. das Personalkataster ist für jeden Dienst und jede Einrichtung des nichtkommerziellen Sektors durch ein separates Passwort geschützt;
2. jeder Dienst und jede Einrichtung des nichtkommerziellen Sektors kann nur die Daten eingeben, einsehen und aktualisieren, die ihn bzw. sie selbst oder seine bzw. ihre Personalmitglieder betreffen.

Die Regierung kann die weiteren diesbezüglichen Modalitäten festlegen."

### *Abschnitt 3 — Zuschussgarantie*

**Art. 128** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung Nr. 4 vom 30. April 2020 zur Einführung einer Zuschussgarantie und einer Liquiditätssteigerung für Zuschussempfänger in Ausführung von Artikel 5.1 des Krisendekrets 2020 vom 6. April 2020 wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "die Begünstigten" und "auch dann in den Genuss" die Wortfolge "für die Haushaltsjahre 2020 und 2021" eingefügt.
2. In § 1 Absatz 2 wird zwischen die Wortfolgen "nicht in der Lage ist," und "eine oder mehrere Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen" die Wortfolge "während des erwähnten Zeitraums" eingefügt.
3. In § 1 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Für nach dem 1. September 2020 eingetretene Situationen finden die Bestimmungen des vorliegenden Artikels Anwendung, sobald die Regierung feststellt, dass ein Förderbereich aufgrund der durch die zuständigen Behörden beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) einzudämmen, eine oder mehrere Gewährungs- oder Auszahlungsbedingungen nicht erfüllen kann."

4. In § 2 Absatz 1 wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

"1.1 bei Zuschüssen für Funktions- und Personalkosten, die in den Haushaltsjahren 2020 oder 2021 ausgezahlt werden sollen und die nicht bereits einer Prüfung gemäß Nummer 1 unterzogen wurden, bis zu einem von der Regierung pro Förderbereich festzulegenden Zeitpunkt und gemäß den von ihr festzulegenden Modalitäten;"

5. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "wird das Haushaltsjahr 2020 getilgt" durch die Wortfolge "werden die Haushaltsjahre 2020 und 2021 getilgt" ersetzt.



6. Folgender § 4 wird eingefügt:

„ § 4 - Die Regierung kann die Personalkosten bestimmen, die für die Anwendung des vorliegenden Artikels als annehmbar gelten.“

#### KAPITEL 10 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

**Art. 129** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2021 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 49, der mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft tritt;
2. Artikel 52, 53 und 54, die mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft treten;
3. Artikel 1 bis 3, 25-29, 50, 55, 57, 59, 106 bis 116 und 128, die am Tag seiner Verabschiedung in Kraft treten;
4. Artikel 31-39, die an einem von der Regierung festgelegten Zeitpunkt und spätestens am 1. Juni 2021 in Kraft treten.

#### ANHANG

Anhang 1 zum Dekret vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

<b>MUSIKVEREINE und INSTRUMENTALENSEMBLES (außer Kammermusikensembles)</b>		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Mit besonderer künstlerischer Auszeichnung	5	1.000,00
Höchststufe	4	877,00
Ehrendivision	3	877,00
Exzellenzklasse	2	877,00
1. Kategorie	2	627,00
2. Kategorie	1	577,00
3. Kategorie	1	457,00
Fahrtschädigung: max. 250 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

<b>CHÖRE / VOKALENSEMBLES</b>		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Mit besonderer künstlerischer Auszeichnung	5	1.000,00
Exzellenzklasse	3	743,00
1. Kategorie	2	593,00
2. Kategorie	1	543,00
3. Kategorie	1	443,00
Fahrtschädigung: max. 250 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

<b>KINDER- UND JUGENDCHÖRE</b>		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Kategorie A	3	500,00
Kategorie B	1	500,00
Fahrtschädigung: max. 250 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

<b>KAMMERMUSIKENSEMBLES</b>		
Neben dem künstlerischen Leiter mindestens 4 und höchstens 6 aktive Mitglieder		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Mit besonderer künstlerischer Auszeichnung	5	600,00
Höchststufe	4	576,00
Ehrendivision	3	576,00
Exzellenzklasse	2	576,00
1. Kategorie	2	426,00
2. Kategorie	1	376,00
3. Kategorie	1	296,00
Fahrtschädigung: max. 50 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

<b>TANZ</b>		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Kategorie 1	3	500,00
Kategorie 2	1	500,00
Fahrtschädigung: max. 130 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

<b>THEATERENSEMBLES</b>		
Klassierung	Anzahl Auftritte pro Jahr (innerhalb oder außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft)	Zuschuss (Euro)
Kategorie 1	2	870,00
Kategorie 2	2	800,00
Kategorie 3	1	800,00
Fahrtschädigung: max. 130 Euro für Busfahrten von mindestens 50 km pro Auftritt		

Eupen, den 10. Dezember 2020

O. PAASCH

Der Ministerpräsident Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—  
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2020-2021

Nummerierte Dokumente: 106 (2020-2021) Nr. 1 Dekretvorschlag

106 (2020-2021) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

106 (2020-2021) Nr. 3 Bericht

106 (2020-2021) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 10. Dezember 2020 - Nr. 20 Diskussion und Abstimmung

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/200306]

## 10 DECEMBRE 2020. — Décret-programme 2020 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Matières personnalisables**Section 1<sup>re</sup>. — Santé*

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans l'article 10.3, § 2, alinéa 3, du décret du 1<sup>er</sup> juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, insérés par le décret du 20 juillet 2020, les mots « quinze jours à partir du retour » sont remplacés par les mots « une durée déterminée par le médecin-inspecteur d'hygiène ».

**Art. 2.** Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juillet 2020, il est inséré un article 10.4.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.4.1 - Sans préjudice des mesures que peut imposer le médecin-inspecteur d'hygiène conformément à l'article 10.3, et des compétences du médecin-inspecteur mentionnées à l'article 10.4, le Gouvernement peut prendre des initiatives et mesures générales en vue de lutter contre la propagation de maladies contagieuses.

Le médecin-inspecteur d'hygiène ou, à sa demande, le bourgmestre compétent sont chargés de contrôler le respect des initiatives et mesures prises en vertu du premier alinéa et disposent, à cette fin, des compétences mentionnées à l'article 10.4, § 1<sup>er</sup>. »

**Art. 3.** Dans l'article 10.6, 2<sup>o</sup>, du même décret, inséré par le décret du 20 février 2017 et modifié par le décret du 20 juillet 2020, les mots « ni aux mesures et initiatives prises en vertu de l'article 10.4.1, » sont insérés entre les mots « région de langue allemande, » et les mots " qui empêche ».

*Section 2. — Famille*

**Art. 4.** Dans l'article 7 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'alinéa 2, modifié par le décret du 2 mars 2015, est complété par la phrase suivante :

« Si l'accueil des enfants se déroule dans les locaux d'un établissement d'enseignement ou des locaux qui y sont rattachés, l'avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent n'est pas requis. »

**Art. 5.** L'article 16.5 du même décret, inséré par le décret du 11 décembre 2018, est remplacé par ce qui suit :

*« Art. 16.5 - Attestation en vue de la réduction fiscale pour garde d'enfants*

§ 1<sup>er</sup> - En vue de l'octroi de la réduction fiscale pour garde d'enfants conformément à l'article 145/35 du Code des impôts sur les revenus et de l'établissement, par le Gouvernement, de l'attestation y afférente en faveur des contribuables concernés, les prestataires mentionnés à l'alinéa 2, 3<sup>o</sup>, du même article remplissent les conditions minimales suivantes :

1<sup>o</sup> le prestataire a son siège en région de langue allemande;

2<sup>o</sup> le prestataire met à disposition une infrastructure adaptée aux besoins des enfants et qui garantit leur liberté de mouvement, leur sécurité et leur hygiène;

3<sup>o</sup> le prestataire met à disposition une zone de repos pour les enfants entre trois et cinq ans;

4<sup>o</sup> le prestataire met une trousse de premiers secours à disposition, et ce, à proximité directe du lieu d'accueil;

5<sup>o</sup> les gardes majeurs occupés auprès du prestataire n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du code de procédure pénale qui leur interdit, entre autres, l'encadrement de mineurs.

Les conditions minimales énoncées au premier alinéa s'appliquent, sans préjudice d'autres dispositions décrétales.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 2 - Les conditions mentionnées au § 1<sup>er</sup> en vue de l'octroi d'une réduction fiscale pour garde d'enfants sont censées remplies lorsque l'offre d'accueil est subsidiée par le Gouvernement dans l'un des secteurs suivants :

1<sup>o</sup> accueil d'enfants en application du présent décret;

2<sup>o</sup> ateliers créatifs de vacances en application du décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs;

3<sup>o</sup> camps sportifs de vacances en application du décret du 19 avril 2004;

4<sup>o</sup> camps de jeunes organisés par un groupe de jeunes relevant d'une organisation de jeunesse soutenue en application du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse.

§ 3 - Le respect des dispositions du présent article est contrôlé par les inspecteurs mentionnés à l'article 17. »

**Art. 6.** Dans l'article 50, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, les mots « l'article 1<sup>er</sup> de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit » sont remplacés par les mots « l'article 1<sup>er</sup>, § 3, de la loi du 25 avril 2014 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit et des sociétés de bourse ».

*Section 3. — Affaires sociales*

**Art. 7.** Dans l'article 46 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, le § 2, remplacé par la loi du 5 août 1992 et modifié par les décrets des 2 mai 1995 et 7 janvier 2002, est abrogé.

**Art. 8.** À l'article 11, § 2, du décret du 5 mai 2014 portant agrégation et soutien de points de contact social, modifié par le décret du 22 février 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° un agent administratif à hauteur de 0,35 équivalent temps plein. L'agent administratif est porteur au moins d'un certificat de l'enseignement secondaire inférieur général ou technique ou d'un titre y assimilé. »

3° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le subside pour frais de personnel correspond à 87,5 % des frais de traitement effectivement encourus et répond aux bases de calcul fixées par le Gouvernement dans les domaines "Affaires sociales" et "Santé", en tenant compte, pour le subside maximal, de l'échelle de traitement pour un porteur d'un bachelors ou d'un graduat en ce qui concerne le coordinateur, et de l'échelle de traitement pour un porteur d'un certificat de l'enseignement secondaire général ou technique ou d'un titre y assimilé, en ce qui concerne l'agent administratif. Des subsides éventuellement obtenus pour des mesures d'aide à l'emploi seront portés en déduction. »

**Art. 9.** Dans l'article 13 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, il est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« La sécurité des locaux utilisés par le pouvoir organisateur pour son service est attestée par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent. »

**Art. 10.** L'article 50 du même décret est remplacé par ce qui suit :

" Art. 50 - Remboursements

Lorsqu'une obligation de paiement existe dans le chef de tiers, l'Office ou le prestataire peut réclamer le coût réel de la mesure de soutien définie au chapitre 3, calculé par l'Office, aussi bien auprès du bénéficiaire après paiement du montant dû par les tiers que directement auprès du tiers payant par subrogation dans les droits du bénéficiaire. Les accords conclus entre le bénéficiaire et le tiers payant en ce qui concerne le règlement du dommage ne peuvent être opposés à l'Office. Les coûts réels de la mesure de soutien comprennent les coûts à charge de l'Office ainsi que les coûts supportés par le bénéficiaire sous la forme d'une participation personnelle en application de l'article 10, 1<sup>o</sup>. »

**Art. 11** Dans le même décret, il est inséré un article 50.1, rédigé comme suit :

« Art. 50.1 - Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Dans les cas mentionnés à l'article 50, les montants à récupérer peuvent être recouverts conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

**Art. 12.** Dans le chapitre 9 du même décret, il est inséré un article 78.1, rédigé comme suit :

" Art. 78.1 - Disposition transitoire

Les pouvoirs organisateurs qui, au 1<sup>er</sup> janvier 2021, sont déjà agréés conformément à l'article 13 conservent leur agrément s'ils disposent d'un avis positif en matière de sécurité incendie au plus tard le 1<sup>er</sup> janvier 2022. »

**Art. 13.** Dans l'article 17, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, le mot « deux » est remplacé par le mot « trois ».

## CHAPITRE 2. — Matières culturelles

### Section 1<sup>re</sup>. — Culture

**Art. 14.** À l'article 6 du décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 forment le § 1<sup>er</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> et 2;

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Un atelier créatif qui organise des ateliers de vacances pour les enfants jusqu'à douze ans répond aux conditions suivantes :

1° dans le cas d'un groupe d'âges différents, de trois à douze ans, il doit chaque jour être réparti en au moins deux groupes sur une base horaire. Au moins un animateur est disponible pour huit enfants au plus âgés d'au moins six ans ou, selon le cas, au moins un animateur pour six enfants au plus âgés de trois à cinq ans accomplis;

2° le prestataire met à disposition une infrastructure adaptée aux besoins des enfants et qui garantit leur liberté de mouvement, leur sécurité et leur hygiène;

3° le prestataire met à disposition une zone de repos pour les enfants entre trois et cinq ans;

4° le prestataire met une trousse de premiers secours à disposition, et ce, à proximité directe du lieu d'animation;

5° les animateurs majeurs occupés auprès du prestataire n'ont pas d'inscription dans le casier judiciaire conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code de procédure pénale qui leur interdit, entre autres, l'encadrement de mineurs, et transmettent au prestataire l'extrait du casier judiciaire (modèle 2) correspondant;

6° au moins un animateur se trouvant sur place dispose d'une formation pédagogique, d'une formation menant au titre de moniteur bénévole, d'une formation assimilée par le Gouvernement ou d'une expérience pratique d'au moins trois ans acquise dans le domaine pédagogique ou dans le domaine de l'animation pour enfants, les animateurs ayant entamé ou terminé des études socio-pédagogiques étant assimilés;

7° par atelier de vacances, un animateur est compétent pour le suivi médical et l'hygiène. L'animateur doit avoir terminé avec fruit les cours de secourisme. Celui-ci consiste au moins en un cours de secourisme spécifique pour les enfants et les jeunes et s'étend sur au moins six heures. Il faudra tenir un carnet de santé.

Le prestataire conserve sur place, dans le carnet de santé, les justificatifs prouvant le respect des conditions minimales mentionnées au premier alinéa. Ledit carnet doit pouvoir être présenté lors de tout contrôle sur place.

**Art. 15.** L'article 13 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'article 5, § 2, la période de subventionnement de fonctionnement qui s'étale sur trois ans, de manière continue, du 1<sup>er</sup> janvier 2019 au 31 décembre 2021 est prolongée jusqu'au 31 décembre 2022. »

**Art. 16.** Dans l'article 9, alinéa 2, du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel, remplacé par le décret du 24 février 2014 et modifié par le décret du 11 décembre 2018, la date du « 30 juin » est remplacée par la date du « 31 mars ».

**Art. 17.** Dans le chapitre II, section 2, du même décret, la sous-section 3, comportant l'article 15, est abrogée.

**Art. 18.** Dans l'article 17, § 3, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, l'alinéa 3, modifié par les décrets des 11 décembre 2018 et 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

“ Le Gouvernement peut :

1° fixer, pour l'application du § 2, alinéa 2, les fonctions assurées par le personnel qui peuvent être considérées comme travail culturel;

2° fixer d'autres critères et modalités de calcul pour l'application du présent paragraphe. »

**Art. 19.** Dans l'article 19, § 7, du même décret, l'alinéa 3, modifié par les décrets des 11 décembre 2018 et 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement peut :

1° fixer, pour l'application du § 6, les fonctions assurées par le personnel qui peuvent être considérées comme travail culturel;

2° fixer d'autres critères et modalités de calcul pour l'application du présent paragraphe. »

**Art. 20.** Dans l'article 21 du même décret, l'alinéa 3, inséré par le décret du 22 février 2016 et modifié par le décret du 26 février 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Les alinéas 1<sup>er</sup> et 2 ne valent pas pour les subsides mentionnés à l'article 43, alinéa 2, dans le cadre de la distinction « Artiste de la Belgique de l'Est ».

**Art. 21.** À l'article 41, § 3, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° le concept d'un projet artistique qui doit être concrétisé pendant une phase de soutien de trois ans. »;

3° le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

“ Le Gouvernement fixe la forme des documents à introduire. »

**Art. 22.** Dans l'article 43 du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« La distinction est dotée :

1° d'un forfait unique de 5 000 euros octroyé au lauréat du prix au début de la phase de soutien de trois ans;

2° d'une bourse octroyée au lauréat pour la concrétisation de son projet artistique et qui est liquidée selon les besoins et l'évolution du projet au cours de la phase de soutien de trois ans. À cette fin, le Gouvernement conclut avec le lauréat une convention concernant le déroulement prévu du projet artistique, le montant du soutien, l'étalement des tranches de subsides et la tenue des justificatifs. »

**Art. 23.** À l'article 51, § 1<sup>er</sup>, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, les mots « instrumentaux et » sont remplacés par les mots “ ensemble de musique de chambre et »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

**Art. 24.** À l'article 81 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Après avoir vérifié que les conditions de soutien sont remplies, le Gouvernement peut octroyer aux demandeurs mentionnés à l'article 80, § 1<sup>er</sup>, un subside pour biens d'équipement. Ce subside représente au plus 50 % des dépenses subsidiables. »;

2° le § 2 est abrogé.

**Art. 25.** Dans le même décret, il est inséré un chapitre 7.1, comportant les articles 93.1 à 93.4, intitulé comme suit :

« Chapitre 7.1 - Mesures temporaires visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus »

**Art. 26.** Dans le chapitre 7.1 du même décret, il est inséré un article 93.1 rédigé comme suit :

« Art. 93.1 - Conditions spécifiques de soutien aux centres culturels

Par dérogation à l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, les critères quantitatifs y mentionnés sont réduits d'un tiers pour l'année calendrier 2021.

En ce qui concerne les centres culturels soutenus pour la première fois :

1° l'année calendrier 2020 n'est pas prise en considération, dans la mesure où cela a une répercussion favorable sur la demande;

2° pour l'année calendrier 2021, les critères mentionnés à l'article 14, alinéa 1<sup>er</sup>, 5°, sont réduits d'un tiers.

Si les critères quantitatifs ainsi calculés correspondent à une fraction, celle-ci est arrondie à l'unité supérieure ou inférieure, selon qu'elle atteint ou non 0,5. »

**Art. 27.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.2 rédigé comme suit :

« Art. 93.2 - Conditions spécifiques de soutien pour les organisateurs d'événements culturels

Par dérogation à l'article 16, § 2, les critères quantitatifs y mentionnés sont réduits d'un tiers pour l'année calendrier 2021.

En ce qui concerne les centres culturels soutenus pour la première fois :

1° l'année calendrier 2020 n'est pas prise en considération, dans la mesure où cela a une répercussion favorable sur la demande;

2° pour l'année calendrier 2021, les critères mentionnés à l'article 16, § 2, sont réduits d'un tiers.

Si les critères quantitatifs ainsi calculés correspondent à une fraction, celle-ci est arrondie à l'unité supérieure ou inférieure, selon qu'elle atteint ou non 0,5. »

**Art. 28.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.3 rédigé comme suit :

« Art. 93.3 - Conditions spécifiques de soutien pour les producteurs culturels

Par dérogation à l'article 18, § 2 à 5, les critères quantitatifs y mentionnés sont réduits d'un tiers pour l'année calendrier 2021.

En ce qui concerne les producteurs culturels soutenus pour la première fois :

1° l'année calendrier 2020 n'est pas prise en considération, dans la mesure où cela a une répercussion favorable sur la demande;

2° pour l'année calendrier 2021, les critères mentionnés à l'article 18, § 2 à 5, sont réduits d'un tiers.

Si les critères quantitatifs ainsi calculés correspondent à une fraction, celle-ci est arrondie à l'unité supérieure ou inférieure, selon qu'elle atteint ou non 0,5. »

**Art. 29.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 93.4 rédigé comme suit :

" Art. 93.4 - Soutien accordé aux sociétés d'art amateur

Par dérogation à l'article 59, une association d'art amateur active dans la discipline "théâtre" reçoit, pour les années calendrier 2020 et 2021, un soutien sur la base des derniers résultats de classement en date, si le classement ne peut avoir lieu en raison des mesures d'urgence prise par l'autorité fédérale en vue de limiter la propagation du coronavirus (COVID-19).

Par dérogation aux articles 52, § 1<sup>er</sup>, 58, § 1<sup>er</sup>, et 64, § 1<sup>er</sup>, les sociétés d'art amateur classées reçoivent, pour l'année calendrier 2021, des subsides forfaitaires correspondant au maximum d'activités culturelles prévues à l'annexe 1<sup>re</sup> par catégorie de classement, même si ce nombre n'a pas été réellement concrétisé. »

**Art. 30.** L'annexe 1<sup>re</sup> du même décret est remplacée par l'annexe jointe au présent décret.

#### Section 2. — Jeunesse

**Art. 31.** Dans l'article 1<sup>er</sup>, 12°, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les mots « centre d'information pour la jeunesse » sont remplacés par les mots « pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse ».

**Art. 32.** Dans le chapitre 2 du même décret, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

#### Section 3. — Soutien de l'information pour la jeunesse

**Art. 33.** Dans l'article 15 du même décret, la deuxième phrase est remplacée par la phrase suivante :

« Un seul pouvoir organisateur d'information pour la jeunesse est soutenu en région de langue allemande. »

**Art. 34.** L'article 16 du même décret est remplacé par ce qui suit :

" Art. 16 - Objectif de l'information pour la jeunesse

Le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse met à disposition de l'information dont l'exactitude a été vérifiée, qui est fiable, complète, neutre et accessible à tous. L'information est adaptée aux besoins des jeunes, en ce qui concerne tant la forme que le contenu. Le pouvoir organisateur propose en permanence aux jeunes gens une information actuelle et les soutient dans leur propre recherche d'information.

Le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse travaille par projet pour les jeunes dans toutes les communes de la région de langue allemande en ayant pour objectif de fournir ses prestations sur place.

En outre, le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse contribue à une politique de la jeunesse basée sur les connaissances en collectant et traitant les connaissances relatives aux jeunes et à l'information de la jeunesse. »

**Art. 35.** L'article 17, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse élabore un concept en impliquant les jeunes et les communes. »

**Art. 36.** Dans l'article 18, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « le Centre d'information pour la jeunesse » sont remplacés par les mots « le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse ».

**Art. 37.** L'article 19, § 1<sup>er</sup>, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le soutien apporté au pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse s'opère au moyen d'une convention de prestations par canton. »

**Art. 38.** À l'article 20 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots « les centres d'information pour la jeunesse » sont remplacés par les mots « l'information pour la jeunesse »;

2° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « le centre de l'information pour la jeunesse concerné » sont remplacés par les mots « le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « le centre de l'information pour la jeunesse » sont remplacés par les mots « le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse »;

**Art. 39.** Dans l'article 21 du même décret, les §§ 1<sup>er</sup> et 2 sont remplacés par ce qui suit :

« § 1<sup>er</sup> - Le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse reçoit un subside pour couvrir les frais de fonctionnement et de personnel s'il :

1° satisfait aux critères de soutien mentionnés à l'article 5;

2° dispose d'un concept approuvé par le Gouvernement conformément à l'article 18;

3° remplit l'objectif mentionné à l'article 16;

4° est partie à une convention de prestations mentionnée à l'article 19;

5° occupe au moins un équivalent temps plein en tant qu'animateur de jeunesse.

Le subside annuel forfaitaire pour les frais de fonctionnement s'élève à 60 000 euros.

Le subside pour les frais de personnel relatifs aux animateurs est spécifié dans la convention de prestations :

1° 87,5 % de la partie subsidiable des frais de personnel pour le premier animateur de jeunesse exprimé en équivalents temps plein étant pris en considération par canton, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 12,5 % ;

2° 80 % de la partie subsidiable des frais de personnel pour le second animateur de jeunesse exprimé en équivalents temps plein étant pris en considération par canton, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 20 % .

§ 2 - Si aucune convention de prestations n'est conclue conformément à l'article 19, le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse reçoit un subside forfaitaire annuel de 24 000 euros pour les frais de fonctionnement.

En outre, le pouvoir organisateur de l'information pour la jeunesse qui n'est pas partie à une convention de prestations reçoit un subside pour les frais de personnel relatifs à un emploi d'animateur exprimé en équivalent temps plein. Ce subside correspond à 87,5 % de la partie subsidiable des frais de personnel, dans la mesure où les pouvoirs locaux participent à ces frais de personnel à hauteur de 12,5 % . »

**Art. 40.** L'article 35 du même décret est abrogé.

**Art. 41.** Dans l'article 36, § 1<sup>er</sup>, du même décret, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Les demandes d'approbation et de soutien relatives à des formations continuées pour les jeunes doivent remplir les conditions conformément à l'article 37 et être introduites auprès du Gouvernement avant le début de ladite formation continuée. »

**Art. 42.** À l'article 38 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Conformément à l'article 46, 8°, le Conseil de la jeunesse organise la formation de base menant au titre de "moniteur bénévole". »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « la Commission "Jeunesse" » sont remplacés par les mots « le Conseil de la jeunesse ».

**Art. 43.** Dans l'article 44 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, les mots « lorsqu'une demande a été introduite dans le cadre de l'appel mentionné à l'article 35, alinéa 1<sup>er</sup> » sont abrogés.

**Art. 44.** L'article 46 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 46 - Principe

En région de langue allemande, le Gouvernement ne peut soutenir qu'un seul Conseil de la jeunesse répondant aux conditions suivantes :

1° il est constitué en association sans but lucratif ayant son siège en région de langue allemande;

2° il est indépendant politiquement et philosophiquement et respecte les articles 6 et 7 de la loi du 16 juillet 1973 garantissant la protection des tendances idéologiques et philosophiques;

3° ses membres sont des jeunes pris isolément et d'autres organisations non soutenues par la Communauté germanophone, principalement actives dans le domaine de la jeunesse ainsi que tous les opérateurs de jeunesse soutenus conformément au chapitre 2, sections 2 à 4, dont au moins deux représentants de l'animation en milieu ouvert, deux représentants des organisations de jeunesse, un représentant de l'animation de jeunesse ambulante et un représentant de l'information pour la jeunesse;

4° il représente les intérêts des jeunes gens en jouant le rôle de porte-parole et en servant de relais entre les jeunes et les décideurs politiques en région de langue allemande;

5° il prend les initiatives qu'il juge utiles pour examiner et résoudre les problèmes ainsi que pour étendre les possibilités d'épanouissement et la participation des jeunes en Communauté germanophone;

6° il concrétise des projets pour les jeunes gens et ses membres et en collaboration avec ceux-ci et se montre ouvert à tous les jeunes, notamment en termes de formation politique;

7° il prend les initiatives et développe les méthodes qu'il juge utiles pour concrétiser ses objectifs, et ce, au niveau régional, national, européen et international;

8° il organise la formation de base qui mène au titre reconnu de "moniteur bénévole", dans la mesure où :

a) il remet au Gouvernement, au moins quarante-cinq jours avant le début de la formation de base, l'horaire ainsi que les données relatives aux conférenciers;

b) il répond aux conditions mentionnées aux articles 37 et 39;

c) il transmet au Gouvernement, dans un délai de soixante jours calendrier après le terme du cycle de formation, un rapport de clôture et d'évaluation établi sur le formulaire prévu à cet effet. »

**Art. 45.** Dans l'article 47 du même décret, l'alinéa 2, modifié par le décret du 7 novembre 2016, est complété par la phrase suivante :

« À la demande du Conseil de la jeunesse, le demandeur transmet, dans le délai mentionné, d'autres informations de contexte relatives au contenu de l'avis demandé. »

**Art. 46.** Dans l'article 48 du même décret, les mots « 15.000 euros » sont remplacés par les mots « 30 000 euros ».

**Art. 47.** À l'article 51, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° pour le compte du Gouvernement, évaluer les formations de base ainsi que la formation continue pour les accompagnateurs de stage conformément à l'article 40; »

2° dans le 3°, les mots « , alinéa 3 » sont abrogés.

**Art. 48.** Dans l'article 54 du même décret, la date du « 1<sup>er</sup> mars » est remplacée par la date du « 30 septembre ».

**Art. 49.** Dans l'article 80, § 2, alinéa 3, du même décret, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « un an » sont remplacés par les mots « deux ans ».

#### Section 3. — Sport

**Art. 50.** L'article 14 du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs, modifié par le décret du 25 juin 2007, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation aux articles 5, alinéa 1<sup>er</sup>, 8, alinéa 2, et 9, alinéa 2, la durée de validité des licences provisoires et définitives octroyées pour l'année 2020 est prolongée d'un an, même si les dispositions mentionnées aux articles 6, 7, 9, alinéa 1<sup>er</sup>, et 10 n'ont pu être respectées en 2020. »

#### CHAPITRE 3. — Enseignement

**Art. 51.** Dans l'article 17, § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, modifié par le décret du 16 juillet 2012, les mots « à la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans but lucratif, les associations internationales sans but lucratif et les fondations » sont remplacés par les mots « au Code des sociétés et des associations ».

**Art. 52.** Dans l'article 61.4 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, inséré par le décret du 18 juin 2018, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par la phrase suivante :

« Si les personnes chargées de l'éducation introduisent la demande après le 31 mai, le chef d'établissement statue sur sa recevabilité en s'assurant que les délais fixés à l'article 20 sont respectés lors de l'inscription d'un élève surdouté. »

**Art. 53.** Dans l'article 123octies du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « l'année scolaire 2019-2020 » sont remplacés par les mots « les années scolaires 2019-2020 et 2020-2021 ».

**Art. 54.** L'article 11 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, remplacé par le décret du 17 mai 2004 et modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 22 juin 2020, est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Au cours de l'année scolaire 2020-2021, s'il est manifeste qu'un membre du personnel sera absent pendant moins de six jours pour cause de congé, de mise en disponibilité ou d'autre forme d'absence, il peut être remplacé dès son premier jour d'absence, et ce, sans préjudice du § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>. Le Gouvernement peut prolonger cette mesure pour une année scolaire au plus. »

**Art. 55.** Dans l'article 3.22, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, modifié par le décret du 6 mai 2019, les mots « , sauf la fermeture d'écoles » sont insérés entre le mot « générales » et les mots « , pour éviter ».

#### CHAPITRE 4. — Protection des monuments

**Art. 56.** Le décret du 10 mai 1999 relatif à la dénomination des voies publiques, modifié par le décret du 24 février 2014, est abrogé.

**Art. 57.** À l'article 10/2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, inséré par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive, les mots « Le demandeur » sont remplacés par les mots « Pour le 31 décembre de l'année calendrier précédente au plus tard, le demandeur »;

2° dans le 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° une déclaration du demandeur certifiant qu'il est, sur demande du Gouvernement, disposé à rendre le bien subsidié accessible au public dans le cadre des journées du patrimoine et pendant deux autres jours maximum par an. »

**Art. 58.** À l'article 13.1 du même décret, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa unique, qui devient le premier alinéa, les mots « l'article 13, § 3, alinéa 6, et § 6 » sont remplacés par les mots « l'article 13, § 6 »;

2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Pour rendre son avis, la commission dispose de :

1° trente jours calendrier à partir de la date à laquelle le Gouvernement lui a transmis la demande d'avis, lorsqu'il s'agit d'un avis conforme relatif au patrimoine, conformément à l'article D.IV.35, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code;

2° vingt jours calendrier à partir de la date à laquelle le Gouvernement lui a transmis la demande d'avis, lorsqu'il s'agit d'un simple avis relatif au patrimoine, conformément à l'article D.IV.35, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code.

À défaut d'avis remis dans ces délais, l'avis de la Commission est réputé favorable. »

**Art. 59.** Dans l'article 22, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « Le demandeur » sont remplacés par les mots « Pour le 31 décembre de l'année calendrier précédente au plus tard, le demandeur ».

**Art. 60.** L'article 26 du même décret, modifié par les décrets des 15 mars 2010, 14 février 2011, 26 février 2018 et 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 26 - Autorisation

§ 1<sup>er</sup> - Les fouilles, sondages archéologiques ou l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques en vue de mener des activités qui entraînent une modification du sol ou le prélèvement d'objets ne peuvent avoir lieu que moyennant l'autorisation préalable du Gouvernement ou pour son compte, selon le cas. Les conditions auxquelles le Gouvernement subordonne l'autorisation sont non discriminatoires, indispensables et raisonnables.



§ 2 - L'autorisation pour des fouilles et des sondages archéologiques se rapporte à un projet déterminé et peut, le cas échéant, avoir une portée géographique limitée. Elle mentionne les bénéficiaires, les conditions et les obligations ainsi que sa durée de validité. Cette durée peut être prolongée une fois.

La demande d'autorisation est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le Gouvernement. Celui-ci prend sa décision dans les trente jours calendrier suivant la réception de la demande complète. Si le Gouvernement n'a pas pris de décision au terme de ce délai, l'autorisation est censée être accordée.

Sont informés de l'octroi d'une autorisation :

- 1° le demandeur;
- 2° la commission;
- 3° le propriétaire, s'il n'est pas le demandeur. Le propriétaire informe les locataires et occupants éventuels;
- 4° le collège communal.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

§ 3 - L'autorisation pour l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques est octroyée pour une durée d'un an et peut être conditionnée. L'autorisation peut être prolongée annuellement.

Si une demande d'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques est introduite, une consultation doit obligatoirement être menée avec le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone afin de clarifier les conditions-cadres lors de l'utilisation de tels appareils.

La demande d'autorisation est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le Gouvernement. Celui-ci prend sa décision dans les trente jours calendrier suivant la réception de la demande complète. Si le Gouvernement n'a pas pris de décision au terme de ce délai, l'autorisation est censée être refusée.

L'autorisation est subordonnée aux conditions suivantes :

- 1° les coûts du projet sont à la seule charge du demandeur;
- 2° l'entrée sur une parcelle s'effectue moyennant l'accord du propriétaire;
- 3° il est interdit au demandeur de creuser des trous d'une profondeur supérieure à 30 centimètres et d'utiliser des détecteurs sur des parcelles :
  - a) qui font partie d'un bien classé provisoirement ou définitivement ou, selon le cas, d'un bien situé dans sa zone de protection;
  - b) qui sont inscrites sur la carte de protection archéologique;
  - c) sur lesquelles est réalisé un sondage archéologique ou, selon le cas, où ont lieu des fouilles, et ce, jusqu'à la fin de ces actes;
- 4° dans les sept jours calendrier, le demandeur communique au service compétent du Ministère de la Communauté germanophone les trouvailles qui, en raison de leur situation, de leur forme ou de leurs caractéristiques peuvent manifestement relever du champ d'application du présent décret en tant que bien archéologique;
- 5° l'accès aux découvertes est assuré, sur simple demande, au service compétent du Ministère de la Communauté germanophone;
- 6° il est interdit au demandeur d'aliéner ses découvertes ou de les sortir de la région de langue allemande sans l'autorisation du Gouvernement;
- 7° le demandeur conserve l'autorisation du Gouvernement sur lui lorsqu'il utilise un détecteur. Il doit pouvoir la présenter en tout temps, sur simple demande, aux fonctionnaires et agents chargés de l'exécution du présent décret;
- 8° le demandeur s'engage, au terme de la durée de validité de l'autorisation, à rédiger un rapport final relatif à ses activités;
- 9° le demandeur s'engage à refermer les trous qu'il a creusés dans le sol et à évacuer les excavations de manière adéquate.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. »

**Art. 61.** Dans le même décret, il est inséré un chapitre IV.1, comportant les articles 35.1 et 35.2, intitulé comme suit :  
« Chapitre IV.1 - Dénomination de surfaces publiques de circulation ».

**Art. 62.** Dans le chapitre IV.1 du même décret, il est inséré un article 35.1 rédigé comme suit :

« Art. 35.1 - Lignes directrices pour la dénomination

La dénomination de surfaces de circulation publiques ne sera modifiée que pour motifs impérieux.

La dénomination des surfaces de circulation publiques illustre les données locales ou, selon le cas, la sauvegarde de l'histoire et des traditions ou sert à honorer des citoyens méritants et des personnalités. La dénomination de surfaces de circulation publiques tire, autant que possible, son origine de la localité, de son contexte historique, d'événements et de personnes et tient compte de l'histoire, de la culture et des caractéristiques locales de la commune concernée.

Les noms de personnes encore en vie ne peuvent pas être utilisés, à l'exception de ceux de la famille royale.

La dénomination de surfaces de circulation d'après des personnes représente une reconnaissance de leur œuvre dans différents domaines sociaux. Une dénomination d'après des personnalités s'opère au plus tôt vingt-cinq ans après leur décès. L'appréciation positive de la personnalité au niveau de l'histoire locale est expliquée et présentée de manière détaillée dans la motivation. Lors de la sélection des surfaces de circulation publiques, la commune veille à ce que l'importance de la rue corresponde à la mise à l'honneur souhaitée. Lors de la sélection de personnalités, il faut veiller à un équilibre entre tous les sexes.

Les dénominations qui ont un effet négatif, dénigrant sur les habitants ne sont pas admises. »

**Art. 63.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 35.2 rédigé comme suit :

« Art. 35.2 - Procédure

Avant que la commune ne décide d'une nouvelle dénomination pour une surface de circulation publique, elle sollicite l'avis du Gouvernement.

La commune introduit sa demande auprès du Gouvernement accompagnée d'une motivation détaillée, d'un plan de situation et, le cas échéant, d'autres documentations y relatives.

Le Gouvernement remet son avis à la commune dans les soixante jours calendrier suivant la réception de la demande. Si la transmission n'intervient pas dans le délai imparti, l'avis relatif à la demande est censé être positif.

Avant de remettre son avis, le Gouvernement demande un avis à la Commission.

La commune adresse immédiatement au Gouvernement une copie de la décision relative à la dénomination. Si cette décision ne suit pas l'avis, la décision définitive doit être motivée. »

**Art. 64.** Dans l'article 38 du même décret, il est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit :

« Sur demande du Gouvernement, elle établit des avis relatifs à des propositions de dénomination pour des surfaces de circulation publiques; les avis seront rendus dans les trente jours calendrier. »

**Art. 65.** L'article 41 du même décret, modifié par le décret du 7 novembre 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Elle peut prévoir que la commission statuera en procédure écrite. »

#### CHAPITRE 5. — *Emploi*

**Art. 66.** Sont abrogés :

1° le décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures en faveur de l'emploi;

2° l'arrêté de l'Exécutif du 20 décembre 1991 portant exécution du décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures en faveur de l'emploi.

**Art. 67.** Dans l'article 5, 3°, c), du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées, les mots " des articles 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, et 530 du Code des sociétés » sont remplacés par les mots « des articles 5: 16, 2°, 5: 140 et 7: 18, 2°, du Code des sociétés et des associations ».

**Art. 68.** À l'article 11 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 510,92 euros » sont remplacés par les mots « 531 euros »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « 306,55 euros » sont remplacés par les mots « 319 euros »;

3° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 021,83 euros » sont remplacés par les mots « 1 063 euros »;

4° dans le § 3, alinéa 2, les mots « 613,10 euros » sont remplacés par les mots « 638 euros »;

5° dans le § 3, alinéa 3, les mots « 306,55 euros » sont remplacés par les mots « 319 euros ».

**Art. 69.** À l'article 13 du même décret, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, les mots « 510,92 euros » sont remplacés par les mots « 531 euros »;

2° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 021,83 euros » sont remplacés par les mots « 1 063 euros »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « 613,10 euros » sont remplacés par les mots « 638 euros ».

**Art. 70.** Dans l'article 19, 2°, du même décret, les mots « la loi du 27 juin 1921 sur les associations sans but lucratif, les fondations, les partis politiques européens et les fondations politiques européennes » sont remplacés par les mots « le Code des sociétés et des associations ».

**Art. 71.** À l'article 21 du même décret, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 021,83 euros » sont remplacés par les mots « 1 063 euros »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « 937,02 euros » sont remplacés par les mots « 975 euros »;

3° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 873,02 euros » sont remplacés par les mots « 1 948 euros »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « 1 788,21 euros » sont remplacés par les mots « 1 860 euros »;

**Art. 72.** À l'article 26 du même décret, modifié par l'arrêté ministériel du 15 octobre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 021,83 euros » sont remplacés par les mots « 1 063 euros »;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots « 937,02 euros » sont remplacés par les mots « 975 euros »;

3° dans le § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « 1 873,02 euros » sont remplacés par les mots « 1 948 euros »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « 1 788,21 euros » sont remplacés par les mots « 1 860 euros »;

**Art. 73.** À l'article 55 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « elles-mêmes soumises à l'application des articles 4 et 5 de l'arrêté susmentionné dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018 » sont remplacés par les mots « fixé à l'alinéa 2 »;

2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le montant des primes payables annuellement aux employeurs occupant les travailleurs mentionnés au premier alinéa s'élève à :

1° 16 471 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une prime de la catégorie de subventionnement B1 au sens de l'article 5, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement de la Région wallonne du 11 mai 1995 relatif à l'engagement de travailleurs contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés;

2° 23 069 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une prime de la catégorie de subventionnement B2 au sens de l'article 5, § 2, du même arrêté;

3° 29 120 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une prime de la catégorie de subventionnement B3 au sens de l'article 5, § 3, alinéas 1<sup>er</sup> et 3, du même arrêté.

Sans préjudice de l'application du premier alinéa, l'indexation de la prime fixée conformément à l'alinéa 2 est soumise à l'application de l'article 14, § 3. »

**Art. 74.** À l'article 57 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « qui continuent à être soumises à l'application des articles 5 à 7 et 22.1 de l'arrêté du Gouvernement susmentionné, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018 » sont remplacés par les mots « fixé à l'alinéa 2 »;

2° l'article est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Le montant des subventions aux employeurs occupant les travailleurs mentionnés au premier alinéa s'élève à :

1° 13 698 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une subvention au sens de l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 20 décembre 2001 portant octroi de subventions aux pouvoirs locaux occupant des travailleurs contractuels subventionnés;

2° 19 441 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une subvention au sens de l'article 6 du même arrêté du Gouvernement;

3° 25 185 euros pour les travailleurs pour lesquels les employeurs obtenaient, au 31 décembre 2018, une subvention au sens de l'article 7 du même arrêté du Gouvernement.

Sans préjudice de l'application du premier alinéa, l'indexation de la subvention fixée conformément à l'alinéa 2 est soumise à l'application de l'article 14, § 3. »

#### CHAPITRE 6. — *Pouvoirs locaux*

**Art. 75.** Dans l'article L4125-3, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation, inséré par le décret du 1<sup>er</sup> juillet 2006, les mots « tribunal de commerce » sont remplacés par les mots « tribunal de l'entreprise ».

**Art. 76.** Dans l'article 33, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret communal du 23 avril 2018, les mots " social ou d'exploitation » sont abrogés.

**Art. 77.** Dans l'article 45, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, du décret communal du 23 avril 2018, les mots « article L4125-1 » sont remplacés par les mots « article L4142-1 ».

**Art. 78.** À l'article 95 du même décret, le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Aucun compte de fin de gestion ne doit être établi dans le cas mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 2. »

**Art. 79.** Dans l'article 108, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, les mots « des articles 7, 65 et 66, de la loi du 22 mars 1993 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit » sont remplacés par les mots « des articles 7, 312 et 313 de la loi du 25 avril 2014 relative au statut et au contrôle des établissements de crédit et des sociétés de bourse ».

**Art. 80.** À l'article 159, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « objet social » sont remplacés par le mot « objet »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « capital social » sont remplacés par le mot « capital ».

**Art. 81.** Dans l'article 161 du même décret, les mots « articles 63, 130 à 144, 165 à 167, 517 à 530, 538, 540 et 561 à 567 du Code des sociétés » sont remplacés par les mots « articles 2: 41, 2: 52, 3: 58 à 3: 75, 3: 100 à 3: 102, 7: 85 à 7: 88, 7: 90, 7: 91, 7: 93 à 7: 100, 7: 104, 7: 121, 7: 122, 7: 136, 7: 139 et 7: 156 à 7: 159 du Code des sociétés et des associations ».

#### CHAPITRE 7. — *Tourisme*

**Art. 82.** À l'article 21 du décret du 23 janvier 2017 visant à soutenir le tourisme, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, est abrogé;

2° il est inséré un paragraphe § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1 - Les associations faitières et syndicats d'initiative peuvent, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, recevoir des subsides à concurrence de 500 euros par manifestation, si celle-ci cible directement les touristes. »;

3° dans le § 2, les mots « initiatives mentionnées au § 1<sup>er</sup> » sont remplacés par les mots « initiatives et, selon le cas, manifestations mentionnées aux §§ 1<sup>er</sup> et 1.1. »;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le subside est accordé trois fois au plus pour la même initiative ou, selon le cas, manifestation, quelle que soit la dénomination sous laquelle elle a été organisée. »

#### CHAPITRE 8. — *Aménagement du territoire et urbanisme*

**Art. 83.** L'article D.I.1 du Code wallon du développement territorial, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - La coopération avec les autorités, services ou organismes de la Région wallonne s'effectue notamment sur la base des dispositions de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, ci-après dénommé « accord de coopération ».

**Art. 84.** À l'article D.II.3 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, la première phrase de l'alinéa 2 est complétée par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération » sont insérés entre les mots « de consulter » et les mots « sont transmis ».

**Art. 85.** Dans l'article D.II.7, § 3, alinéa 2, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération » sont insérés entre les mots « de consulter » et les mots « ainsi que ».

**Art. 86.** Dans l'article D.II.12, § 3, alinéa 3, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération » sont insérés entre les mots « de consulter » et les mots « sont transmis ».

**Art. 87.** (Concerne le texte allemand.)

**Art. 88.** Dans l'article D.II.47, § 2, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 89.** Dans l'article D.II.48, § 4, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 90.** Dans l'article D.II.49, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, les mots « , ainsi qu'à la Direction générale opérationnelle de l'Agriculture, des Ressources naturelles et de l'Environnement, ci-après "DGO3", si elle a été consultée » sont remplacés par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 91.** Dans l'article D.II.51, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, la deuxième phrase est complétée par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 92.** À l'article D.II.52 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, la première phrase est complétée par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération »;

2° dans le § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, la première phrase est complétée par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 93.** L'article D.II.54, § 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas lorsque la révision du plan de secteur est nécessaire pour l'octroi d'un permis d'environnement au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou d'un permis unique au sens de l'accord de coopération. »

**Art. 94.** Dans l'article D.III.3, § 3, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 95.** Dans l'article D.III.6, § 2, du même Code, l'alinéa 2, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

**Art. 96.** Dans l'article D.IV.4, alinéa 1<sup>er</sup>, 12°, du même Code, les mots « le Gouvernement peut établir une liste des travaux qui portent préjudice au système racinaire ou qui modifient l'aspect des arbres, arbustes et haies remarquables; » sont remplacés par les mots « conformément aux dispositions de l'accord de coopération, il est établi une liste des travaux qui portent préjudice au système racinaire ou qui modifient l'aspect des arbres, arbustes et haies remarquables; le Gouvernement peut compléter cette liste ».

**Art. 97.** Dans l'article D.IV.11 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « les dérogations prévues » sont remplacés par les mots « l'exception prévue ».

**Art. 98.** Dans l'article D.IV.14.2 du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les mots « un bien » sont remplacés par les mots « des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur un bien ».

**Art. 99.** Dans l'article D.IV.35, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « Le Gouvernement » sont remplacés par les mots « Sans préjudice des avis prescrits par l'accord de coopération, le Gouvernement ».

**Art. 100.** (Concerne le texte allemand.)

**Art. 101.** Dans l'article D.IV.68 du même Code, les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération » sont insérés entre les mots « de consulter » et les mots « ou dont la consultation ».

**Art. 102.** L'article D.IV.107 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.107 - En cas de projet mixte au sens de l'accord de coopération, et par dérogation aux articles D.IV.14 et D.IV.22, c'est un permis unique équivalent au permis d'urbanisme au sens du présent Code qui est délivré conformément aux dispositions mentionnées dans ledit accord de coopération. Les exceptions et dérogations au sens des articles D.IV.5 à D.IV.13 sont octroyées :

1° par le collège communal lorsqu'il est l'autorité compétente; l'avis du Gouvernement compris dans le rapport succinct constitue toutefois un avis conforme lorsque la demande induit une exception au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme;

2° par le Gouvernement lorsque celui-ci est l'autorité compétente conjointement avec l'agent technique de la Région wallonne;

3° par la Commission mixte de recours, dans le cadre d'un recours;

4° par le Gouvernement pour les demandes de permis relatives aux actes et travaux justifiés par des raisons impérieuses d'intérêt général et relevant de ses compétences.

En cas de projet intégré au sens de l'accord de coopération, et par dérogation aux articles D.IV.14 et D.IV.22, c'est un permis intégré équivalent au permis d'urbanisme au sens du présent Code qui est délivré conformément aux dispositions mentionnées dans ledit accord de coopération. Les exceptions et dérogations au sens des articles D.IV.5 à D.IV.13 sont octroyées :

1° par le collège communal lorsqu'il est l'autorité compétente; l'avis du Gouvernement compris dans le rapport succinct constitue toutefois un avis conforme lorsque la demande induit une exception au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme;

2° par le Gouvernement lorsque celui-ci est l'autorité compétente conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, l'agent technique de la Région wallonne;

3° par la Commission mixte de recours, dans le cadre d'un recours. »

**Art. 103.** L'article D.V.16, § 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les dispositions du présent article ne s'appliquent pas lorsque la délimitation du périmètre vaut permis d'environnement au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ou permis unique au sens de l'accord de coopération. »

**Art. 104.** Dans l'article D.VII.3, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « et sans préjudice des dispositions de l'accord de coopération » sont insérés entre les mots « de police judiciaire, » et les mots « ont la qualité ».

**Art. 105.** Dans l'article D.VIII.33, § 4, du même Code, l'alinéa 1<sup>er</sup>, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par les mots « ou, selon le cas, dont l'avis doit être demandé conformément à l'accord de coopération ».

#### CHAPITRE 9. — Divers

##### Section 1<sup>re</sup>. — Extension du décret de crise 2020

**Art. 106.** Dans le décret de crise 2020 du 6 avril 2020, modifié par les décrets des 27 avril 2020, 22 juin 2020 et 20 juillet 2020, il est inséré un chapitre 3.5, comportant les articles 5.6 à 5.9, intitulé comme suit :

« Chapitre 3.5 - Mesures spéciales en matière de santé et de personnes âgées ».

**Art. 107.** Dans le chapitre 3.5 du même décret, il est inséré un article 5.6 rédigé comme suit :

« Art. 5.6 - En vue d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) sur les offres pour personnes âgées ou dépendantes, le Gouvernement est habilité à instaurer un subside forfaitaire unique accordé aux maisons de repos et de soins pour personnes âgées de la région de langue allemande qui, à cause de la crise et des mesures prises pour enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19), ont encouru des frais supplémentaires et des pertes de revenus au niveau du prix payé par les résidents.

Ce subside forfaitaire s'élève à 3 400 euros, multipliés par la capacité de soutien du centre de repos et de soins pour personnes âgées concerné.

Dans le cadre d'un contrat conclu avec chaque établissement concerné, le Gouvernement fixe les autres modalités d'octroi et de liquidation. »

**Art. 108.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 5.7 rédigé comme suit :

« Art. 5.7 - Les centres de repos et de soins pour personnes âgées ainsi que les maisons de soins psychiatriques peuvent aménager des blocs d'isolement composés de chambres de résidents afin d'y héberger des résidents d'un foyer de contamination touché par le coronavirus (COVID-19). Par dérogation au contrat de prestation prévu à l'article 32, § 2, alinéa 2, 6<sup>o</sup>, du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, ou selon le cas, par dérogation au contrat conclu en vertu de l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté royal du 10 décembre 1990 fixant les règles pour la fixation du prix d'hébergement pour les personnes admises dans des maisons de soins psychiatriques, le centre de repos et de soins ou, selon le cas, la maison de soins psychiatriques veille à offrir une autre opportunité pour les résidents habituels de ces chambres utilisées comme bloc d'isolement.

Aux centres de repos et de soins pour personnes âgées et maisons de soins psychiatriques concernés, le Gouvernement octroie une compensation financière pour les pertes de revenus au niveau du prix payé par les résidents, pertes dues à l'aménagement du bloc d'isolement ou enregistrées depuis le début de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19). À cette fin, les centres de repos et de soins pour personnes âgées ou, selon le cas, les maisons de soins psychiatriques communiquent au Gouvernement la période pendant laquelle les chambres des résidents ont été réservées. »

**Art. 109.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 5.8 rédigé comme suit :

« Art. 5.8 - En vue d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), le Gouvernement est habilité à liquider aux prestataires, institutions et organisations suivants un subside unique pour couvrir les frais supplémentaires et pertes de revenus dus à la crise et aux mesures prises pour enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19) :

1° les prestataires d'activités relevant de l'aide aux personnes et d'offres de soutien à domicile au sens du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs;

2° les pouvoirs organisateurs de maisons de soins psychiatriques au sens du décret du 4 juin 2007 relatif aux maisons de soins psychiatriques;

3° les initiatives d'habitation protégée au sens de l'article 6 de la loi sur les hôpitaux et autres établissements de soins, coordonnée le 10 juillet 2008;

4° les services agréés conformément à l'arrêté royal du 20 mars 1975 relatif à l'agrément des services de santé mentale et à l'octroi de subventions en leur faveur;

5° les cercles de médecins généralistes au sens de l'arrêté royal du 8 juillet 2002 fixant les missions confiées aux cercles de médecins généralistes.

Dans le cadre d'un contrat conclu avec chacun des prestataires, institutions et organisations, le Gouvernement détermine :

1° le montant du subside;

2° les frais et pertes de revenus admissibles pour l'application du présent article;

3° les autres modalités d'octroi et de liquidation. »

**Art. 110.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 5.9, rédigé comme suit :

« Art. 5.9 - En vue d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19) sur les hôpitaux situés en région de langue allemande, le Gouvernement est habilité à leur liquider un subside unique pour couvrir les frais supplémentaires encourus pour des adaptations temporaires de l'infrastructure en raison de la crise et des mesures prises pour enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19).

Dans le cadre d'un contrat conclu avec l'hôpital concerné, le Gouvernement fixe le montant du subside ainsi que les autres modalités d'octroi et de liquidation. »

**Art. 111.** Dans le même chapitre, il est inséré un article 5.10 rédigé comme suit :

« Art. 5.10 - Le Gouvernement octroie un subside au titre de participation au coût d'acquisition des chèques consommation mentionnés à l'article 19quinquies de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs aux organismes suivants :

1° aux prestataires de l'aide aux familles et aux personnes âgées, de l'aide ménagère sociale, des centres de repos et de soins pour personnes âgées ainsi qu'à l'association de soins palliatifs au sens du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs;

2° aux pouvoirs organisateurs de maisons de soins psychiatriques au sens du décret du 4 juin 2007 relatif aux maisons de soins psychiatriques;

3° aux prestataires de formes de logement en institution au sens de l'article 12, 2°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Les organismes mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> obtiennent ce subside si les conditions suivantes sont remplies :

1° les chèques consommation qu'ils ont acquis répondent aux conditions mentionnées à l'article 19quinquies, § 2, ou, selon le cas, § 3, de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs;

2° les organismes ont acquis ces chèques consommation au bénéfice du personnel auquel ils ont liquidé un salaire entre le 1<sup>er</sup> mars 2020 et le 31 décembre 2020.

Le subventionnement prévu au premier alinéa est soumis aux modalités suivantes :

1° les organismes reçoivent un subside de 150 euros par membre du personnel au sens de l'alinéa 2, 2°, pour lequel un chèque consommation a été acquis, lorsque ce membre était occupé au plus à mi-temps entre le 1<sup>er</sup> mars 2020 et le 31 décembre 2020;

2° les organismes reçoivent un subside de 300 euros pour tout autre membre du personnel au sens de l'alinéa 2, 2°, pour lequel un chèque consommation a été acquis.

Pour l'application des alinéas 1<sup>er</sup> à 3, les organismes transmettent au Gouvernement des données sur le nombre de membres du personnel auxquels ils ont liquidé un salaire entre le 1<sup>er</sup> mars 2020 et le 31 décembre 2020, réparties selon le régime de temps de travail de ces membres du personnel. »

**Art. 112.** Dans le même décret, il est inséré un chapitre 3.6, comportant l'article 5.11, intitulé comme suit :

« Chapitre 3.6 - Mesures spéciales en ce qui concerne les Affaires culturelles ».

**Art. 113.** Dans le chapitre 3.6 du même décret, il est inséré un article 5.11 rédigé comme suit :

« Art. 5.11 - En vue d'atténuer les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19), le Gouvernement est habilité à liquider aux associations un subside unique d'infrastructure s'élevant à 10 000 euros maximum afin de couvrir les frais supplémentaires et pertes de revenus dus à la crise et aux mesures prises pour enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19). Pour recevoir ce subside, les organisations mentionnées à l'alinéa 2 adressent au Gouvernement une demande sur le formulaire prévu par lui à cette fin.

Peuvent introduire une demande les associations sans but lucratif qui :

1° gèrent une infrastructure utilisée par les associations et

2° sont propriétaires de ladite infrastructure ou sont, au moment de la demande, en possession d'un contrat de bail emphytéotique, d'un contrat de louage à domaine congéable ou d'un contrat de location d'une durée minimale de trois ans. Lorsqu'une commune est propriétaire du bien immobilier à subsidier, le contrat de bail emphytéotique, de louage à domaine congéable ou de location peut être remplacé par un droit d'usage.

Ne peuvent introduire une demande les associations qui reçoivent un subside pour frais de fonctionnement et de personnel sur la base de l'un des décrets suivants :

1° les ateliers soutenus conformément au décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs;

2° les organisations sportives soutenues en vertu du décret sur le sport du 19 avril 2004;

3° les exploitants de cinéma soutenus en vertu du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques;

4° les musées agréés en vertu du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel;

5° les établissements de formation pour adultes soutenus en vertu du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes;

6° les établissements pour jeunes soutenus en vertu du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse;

7° les opérateurs culturels soutenus en vertu du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone.

L'octroi du subside est soumis aux conditions suivantes :

1° le subside concerne uniquement les frais et pertes de revenus encourus, pendant la période allant du 10 mars 2020 au 31 décembre 2020, en raison de la crise et des mesures prises pour enrayer la propagation du coronavirus (COVID-19);

2° le demandeur s'est manifestement efforcé de contenir autant que possible les pertes de revenus et de limiter au strict nécessaire les dépenses supplémentaires;

3° le demandeur a, le cas échéant, liquidé une indemnité pour perte d'honoraires aux personnes en percevant;

4° le demandeur présente, à la demande du Gouvernement, tous les justificatifs pertinents;

5° le demandeur octroie au Gouvernement, pour juger de sa situation financière, un droit de regard complet dans les documents comptables; cela comprend l'encadrement par un expert-comptable.

Le Gouvernement fixe les autres modalités de demande ainsi que le montant du subside et les autres modalités d'octroi et de liquidation. »

**Art. 114.** L'article 8.3 du même décret, inséré par le décret du 20 juillet 2020, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 8.3 - Nonobstant les dispositions du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, les communes reçoivent une dotation supplémentaire unique s'élevant à 4 341 000 euros afin d'atténuer au niveau communal, dans le secteur touristique, les répercussions de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19). Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Amblève : 301 000 euros;  
Bullange : 522 000 euros;  
Burg-Reuland : 396 000 euros;  
Butgenbach : 619 000 euros;  
Eupen : 940 500 euros;  
La Calamine : 237 500 euros;  
Lontzen : 151 000 euros;  
Raeren : 407 500 euros;  
Saint-Vith : 766 500 euros.

**Art. 115.** Dans le même décret, il est inséré un article 8.4, rédigé comme suit :

« Art. 8.4 - Nonobstant les dispositions du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone et sans préjudice de l'article 8.3, les communes reçoivent, pour les années budgétaires 2020 et 2021, une dotation complémentaire afin d'atténuer les répercussions sur les finances communales de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19).

Pour l'année budgétaire 2020, la dotation complémentaire s'élève à 493 381,78 euros. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Amblève 36 514,97 euros  
Bullange 39 522,14 euros  
Burg-Reuland 26 900,69 euros  
Butgenbach 37 200,81 euros  
Eupen 140 973,33 euros  
La Calamine 55 762,73 euros  
Lontzen 31.919,85 euros  
Raeren 58 248,88 euros  
Saint-Vith 66 338,38 euros.

Pour l'année budgétaire 2021, la dotation complémentaire s'élève à 659 322,83 euros. Ce montant est réparti comme suit entre les communes :

Amblève 48 516,53 euros  
Bullange 52 640,77 euros  
Burg-Reuland 35 852,36 euros  
Butgenbach 49 397,75 euros  
Eupen 189 182,21 euros  
La Calamine 74 626,09 euros  
Lontzen 42 739,17 euros  
Raeren 77 693,28 euros  
Saint-Vith 88 674,67 euros. »

**Art. 116.** Dans le même décret, il est inséré un article 8.5 rédigé comme suit :

« Art. 8.5 - Nonobstant les dispositions du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone et sans préjudice de l'article 8.3, les centres publics d'action sociale reçoivent, pour les années budgétaires 2020 et 2021, une dotation complémentaire afin d'atténuer les répercussions sur leurs finances de la crise sanitaire provoquée par le coronavirus (COVID-19).

Pour l'année budgétaire 2020, la dotation complémentaire s'élève à 740 072,68 euros. Ce montant est réparti comme suit entre les centres publics d'action sociale :

Amblève 34 159,83 euros  
Bullange 34 861,26 euros  
Burg-Reuland 26 239,08 euros  
Butgenbach 36 165,18 euros  
Eupen 317 846,17 euros  
La Calamine 127 541,57 euros  
Lontzen 26 824,30 euros  
Raeren 60 170,55 euros  
Saint-Vith 76 264,74 euros.

Pour l'année budgétaire 2021, la dotation complémentaire s'élève à 988 984,25 euros. Ce montant est réparti comme suit entre les centres publics d'action sociale :

Amblève 45 866,62 euros  
 Bullange 47 232,04 euros  
 Burg-Reuland 35 165,41 euros  
 Butgenbach 49 102,57 euros  
 Eupen 424 143,37 euros  
 La Calamine 169 962,02 euros  
 Lontzen 34 811,26 euros  
 Raeren 79 363,63 euros  
 Saint-Vith 103 337,33 euros. »

*Section 2. — Secteur non marchand*

**Art. 117** - Dans le chapitre 5 du décret-programme 2013 du 25 février 2013, il est inséré une section 1<sup>re</sup>, comportant l'article 65, intitulée comme suit :

« Section 1<sup>re</sup> - Secteur socioculturel ».

**Art. 118.** À l'article 65 du décret-programme 2013 du 25 février 2013, modifié par les décrets des 20 février 2017 et 12 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1<sup>er</sup>, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° en 2021 : 1 719,56 euros par équivalent temps plein. »;

3° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé;

4° dans le § 3, l'alinéa 1<sup>er</sup> est abrogé.

**Art. 119** - Dans le chapitre 5 du même décret-programme, il est inséré une section 2, comportant les articles 65.1 à 65.8, intitulée comme suit :

« Section 2 - Création d'un cadastre du personnel pour le secteur non marchand ».

**Art. 120.** Dans le chapitre 5, section 2, du même décret, il est inséré un article 65.1 rédigé comme suit :

« Art. 65.1 - Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1° services et établissements du secteur non marchand : tous les établissements, services et organisations de droit privé et public actifs dans les domaines de compétence de la Communauté germanophone, à l'exception de ceux de l'enseignement, et recevant du Gouvernement un subside pour frais de personnel;

2° cadastre du personnel : la banque de données instituée par le Gouvernement conformément à l'article 65.2 et contenant les données mentionnées à l'article 65.3. »

**Art. 121.** Dans la même section, il est inséré un article 65.2 rédigé comme suit :

« Art. 65.2 - Le Gouvernement institue et gère un cadastre du personnel pour le secteur non marchand.

Ce cadastre du personnel sert :

1° à vérifier correctement les justificatifs pour les subsides dont l'octroi est subordonné au respect de normes en matière de personnel, et à octroyer ces subsides;

2° à vérifier correctement si les conditions d'octroi et de maintien d'une autorisation, d'un agrément ou d'une reconnaissance en lien avec des normes en matière de personnel sont respectées, et à octroyer cette autorisation, cet agrément ou cette reconnaissance;

3° à estimer les répercussions de modifications décrétales ou réglementaires sur les différents services et établissements du secteur non marchand;

4° à établir des statistiques et simulations pertinentes, relatives aux besoins existant en matière de prestations du secteur non marchand relevant de la compétence de la Communauté germanophone, à la couverture de ces besoins, au nombre et à la qualité des emplois créés, au nombre et à l'importance des services et établissements du secteur non marchand relevant de la compétence de la Communauté germanophone. »

**Art. 122.** Dans la même section, il est inséré un article 65.3 rédigé comme suit :

« Art. 65.3 - Le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes si elles sont appropriées, utiles et proportionnées au sens de l'article 65.5 :

1° en ce qui concerne les services et établissements du secteur non marchand :

a) le numéro d'entreprise;

b) les coordonnées de contact;

c) le numéro d'identification de l'administration compétente pour la vérification du respect des conditions mises à l'autorisation, à la déclaration, au contrôle, à l'agrément, à la reconnaissance ou, selon le cas, au bénéfice des subsides;

d) la commission ou sous-commission paritaire dont relève le service ou l'établissement;

e) le montant et l'origine de tous les financements publics;

f) la forme juridique;

2° en ce qui concerne les membres du personnel des services et établissements du secteur non marchand :

a) le numéro de registre national;

b) les nom et prénom;

c) la date de naissance;

d) le numéro d'identification interne du membre du personnel;



- e) les éléments se rapportant à la fonction du membre du personnel;
- f) les éléments se rapportant au régime de temps de travail du membre du personnel;
- g) les éléments se rapportant à la qualification professionnelle ou, selon le cas, à la formation du membre du personnel;
- h) les éléments nécessaires pour calculer l'ancienneté de service du membre du personnel;
- i) les informations relatives à la nature de la relation de travail, notamment le statut et la charge de travail;
- j) les informations relatives à la rémunération, aux avantages divers et aux charges salariales du membre du personnel.

Le Gouvernement précise, sur avis préalable de l'Autorité de protection des données, les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>. »

**Art. 123.** Dans la même section, il est inséré un article 65.4 rédigé comme suit :

« Art. 65.4 - Les services et établissements du secteur non marchand enregistrent dans le cadastre du personnel les données mentionnées à l'article 65.3 et les actualisent dans les délais de présentation de justificatifs prescrits dans les bases du subventionnement applicables. »

**Art. 124.** Dans la même section, il est inséré un article 65.5 rédigé comme suit :

« Art. 65.5 - Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et les autres parties à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. »

**Art. 125.** Dans la même section, il est inséré un article 65.6 rédigé comme suit :

« Art. 65.6 - Le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 65.3 ainsi que du cadastre du personnel. Le Gouvernement est considéré comme responsable du traitement de ces données et du cadastre du personnel, et ce, au sens de l'article 4, 7<sup>o</sup>, du règlement général sur la protection des données. »

Le Gouvernement traite des données à caractère personnel en vue d'exécuter des missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les tâches mentionnées à l'article 65.2 et les décrets et arrêtés sur lesquels se base cet article, dans la mesure où ces tâches consistent à vérifier les justificatifs pour les subsides dont l'octroi est subordonné au respect de normes en matière de personnel, à octroyer ces subsides, à vérifier dans les règles de l'art si les conditions d'octroi et de maintien d'une autorisation, d'un agrément ou d'une reconnaissance en lien avec des normes de personnel sont respectées, ainsi qu'à octroyer cette autorisation, cet agrément ou cette reconnaissance. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice de ses missions légales ou décrétales. »

**Art. 126.** Dans la même section, il est inséré un article 65.7 rédigé comme suit :

« Art. 65.7 - Les données peuvent être conservées au maximum dix ans après la cessation de la relation de travail du membre du personnel avec le service et les établissements du secteur non marchand, et ce, sous une forme permettant l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Si une procédure administrative ou judiciaire est entamée contre une décision prise sur la base de ces données, le délai de conservation prévu à l'alinéa 1<sup>er</sup> est prolongé jusqu'à ce que ces procédures aient fait l'objet d'un jugement définitif. »

**Art. 127.** Dans la même section, il est inséré un article 65.8 rédigé comme suit :

« Art. 65.8 - Lors du traitement des données mentionnées à l'article 65.3, les services et établissements du secteur non marchand veillent à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées. »

Ces mesures minimales de sécurité sont les suivantes :

1<sup>o</sup> le cadastre du personnel est protégé par un mot de passe distinct pour chaque service et établissement du secteur non marchand;

2<sup>o</sup> chaque service et établissement du secteur non marchand ne peut enregistrer, consulter et actualiser que les données le concernant ou concernant les membres de son personnel.

Le Gouvernement peut préciser d'autres modalités en la matière. »

### Section 3. — Garantie de subside

**Art. 128.** À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement n<sup>o</sup> 4 du 30 avril 2020 instaurant une garantie de subventionnement et une augmentation de liquidités pour les bénéficiaires de subventions en application de l'article 5.1 du décret de crise 2020 du 6 avril 2020, les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, les mots « pour les exercices budgétaires 2020 et 2021 » sont insérés entre les mots « la recevront » et les mots « même si »;

2<sup>o</sup> dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, les mots „, pendant la période mentionnée, » sont insérés entre les mots « en mesure » et les mots « de respecter »;

3<sup>o</sup> le § 1<sup>er</sup> est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Pour les situations apparues après le 1<sup>er</sup> septembre 2020, les dispositions du présent article s'appliquent dès que le Gouvernement constate qu'un secteur soutenu ne peut remplir une ou plusieurs conditions d'octroi ou de liquidation en raison des mesures d'urgence prises par les autorités compétentes en vue de limiter la propagation du coronavirus (COVID-19). »

4° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est complété par un 1.1 rédigé comme suit :

« 1.1. en ce qui concerne les subsides pour frais de fonctionnement et de personnel devant être liquidés au cours des exercices budgétaires 2020 et 2021 et qui n'ont pas encore fait l'objet d'une vérification conformément au 1<sup>o</sup>, d'ici la date fixée par le Gouvernement par secteur soutenu et selon les modalités qu'il déterminera »;

5° dans le § 3, alinéa 2, les mots « l'exercice budgétaire 2020 est neutralisé » sont remplacés par les mots « les exercices budgétaires 2020 et 2021 sont neutralisés »;

6° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Le Gouvernement peut déterminer les frais de personnel considérés comme admissibles pour l'application du présent article. »

#### CHAPITRE 10. — Dispositions finales

**Art. 129.** Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2021, à l'exception :

1° de l'article 49, qui produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2020;

2° des articles 52, 53 et 54, qui produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> septembre 2020;

3° des articles 1<sup>er</sup> à 3, 25 à 29, 50, 55, 57, 59, 106 à 116 et 128, qui entrent en vigueur le jour de son adoption;

4° des articles 31 à 39, qui entrent en vigueur à une date fixée par le Gouvernement et au plus tard le 1<sup>er</sup> juin 2021.

#### ANNEXE

Annexe 1<sup>re</sup> au décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone

<b>Sociétés de musique et ensembles instrumentaux (sauf ensembles de musique de chambre)</b>		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
À haute valeur artistique	5	1 000,00
Degré supérieur	4	877,00
Division d'honneur	3	877,00
Classe d'excellence	2	877,00
1 <sup>re</sup> catégorie	2	627,00
2 <sup>e</sup> catégorie	1	577,00
3 <sup>e</sup> catégorie	1	457,00
Indemnité de déplacement : max. 250 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

<b>Chœurs/Ensembles vocaux</b>		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
À haute valeur artistique	5	1 000,00
Classe d'excellence	3	743,00
1 <sup>re</sup> catégorie	2	593,00
2 <sup>e</sup> catégorie	1	543,00
3 <sup>e</sup> catégorie	1	443,00
Indemnité de déplacement : max. 250 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

<b>Chœurs d'enfants et de jeunes</b>		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
Catégorie A	3	500,00
catégorie B	1	500,00
Indemnité de déplacement : max. 250 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

<b>Ensembles de musique de chambre</b>		
Compter au moins 4 et au plus 6 membres actifs en plus du directeur artistique		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
À haute valeur artistique	5	600,00
Degré supérieur	4	576,00
Division d'honneur	3	576,00
Classe d'excellence	2	576,00
1 <sup>re</sup> catégorie	2	426,00
2 <sup>e</sup> catégorie	1	376,00
3 <sup>e</sup> catégorie	1	296,00
Indemnité de déplacement : max. 50 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

<b>Danse</b>		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
1 <sup>re</sup> catégorie	3	500,00
2 <sup>e</sup> catégorie	1	500,00
Indemnité de déplacement : max. 130 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

<b>Troupes théâtrales</b>		
Classement	Nombre de prestations par an (en Communauté germanophone ou en dehors de celle-ci)	Subside (euros)
1 <sup>re</sup> catégorie	2	870,00
2 <sup>e</sup> catégorie	2	800,00
3 <sup>e</sup> catégorie	1	800,00
Indemnité de déplacement : max. 130 euros pour les trajets en car d'au moins 50 km par prestation		

Eupen, le 10 décembre 2020

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports,

de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation et

de la Recherche scientifique

—  
Note

(1) Session 2020-2021

Documents parlementaires : 106 (2020-2021) n° 1 Proposition de décret

106 (2020-2021) n° 2 Propositions d'amendement

106 (2020-2021) n° 3 Rapport

106 (2020 -2021) n° 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 10 décembre 2020 - n° 20 Discussion et vote

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/200306]

## 10 DECEMBER 2020. — Programmadecreet 2020 (1)

HOOFDSTUK 1. — *Persoongebonden aangelegenheden**Afdeling 1. — Gezondheid*

**Artikel 1.** In artikel 10.3, § 2, derde lid, van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie, ingevoegd bij het decreet van 20 juli 2020, worden de woorden "veertien dagen vanaf de terugkeer" vervangen door de woorden "een door de arts-gezondheidsinspecteur vastgelegde duur".

**Art. 2.** In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juli 2020, wordt een artikel 10.4.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.4.1 - Onverminderd de maatregelen die de arts-gezondheidsinspecteur op basis van artikel 10.3 kan opleggen en onverminderd de in artikel 10.4 vermelde bevoegdheden van de arts-gezondheidsinspecteur kan de Regering initiatieven en maatregelen van algemene aard nemen om de verspreiding van besmettelijke ziekten tegen te gaan.

De arts-gezondheidsinspecteur of, op zijn verzoek, de bevoegde burgemeester worden belast met de controle van de naleving van de initiatieven en maatregelen die op grond van het eerste lid zijn genomen en beschikken daartoe over de bevoegdheden vermeld in artikel 10.4, § 1."

**Art. 3.** In artikel 10.6, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017 en gewijzigd bij het decreet van 20 juli 2020, wordt het woord "terugkeren" vervangen door de woorden "terugkeren, geen gevolg geven aan de maatregelen en initiatieven die op grond van artikel 10.4.1 zijn genomen".

*Afdeling 2. — Gezin*

**Art. 4.** Artikel 7, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, gewijzigd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Als de kinderopvang plaatsvindt in de ruimten van een onderwijsinstelling of in ruimten die aan die onderwijsinstelling verbonden zijn, dan is een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst over de brandveiligheid niet noodzakelijk."

**Art. 5.** Artikel 16.5 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 16.5 - Attest voor belastingvermindering

§ 1 - Met het oog op de toekenning van de belastingvermindering voor kinderopvang overeenkomstig artikel 145/35 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen en met het oog op de afgifte - door de Regering - van een daartoe bestemd attest voor de betrokken belastingplichtigen voldoen de dienstverrichters vermeld in het tweede lid, 3°, van hetzelfde artikel aan de volgende minimumeisen:

1° de dienstverrichter is gevestigd in het Duitse taalgebied;

2° de dienstverrichter stelt infrastructuur ter beschikking die aangepast is aan de behoeften van de kinderen en die de bewegingsvrijheid, de veiligheid en de hygiëne van de kinderen waarborgt;

3° de dienstverrichter stelt een ruimte voor kinderen tussen drie en vijf jaar ter beschikking;

4° de dienstverrichter stelt een EHBO-koffer ter beschikking in de onmiddellijke nabijheid van de opvangvoorziening;

5° de meerderjarige begeleiders die bij de dienstverrichter werkzaam zijn, hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om minderjarigen te begeleiden.

De minimumeisen vermeld in het eerste lid gelden onverminderd andere bij decreet gestelde eisen.

De Regering legt de nadere regels vast.

§ 2 - De in § 1 vermelde voorwaarden voor de toekenning van een belastingvermindering voor kinderopvang worden als vervuld beschouwd, als dat opvangaanbod in één van de volgende sectoren door de Regering gesubsidieerd wordt:

1° kinderopvang met toepassing van dit decreet;

2° creatieve vakantieteliers met toepassing van het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers;

3° vakantiekampen rond sport met toepassing van het sportdecreet van 19 april 2004;

4° jeugdkampen die georganiseerd worden door een jeugdgroep van een ondersteunde jeugdorganisatie met toepassing van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

§ 3 - De inspecteurs vermeld in artikel 17 controleren of de bepalingen van dit artikel worden nageleefd."

**Art. 6.** In artikel 50, § 2, eerste lid, van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de woorden "artikel 1 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen" vervangen door de woorden "artikel 1, § 3, van de wet van 25 april 2014 op het statuut van en het toezicht op kredietinstellingen en beursvennootschappen".

*Afdeling 3. — Sociale aangelegenheden*

**Art. 7.** Artikel 46, § 2, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, vervangen bij de wet van 5 augustus 1992 en gewijzigd bij de decreten van 2 mei 1995 en 7 januari 2002, wordt opgeheven.

**Art. 8.** In artikel 11, § 2, van het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 2°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

“een administratief medewerker ten belope van 0,35 van een VTE-betrekking. De administratief medewerker heeft minstens een getuigschrift van het lager secundair algemeen of technisch onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.”

3° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

“De subsidie van de personeelskosten bedraagt 87,5 % van de werkelijke loonkosten en wordt berekend op basis van de door de Regering vastgelegde berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren “sociale aangelegenheden” en “gezondheid”, waarbij, wat de coördinator betreft, voor de hoogste subsidie rekening wordt gehouden met de weddeschaal voor houders van een bachelordiploma of een graduaatsdiploma en, wat de administratief medewerker betreft, rekening wordt gehouden met de weddeschaal voor houders van een getuigschrift van het lager secundair algemeen of technisch onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift. Eventuele subsidies in het kader van tewerkstellingsmaatregelen worden afgetrokken.”

**Art. 9.** In artikel 13 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“De veiligheid van de ruimten die de inrichtende macht voor de aangeboden diensten gebruikt, wordt gestaafd door een gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst over de brandveiligheid.”

**Art. 10.** Artikel 50 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

“Art. 50 - Terugvorderingen

Bestaat er een betalingsverplichting in hoofde van derden, dan kan de Dienst of de dienstverrichter de door de Dienst berekende werkelijke kosten voor de in hoofdstuk 3 bepaalde ondersteuningsmaatregelen ofwel bij de gebruiker invorderen nadat de derden het verschuldigde bedrag betaald hebben, ofwel rechtstreeks bij de derde invorderen door subrogatie in de rechten van de gebruiker. Overeenkomsten over de schadevergoedingsregeling die tussen de gebruiker en de derde betaler worden gesloten, kunnen niet aan de Dienst worden tegengesteld. De werkelijke kosten van de ondersteuningsmaatregelen omvatten de kosten ten laste van de Dienst, alsook de kosten die de gebruiker met toepassing van artikel 10, 1°, in de vorm van een persoonlijke participatie moet betalen.”

**Art. 11.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 50.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 50.1 - Beroep op de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en de invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

In de gevallen vermeld in artikel 50 kunnen de terug te vorderen bedragen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.”

**Art. 12.** In hoofdstuk 9 van hetzelfde decreet wordt een artikel 78.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 78.1 - Overgangsbepaling

De inrichtende machten die overeenkomstig artikel 13 op 1 januari 2021 al erkend zijn, moeten uiterlijk op 1 januari 2022 over een gunstig advies inzake brandveiligheid beschikken om hun erkenning te behouden.”

**Art. 13.** In artikel 17, eerste lid, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit wordt het woord “twee” vervangen door het woord “drie”.

*HOOFDSTUK 2. — Culturele aangelegenheden**Afdeling 1. — Cultuur*

**Art. 14.** In artikel 6 van het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste en het tweede lid worden § 1, eerste en tweede lid;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

“§ 2 - Een creatief atelier dat vakantieateliers voor kinderen tot en met 12 jaar organiseert, voldoet aan de volgende voorwaarden:

1° een gemengde leeftijdsgroep met kinderen van 3 tot en met 12 jaar moet elke dag gedurende enkele uren minstens in twee groepen worden opgesplitst. Daarbij staat minstens één begeleider ter beschikking voor hoogstens acht kinderen die 6 jaar of ouder zijn, respectievelijk minstens één begeleider ter beschikking voor hoogstens zes kinderen die tussen 3 jaar en de volle leeftijd van 5 jaar oud zijn;

2° de dienstverrichter stelt infrastructuur ter beschikking die aangepast is aan de behoeften van de kinderen en die de bewegingsvrijheid, de veiligheid en de hygiëne van de kinderen waarborgt;

3° de dienstverrichter stelt een ruimte voor kinderen tussen drie en vijf jaar ter beschikking;

4° de dienstverrichter stelt een EHBO-koffer ter beschikking in de onmiddellijke nabijheid van de animatieplaats;

5° de meerderjarige animatoren die bij de dienstverrichter werkzaam zijn, hebben geen vermelding in het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering dat hen onder meer verbiedt om minderjarigen te begeleiden en bezorgen hun uittreksel uit het strafregister (model 2) aan de dienstverrichter;

6° minstens één animator die ter plaatse aanwezig is, beschikt over een pedagogische opleiding, een opleiding tot vrijwillige jeugdleider, een door de Regering daarmee gelijkgestelde opleiding of minstens drie jaar praktische ervaring in een pedagogische sector of in de sector van de kindersanimatie, waarbij animatoren die een sociaal-pedagogische opleiding in het hoger onderwijs aangevat of voltooid hebben, gelijkgesteld worden;

7° per vakantieatelier is één animator verantwoordelijk voor de medische hulpverlening en de hygiëne. De animator moet een EHBO-cursus voltooid hebben. Die bestaat uit minstens één specifieke EHBO-cursus voor kinderen en jongeren die minstens zes uur duurt. Er moet een gezondheidsmap bijgehouden worden.

De dienstverrichter houdt de bewijzen waarmee wordt aangetoond dat de minimumvoorwaarden vermeld in het eerste lid worden nageleefd, ter plaatse bij in de gezondheidsmap. Bij een controle ter plaatse moet de map worden getoond.”

**Art. 15.** Artikel 13 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

”In afwijking van artikel 5, § 2, wordt de voor de drie jaar vastgelegde periode van de werkingstoelage die loopt van 1 januari 2019 tot en met 31 december 2021, verlengd tot 31 december 2022.”

**Art. 16.** In artikel 9, tweede lid, van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014 en gewijzigd bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden “30 juni” vervangen door de woorden “31 maart”.

**Art. 17.** Hoofdstuk II, afdeling 2, onderafdeling 3, van hetzelfde decreet, dat artikel 15 bevat, wordt opgeheven.

**Art. 18.** Artikel 17, § 3, derde lid, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 11 december 2018 en 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

”De Regering kan:

1° voor de toepassing van § 2, tweede lid, bepalen, welke functies die door het personeel kunnen worden uitgeoefend, beschouwd worden als functies die in het cultureel werk aanvaardbaar zijn;

2° nog andere verrekeningscriteria en verrekeningsregels voor de toepassing van deze paragraaf vastleggen.”

**Art. 19.** Artikel 19, § 7, derde lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 11 december 2018 en 12 december 2019, worden vervangen als volgt:

”De Regering kan:

1° voor de toepassing van § 6 bepalen, welke functies die door het personeel kunnen worden uitgeoefend, beschouwd worden als functies die in het cultureel werk aanvaardbaar zijn;

2° nog andere verrekeningscriteria en verrekeningsregels voor de toepassing van deze paragraaf vastleggen.”

**Art. 20.** Artikel 21, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016 en gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt vervangen als volgt:

”Het eerste lid en het tweede lid gelden niet voor de in artikel 43, tweede lid, vermelde subsidies in het kader van de onderscheiding “kunstenaar van Oost-België”.

**Art. 21.** In artikel 41, § 3, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

”3° het concept van een kunstproject dat tijdens een drie jaar durende ondersteuningsfase dient te worden omgezet.”

3° er wordt een tweede lid ingevoegd, luidende:

”De Regering bepaalt in welke vorm de documenten moeten worden ingediend.”

**Art. 22.** Artikel 43, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

Aan de onderscheiding is het volgende verbonden:

1° een eenmalig forfaitair bedrag van 5.000 euro dat aan de winnaar wordt toegekend aan het begin van de drie jaar durende ondersteuningsfase;

2° een werkbeurs die wordt toegekend aan de winnaar om zijn kunstproject om te zetten en die, in functie van de behoefte en de ontwikkeling van het project, in de loop van de drie jaar durende ondersteuningsfase wordt uitbetaald. Daartoe sluit de Regering een overeenkomst met de winnaar waarin wordt bepaald hoe het kunstproject zal verlopen, hoe hoog de ondersteuning is, alsook hoe de uitbetaling van de subsidie en de bewijsvoering in de tijd worden gespreid.”

**Art. 23.** In artikel 51, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden “instrumentale ensembles en muziekverenigingen” vervangen door de woorden “instrumentale ensembles, kamermuziekensembles en muziekverenigingen”;

2° het tweede lid wordt opgeheven.

**Art. 24.** In artikel 81 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

”§ 1 - Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn, kan de Regering de in artikel 80, § 1, vermelde aanvragers een subsidie voor uitrustingsvoorwerpen toekennen. De subsidie bedraagt hoogstens 50 % van de subsidiëerbare uitgaven.”

2° paragraaf 2 wordt opgeheven.

**Art. 25.** In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 7.1 ingevoegd, dat de artikelen 93.1 tot 93.4 omvat, luidende:

”Hoofdstuk 7.1 - Tijdelijke maatregelen om de negatieve gevolgen van de coronacrisis te beperken”

**Art. 26.** In hoofdstuk 7.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.1 - Specifieke ondersteuningsvoorwaarden voor cultuurcentra

In afwijking van artikel 14, eerste lid, 5°, worden de daarin vermelde kwantitatieve criteria voor het kalenderjaar 2021 met één derde verlaagd.

Voor cultuurcentra die voor het eerst ondersteuning krijgen, geldt:

1° het kalenderjaar 2020 wordt buiten beschouwing gelaten, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag;

2° voor het kalenderjaar 2021 worden de criteria vermeld in artikel 14, eerste lid, 5°, met één derde verlaagd.

Als de aldus berekende kwantitatieve criteria een decimaal bevatten, wordt het getal tot de hogere of lagere eenheid afgerond, naargelang de decimaal al dan niet 0,5 bereikt."

**Art. 27.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 93.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.2 - Specifieke ondersteuningsvoorwaarden voor cultuurorganisatoren

In afwijking van artikel 16, § 2, worden de daarin vermelde kwantitatieve criteria voor het kalenderjaar 2021 met één derde verlaagd.

Voor cultuurorganisatoren die voor het eerst ondersteuning krijgen, geldt:

1° het kalenderjaar 2020 wordt buiten beschouwing gelaten, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag;

2° voor het kalenderjaar 2021 worden de criteria vermeld in artikel 16, § 2, met één derde verlaagd.

Als de aldus berekende kwantitatieve criteria een decimaal bevatten, wordt het getal tot de hogere of lagere eenheid afgerond, naargelang de decimaal al dan niet 0,5 bereikt."

**Art. 28.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 93.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 93.3 - Specifieke ondersteuningsvoorwaarden voor cultuurproducenten

In afwijking van artikel 18, § 2 tot § 5, worden de daarin vermelde kwantitatieve criteria voor het kalenderjaar 2021 met één derde verlaagd.

Voor cultuurproducenten die voor het eerst ondersteuning krijgen, geldt:

1° het kalenderjaar 2020 wordt buiten beschouwing gelaten, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag;

2° voor het kalenderjaar 2021 worden de criteria vermeld in artikel 18, § 2 tot § 5, met één derde verlaagd.

Als de aldus berekende kwantitatieve criteria een decimaal bevatten, wordt het getal tot de hogere of lagere eenheid afgerond, naargelang de decimaal al dan niet 0,5 bereikt."

**Art. 29.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 93.4 ingevoegd, luidende:

"Afdeling 93.4 - Ondersteuning van amateurkunstverenigingen

In afwijking van artikel 59 krijgt een amateurkunstvereniging die actief is in de kunstdiscipline theater voor de kalenderjaren 2020 en 2021 een ondersteuning op basis van de meest recente classificatie, als door de federale dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken, geen classificatie kan plaatsvinden.

In afwijking van de artikelen 52, § 1, 58, § 1, en 64, § 1, krijgen geclassificeerde amateurkunstverenigingen voor het kalenderjaar 2021 forfaitaire subsidies die overeenstemmen met het hoogste aantal culturele activiteiten die in bijlage 1 per classificatiecategorie zijn voorzien, ook als dat aantal culturele activiteiten niet werkelijk heeft plaatsgevonden."

**Art. 30.** Bijlage 1 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de bijlage gevoegd bij dit decreet.

#### *Afdeling 2. — Jeugd*

**Art. 31.** In artikel 1, 12°, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk worden de woorden "informatiecentrum voor jongeren" vervangen door de woorden "aanbieder van jongereninformatie".

**Art. 32.** Het opschrift van hoofdstuk 2, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 3 - Ondersteuning van de jongereninformatie"

**Art. 33.** In artikel 15 van hetzelfde decreet wordt de zin "Er kan hoogstens één prestatieovereenkomst voor het kanton Eupen en één prestatieovereenkomst voor het kanton Sankt Vith zijn." vervangen door de zin "Er is maar één ondersteunde aanbieder voor de jongereninformatie in het Duitse taalgebied."

**Art. 34.** Artikel 16 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 16 - Doelstelling van de jongereninformatie

De aanbieder van jongereninformatie stelt informatie ter beschikking die op juistheid getoetst is en die betrouwbaar, volledig, neutraal en voor iedereen toegankelijk is. De informatie is zowel qua vorm als qua inhoud afgestemd op de behoeften van jongeren. De aanbieder biedt jonge mensen permanent actuele informatie aan en helpt hen bij het zoeken naar informatie.

De aanbieder van jongereninformatie doet in alle gemeenten van het Duitse taalgebied aan projectwerk om zijn dienstverlening ter plaatse ter beschikking te stellen van de jongeren.

Voorts draagt de aanbieder van jongereninformatie bij tot een op kennis gebaseerd jeugdbeleid door de voorhanden zijnde kennis over jongeren en jongereninformatie te registreren en te ontsluiten."

**Art. 35.** Artikel 17, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De aanbieder van jongereninformatie werkt een concept uit in samenwerking met jongeren en met de gemeenten.

**Art. 36.** In artikel 18, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "het informatiecentrum voor jongeren" vervangen door de woorden "de aanbieder van jongereninformatie".

**Art. 37.** Artikel 19, § 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De aanbieder van jongereninformatie wordt ondersteund via een prestatieovereenkomst per kanton."

**Art. 38.** In artikel 20 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "informatiecentra voor jongeren" vervangen door het woord "jongereninformatie";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "het betrokken informatiecentrum voor jongeren" vervangen door de woorden "de aanbieder van jongereninformatie";

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "het informatiecentrum voor jongeren" vervangen door de woorden "de aanbieder van jongereninformatie".

**Art. 39.** In artikel 21 worden de §§ 1 en 2 van hetzelfde decreet vervangen als volgt:

"§ 1 - De aanbieder van jongereninformatie ontvangt een subsidie om zijn werkings- en personeelskosten te dekken indien hij:

1° voldoet aan de ondersteuningscriteria vermeld in artikel 5;

2° over een concept beschikt dat de Regering overeenkomstig artikel 18 heeft goedgekeurd;

3° aan de doelstelling vermeld in artikel 16 voldoet;

4° partij is bij een prestatieovereenkomst vermeld in artikel 19;

5° minstens één jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in dienst heeft.

De jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten bedraagt 60.000 euro.

De subsidie voor de personeelskosten van de jeugdwerkers wordt geval voor geval in de prestatieovereenkomst vastgelegd, waarbij:

1° per kanton 87,5 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten voor de eerste jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in aanmerking wordt genomen, voor zover de lokale besturen 12,5 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen;

2° per kanton 80 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten voor de tweede jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten, in aanmerking wordt genomen, voor zover de lokale besturen 20 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen;

§ 2 - Indien geen prestatieovereenkomst in de zin van artikel 19 wordt gesloten, ontvangt de aanbieder van jongereninformatie een jaarlijkse forfaitaire subsidie voor de werkingskosten van 24.000 euro.

Voorts ontvangt de aanbieder van jongereninformatie die geen partner bij een prestatieovereenkomst is, een subsidie voor de personeelskosten voor één beklede betrekking van jeugdwerker, uitgedrukt in voltijdse equivalenten. Die subsidie bedraagt 87,5 % van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten, voor zover lokale besturen 12,5 % van die personeelskosten voor hun rekening nemen."

**Art. 40.** Artikel 35 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

**Art. 41.** Artikel 36, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"De aanvragen om goedkeuring en ondersteuning van voortgezette opleidingen voor jongeren moeten voldoen aan de voorwaarden overeenkomstig artikel 37 en moeten vóór het begin van de voortgezette opleiding bij de Regering worden ingediend."

**Art. 42.** In artikel 38 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"De jeugdraad van de Duitstalige Gemeenschap organiseert overeenkomstig artikel 46, 8°, de basisopleiding die leidt tot het erkende bewijs "vrijwillige jeugdleider"."

2° in de inleidende zin van het tweede lid worden de woorden "de jeugdcommissie" vervangen door de woorden "de jeugdraad".

**Art. 43.** In artikel 44 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de woorden "waarvoor een aanvraag werd ingediend in het kader van de oproep vermeld in artikel 35, eerste lid" opgeheven.

**Art. 44.** Artikel 46 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 46 - Principe

In het Duitse taalgebied kan de Regering maar één Jeugdraad ondersteunen; die Jeugdraad voldoet aan de volgende voorwaarden:

1° hij is opgericht als vereniging zonder winstoogmerk met zetel in het Duitse taalgebied;

2° hij is niet gebonden aan een partij of een wereldbeschouwing en houdt rekening met de artikelen 6 en 7 van de wet van 16 juli 1973 waarbij de bescherming van de ideologische en filosofische strekkingen gewaarborgd wordt;

3° zijn leden zijn individuele jongeren en andere niet-ondersteunde organisaties van de Duitstalige Gemeenschap die voornamelijk in de jeugdsector werkzaam zijn, alsook alle jeugdvoorzieningen die overeenkomstig hoofdstuk 2, afdeling 2 tot 4, ondersteund worden, waaronder minstens twee vertegenwoordigers van het open jeugdwerk, twee vertegenwoordigers van de jeugdorganisaties, één vertegenwoordiger van het mobiele jeugdwerk en één vertegenwoordiger van de jongereninformatie;

4° hij vertegenwoordigt de belangen van de jonge mensen door te fungeren als spreekbuis van de jonge mensen en als tussenpersoon tussen de jongeren en de beleidsmakers in het Duitse taalgebied;

5° hij neemt initiatieven die hij nuttig acht om de problemen van jongeren in de Duitstalige Gemeenschap te onderzoeken of op te lossen, alsook om de ontplooiingsmogelijkheden en de participatie van de jongeren in de Duitstalige Gemeenschap uit te bouwen;

6° hij verwezenlijkt projecten voor en met jonge mensen en zijn leden en staat daarbij open voor alle jongeren, in het bijzonder rond politieke vorming;

7° hij neemt initiatieven en ontwikkelt methoden die hij nodig acht om zijn doelstellingen te verwezenlijken en dit op regionaal, nationaal, Europees en internationaal vlak;



8° hij organiseert de basisopleiding die leidt tot het erkende bewijs "vrijwillige jeugdleider", voor zover:

- a) hij het lesrooster en de gegevens over de voordrachtgevers ten minste 45 dagen vóór het begin van de basisopleiding bij de Regering indient;
- b) hij aan de voorwaarden van de artikelen 37 en 39 voldoet;
- c) hij binnen 60 kalenderdagen na het voltooiën van de opleidingscyclus een eindverslag of evaluatieverslag aan de Regering bezorgt via het daarvoor beschikbare formulier."

**Art. 45.** Artikel 47, tweede lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 7 november 2016, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Op verzoek van de Jeugdraad bezorgt de aanvrager binnen de gestelde termijn nadere achtergrondinformatie over de inhoud van het aangevraagde advies."

**Art. 46.** In artikel 48 van hetzelfde decreet worden de woorden "15.000 euro" vervangen door de woorden "30.000 euro".

**Art. 47.** In artikel 51, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

"1° de basisopleidingen, alsook de voortgezette opleiding tot stagebegeleider overeenkomstig artikel 40 in opdracht van de Regering evalueren;

2° in de bepaling onder 3° worden de woorden "derde lid," opgeheven.

**Art. 48.** In artikel 54 van hetzelfde decreet worden de woorden "1 maart" vervangen door de woorden "30 september".

**Art. 49.** In artikel 80, § 2, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "één jaar" vervangen door de woorden "twee jaar".

#### *Afdeling 3. — Sport*

**Art. 50.** Artikel 14 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"In afwijking van artikel 5, eerste lid, artikel 8, tweede lid, en artikel 9, tweede lid, wordt de geldigheidsduur van de tijdelijke en definitieve licenties die voor het jaar 2020 werden uitgereikt, met één jaar verlengd, ook als in 2020 niet werd voldaan aan de voorwaarden gesteld in de artikelen 6, 7, 9, eerste lid, en 10."

#### *HOOFDSTUK 3. — Onderwijs*

**Art. 51.** In artikel 17, § 4, eerste lid, van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de woorden "de wet van 27 juni 1921 betreffende de verenigingen zonder winstoogmerk, de internationale verenigingen zonder winstoogmerk en de stichtingen" vervangen door de woorden "het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen".

**Art. 52.** Artikel 61.4, eerste lid, van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Als de personen belast met de opvoeding de aanvraag na 31 mei indienen, beslist het schoolhoofd of de aanvraag ontvankelijk is, waarbij hij ervoor zorgt dat de termijnen vermeld in artikel 20 in acht worden genomen bij de inschrijving van de hoogbegaafde leerling."

**Art. 53.** In artikel 123octies van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, ingevoegd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "2019-2020" vervangen door de woorden "2019-2020 en 2020-2021".

**Art. 54.** Artikel 11 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, vervangen bij het decreet van 17 mei 2004 en gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 van 22 juni 2020, wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - Onverminderd § 1, eerste lid, kan een personeelslid van wie aantoonbaar bekend is dat het gedurende minder dan zes opeenvolgende werkdagen afwezig zal zijn wegens verlof, wegens een terbeschikkingstelling of wegens enige andere vorm van afwezigheid, in het schooljaar 2020-2021 vanaf de eerste dag van zijn afwezigheid vervangen worden. De Regering kan die maatregel met hoogstens één schooljaar verlengen."

**Art. 55.** In artikel 3.22, eerste lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, worden na de woorden "te voorkomen" de woorden ", met uitzondering van schoolsluitingen" ingevoegd.

#### *HOOFDSTUK 4 - Monumentenzorg*

**Art. 56.** Het decreet van 10 mei 1999 betreffende de benaming van de openbare wegen, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, wordt opgeheven.

**Art. 57.** In artikel 10.2, § 1, tweede lid, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin worden de woorden "uiterlijk op 31 december van het voorgaande kalenderjaar" ingevoegd tussen het woord "dient" en de woorden "een schriftelijke aanvraag";

2° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

3° er wordt een bepaling onder 4° ingevoegd, luidende:

"4° een verklaring van de aanvrager dat hij bereid is om, op verzoek van de Regering, het gesubsidieerd voorwerp op de open monumentendagen of op hoogstens twee dagen per jaar toegankelijk te maken voor het publiek."

**Art. 58.** In artikel 13.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het enige lid, dat het eerste lid wordt, worden de woorden "artikel 13, § 3, zesde lid, en § 6," vervangen door de woorden "artikel 13, § 6,;"

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"Voor de afgifte van haar advies beschikt de commissie:

1° over dertig kalenderdagen, te rekenen vanaf de datum waarop de Regering de aanvraag om advies aan haar heeft toegezonden, als het gaat om een eensluidend erfo goedadvies in de zin van artikel D.IV.35, § 1, eerste lid, van hetzelfde Wetboek;

2° over twintig kalenderdagen, te rekenen vanaf de datum waarop de Regering de aanvraag om advies aan haar heeft toegezonden, als het gaat om een gewoon erfo goedadvies in de zin van artikel D.IV.35, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek.

Indien binnen die termijnen geen advies is ontvangen, wordt ervan uitgegaan dat de commissie instemt met het erfo goedadvies."

**Art. 59.** In artikel 22, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "uiterlijk op 31 december van het voorgaande kalenderjaar" ingevoegd tussen het woord "dient" en de woorden "een schriftelijke subsidiëringsaanvraag".

**Art. 60.** Artikel 26 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010, 14 februari 2011, 26 februari 2018 en 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

"Art. 26 - Machtiging

§ 1 - Opgravingen, archeologische peilingen of het gebruik van elektronische of magnetische detectoren met het oog op activiteiten die tot een bodemwijziging of de verwijdering van voorwerpen leiden, mogen slechts met voorafgaande machtiging van de Regering of in opdracht van de Regering worden uitgevoerd. De afzonderlijke voorwaarden die de Regering aan de machtiging verbindt, zijn niet-discriminerend, noodzakelijk en evenredig.

§ 2 - De machtiging tot het uitvoeren van archeologische peilingen of opgravingen heeft betrekking op een bepaald project en kan eventueel geografisch afgebakend worden. Zij vermeldt de gerechtigden, de voorwaarden en de vereisten alsmede de geldigheidsduur. Deze geldigheidsduur kan één keer worden verlengd.

De machtigingsaanvraag wordt ingediend via een door de Regering vastgelegd formulier. De Regering neemt haar beslissing binnen dertig kalenderdagen na ontvangst van de volledige aanvraag. Neemt de Regering geen beslissing binnen de gestelde termijn, dan wordt de machtiging geacht te worden toegekend.

Worden over de toekenning van de machtiging geïnformeerd:

1° de aanvrager;

2° de commissie;

3° de eigenaar, als hij niet de aanvrager is. De eigenaar informeert desgevallend de huurders en bewoners;

4° het gemeentecollege.

De Regering legt de nadere regels vast.

§ 3 - De machtiging om elektronische of magnetische detectoren te gebruiken, wordt toegekend voor een periode van één jaar; aan die machtiging kunnen voorwaarden verbonden zijn. De machtiging kan jaarlijks verlengd worden.

Als het gebruik van elektronische of magnetische detectoren aangevraagd wordt, moet met de bevoegde dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een adviesgesprek worden gevoerd om duidelijkheid te scheppen omtrent de raamvoorwaarden bij het gebruik van detectoren.

De machtigingsaanvraag wordt ingediend via een door de Regering vastgelegd formulier. De Regering neemt haar beslissing binnen dertig kalenderdagen na ontvangst van de volledige aanvraag. Neemt de Regering geen beslissing binnen de gestelde termijn, dan wordt de machtiging geacht te worden geweigerd.

Aan de machtiging zijn de volgende voorwaarden verbonden:

1° de kosten van het project worden uitsluitend door de aanvrager gedragen;

2° het betreden van een perceel geschiedt met toestemming van de eigenaar;

3° de aanvrager mag geen gaten graven die dieper zijn dan 30 centimeter en mag geen detectoren gebruiken op percelen:

a) die deel uitmaken van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of, naargelang van het geval, deel uitmaken van een goed dat in het beschermingsgebied daarvan ligt;

b) die op de archeologische beschermingskaart opgenomen zijn;

c) waarop een archeologische peiling uitgevoerd wordt of, naargelang van het geval, een opgraving plaatsvindt, tot die handelingen beëindigd zijn;

4° De aanvrager deelt zijn vondsten die op grond van hun toestand, vorm of aard klaarblijkelijk als archeologische goederen onder de toepassing van dit decreet zouden kunnen vallen, binnen zeven kalenderdagen mee aan de bevoegde dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° De bevoegde dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap krijgt op eenvoudig verzoek toegang tot de vondsten;

6° Als de aanvrager daartoe geen toestemming van de Regering heeft, mag hij zijn vondsten niet vervreemden of buiten het Duitse taalgebied brengen;

7° De aanvrager heeft de toestemming van de Regering bij zich wanneer hij een detector gebruikt. Hij moet ze te allen tijde en op eenvoudig verzoek kunnen voorleggen aan de ambtenaren en beambten die belast zijn met de uitvoering van dit decreet;

8° De aanvrager verplicht zich ertoe op het einde van de geldigheidsstermijn van de toestemming een eindverslag over zijn activiteiten op te stellen;

9° De aanvrager verplicht zich ertoe de door hem gegraven gaten in de bodem weer dicht te doen en het uitgegraven afval vakkundig te verwijderen.

De Regering legt de nadere regels vast.”

**Art. 61.** In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk IV.1 ingevoegd, dat de artikelen 35.1 en 35.2 omvat, luidende: “HOOFDSTUK IV.1 - Benaming van openbare wegen en pleinen”

**Art. 62.** In hoofdstuk IV.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 35.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 35.1 - Richtsnoeren voor de benaming

De benaming van openbare wegen en pleinen wordt alleen gewijzigd, als daar dwingende redenen voor zijn.

De benaming van openbare wegen en pleinen documenteert plaatselijke omstandigheden of, naargelang van het geval, het behoud van de geschiedenis en de traditie of dient om verdienstelijke burgers en persoonlijkheden te eren. De benaming van openbare wegen en pleinen wordt zo mogelijk afgeleid van de plaats, van haar historische achtergrond, van gebeurtenissen en personen en houdt rekening met de geschiedenis, de cultuur en de plaatselijke kenmerken van de gemeente in kwestie.

Namen van nog levende personen mogen niet worden gebruikt, met uitzondering van de namen van de koninklijke familie.

Het benoemen van wegen en pleinen naar personen is een bijzondere waardering voor hetgeen ze op verschillende gebieden voor de samenleving hebben betekend. Het benoemen naar persoonlijkheden geschiedt ten vroegste 25 jaar na het overlijden van de naamgever. De lokaal historische waardering voor de persoonlijkheid wordt verduidelijkt en gedetailleerd toegelicht in de motivering. Bij het kiezen van de openbare wegen en pleinen let de gemeente erop dat de betekenis van de straat in overeenstemming is met de beoogde eerbetuiging. Bij het kiezen van persoonlijkheden moet voor een evenwichtige verhouding tussen alle geslachten worden gezorgd.

Benamingen die een negatief en geringschattend effect op de bewoners hebben, zijn niet toegestaan.”

**Art. 63.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 35.2 ingevoegd, luidende:

“Art. 35.2 - Procedure

Voordat de gemeente een nieuwe benaming voor een openbare weg of een openbaar plein kiest, vraagt ze de Regering om advies.

De gemeente dient haar aanvraag in bij de Regering, samen met een uitvoerige motivering, een plattegrond en eventueel nog andere bijbehorende documentatie.

Binnen zestig kalenderdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag, zendt de Regering haar advies toe aan de gemeente. Als het advies niet binnen de gestelde termijn wordt toegezonden, wordt het beschouwd als een positief advies.

Voordat de Regering advies uitbrengt, vraagt ze advies aan bij de commissie.

De gemeente zendt de Regering zo snel mogelijk een kopie van de definitieve beslissing over de naamgeving. Als die beslissing afwijkt van het advies, moet ze met redenen worden omkleed.”

**Art. 64.** In artikel 38 van hetzelfde decreet wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“Op verzoek van de Regering brengt ze adviezen uit over voorstellen voor de benaming van openbare wegen en pleinen; die adviezen worden binnen dertig kalenderdagen uitgebracht.”

**Art. 65.** Artikel 41 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 7 november 2016, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

“Het kan bepalen dat de commissie haar beslissingen via een schriftelijke procedure neemt.”

#### HOOFDSTUK 5. — *Tewerkstelling*

**Art. 66.** Opgeheven worden:

1° het decreet van 25 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid;

2° het besluit van de Executieve van 20 december 1991 tot uitvoering van het decreet van 25 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid.

**Art. 67.** In artikel 5, 3°, c), van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus worden de woorden “de artikelen 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, en 530 van het Wetboek van vennootschappen” vervangen door de woorden “de artikelen 5: 16 2°, 5: 140 en 7.18, 2°, van het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen”.

**Art. 68.** In artikel 11 van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden “510,92 euro” vervangen door de woorden “531 euro”;

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden “306,55 euro” vervangen door de woorden “319 euro”.

3° in § 3, eerste lid, worden de woorden “1.021,83 euro” vervangen door de woorden “1.063 euro”;

4° in § 3, tweede lid, worden de woorden “613,10 euro” vervangen door de woorden “638 euro”;

5° in § 3, derde lid, worden de woorden “306,55 euro” vervangen door de woorden “319 euro”.

**Art. 69.** In artikel 13 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1 worden de woorden “510,92 euro” vervangen door de woorden “531 euro”;

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden “1.021,83 euro” vervangen door de woorden “1.063 euro”.

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden “613,10 euro” vervangen door de woorden “638 euro”.

**Art. 70.** In artikel 19, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "de wet van 27 juni 1921 betreffende de verenigingen zonder winst oogmerk, de stichtingen en de Europese politieke partijen en stichtingen" vervangen door de woorden "het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen".

**Art. 71.** In artikel 21 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "1.021,83 euro" vervangen door de woorden "1.063 euro";
- 2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "937,02 euro" vervangen door de woorden "975 euro";
- 3° in § 2, eerste lid, worden de woorden "1.873,02 euro" vervangen door de woorden "1.948 euro".
- 4° in § 2, tweede lid, worden de woorden "1.788,21 euro" vervangen door de woorden "1.860 euro".

**Art. 72.** In artikel 26 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 15 oktober 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "1.021,83 euro" vervangen door de woorden "1.063 euro";
- 2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "937,02 euro" vervangen door de woorden "975 euro";
- 3° in § 2, eerste lid, worden de woorden "1.873,02 euro" vervangen door de woorden "1.948 euro".
- 4° in § 2, tweede lid, worden de woorden "1.788,21 euro" vervangen door de woorden "1.860 euro".

**Art. 73.** In artikel 55 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden ", die onder de toepassing blijven vallen van de artikelen 4 en 5 van het voormelde besluit, zoals van kracht op 31 december 2018" worden vervangen door de woorden "die worden vastgelegd in het tweede lid";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"De jaarlijkse premies die moeten worden betaald aan de werkgevers vermeld in het eerste lid, bedragen:

1° 16.471 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een premie ontvingen van de subsidie categorie B1 in de zin van artikel 5, § 1, van het besluit van de Regering van het Waals Gewest van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers;

2° 23.069 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een premie ontvingen van de subsidie categorie B2 in de zin van artikel 5, § 2, van hetzelfde besluit van de Regering van het Waals Gewest;

3° 29.120 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een premie ontvingen van de subsidie categorie B3 in de zin van artikel 5, § 3, eerste en derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering van het Waals Gewest.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid is de indexerings van de overeenkomstig het tweede lid vastgelegde premie onderworpen aan de toepassing van artikel 14, § 3."

**Art. 74.** In artikel 57 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de woorden ", die onder de toepassing blijven vallen van de artikelen 5 tot 7 en 22.1 van het voormelde besluit van de Regering, zoals van kracht op 31 december 2018" worden vervangen door de woorden "die worden vastgelegd in het tweede lid".

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"De toelagen voor de werkgevers die de werknemers vermeld in het eerste lid tewerkstellen, bedragen:

1° 13.698 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een toelage ontvingen op basis van artikel 5 van het besluit van de Regering van 20 december 2001 houdende toekenning van toelagen aan plaatselijke besturen die geco's tewerkstellen;

2° 19.441 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een toelage ontvingen op basis van artikel 6 van hetzelfde regeringsbesluit;

3° 25.185 euro voor werknemers voor wie de werkgevers op 31 december 2018 een toelage ontvingen op basis van artikel 7 van hetzelfde regeringsbesluit.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid is de indexerings van de overeenkomstig het tweede lid vastgelegde toelage onderworpen aan de toepassing van artikel 14, § 3."

#### HOOFDSTUK 6. — *Lokale besturen*

**Art. 75.** In artikel L4125-3, § 2, eerste lid, 1°, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie, ingevoegd bij het decreet van 1 juni 2006, worden de woorden "rechtbank van koophandel" vervangen door het woord "ondernemingsrechtbank".

**Art. 76.** In artikel 33, § 1, tweede lid, van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de woorden "de maatschappelijke zetel of de bedrijfszetel" vervangen door de woorden "de zetel".

**Art. 77.** In artikel 45, § 1, derde lid, van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de woorden "artikel L4125-1" vervangen door de woorden "artikel L4142-1".

**Art. 78.** Artikel 95, § 2, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"In het geval vermeld in § 1, tweede lid, hoeft geen eindafrekening over het beheer te worden opgemaakt."

**Art. 79.** In artikel 108, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de artikelen 7, 65 en 66 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen" vervangen door de woorden "de artikelen 7, 312 en 313 van de wet van 25 april 2014 op het statuut van en het toezicht op kredietinstellingen en beursvennootschappen".

**Art. 80.** In artikel 159, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "maatschappelijk doel" vervangen door het woord "doel";

2° in het tweede lid worden de woorden "maatschappelijk kapitaal" vervangen door het woord "kapitaal".

**Art. 81.** In artikel 161 van hetzelfde decreet worden de woorden "De artikelen 63, 130 tot 144, 165 tot 167, 517 tot 530, 538, 540 en 561 tot 567 van het Wetboek van Vennootschappen" vervangen door de woorden "De artikelen 2: 41, 2: 52, 3: 58 tot 3: 75, 3: 100 tot 3: 102, 7: 85 tot 7: 88, 7: 90, 7: 91, 7: 93 tot 7: 100, 7: 104, 7: 121, 7: 122, 7: 136, 7: 139 en 7: 156 tot 7: 159 van het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen".

#### HOOFDSTUK 7. — *Toerisme*

**Art. 82.** In artikel 21 van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, derde lid, wordt opgeheven;

2° de volgende § 1.1 wordt ingevoegd:

" § 1.1 - Koepelorganisaties en verenigingen voor vreemdelingenverkeer kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een subsidie van hoogstens 500 euro per evenement krijgen, als toeristen de rechtstreekse doelgroep van dat evenement zijn."

3° in paragraaf 2 worden de woorden "de initiatieven vermeld in paragraaf 1" vervangen door de woorden "de initiatieven en evenementen vermeld in de § 1 en 1.1";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De subsidie wordt hoogstens drie keer voor hetzelfde initiatief of evenement toegekend, ongeacht onder welke benaming het werd uitgevoerd."

#### HOOFDSTUK 8. — *Ruimtelijke ordening en stedenbouw*

**Art. 83.** Artikel D.I.1 van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

" § 3 - De samenwerking met de overheden, diensten of organen van het Waals Gewest geschiedt in het bijzonder op basis van de bepalingen van het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies, hierna 'samenwerkingsakkoord' genoemd."

**Art. 84.** In artikel D.II.3 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "wier raadpleging door de Regering nuttig wordt geacht" vervangen door de woorden "wier raadpleging door de Regering nuttig wordt geacht of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "wier raadpleging door de Regering nuttig geacht wordt" vervangen door de woorden "wier raadpleging door de Regering nuttig wordt geacht of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht";

**Art. 85.** In artikel D.II.7, § 3, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die de gemeenteraden nuttig achten te raadplegen" vervangen door de woorden "die de gemeenteraden nuttig achten te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 86.** In artikel D.II.12, § 3, derde lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "wier raadpleging de gemeenteraad nuttig acht" vervangen door de woorden "wier raadpleging de gemeenteraad nuttig acht of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 87.** Geldt alleen voor de Duitse tekst.

**Art. 88.** In artikel D.II.47, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die zij nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die zij nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 89.** In artikel D.II.48, § 4, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die zij nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die zij nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 90.** In artikel D.II.49, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, worden de woorden "als het Operationeel Directoraat-generaal Landbouw, Natuurlijke Hulpbronnen en Leefmilieu, hierna "DGO3" indien het geraadpleegd is" vervangen door de woorden "of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 91.** In artikel D.II.51, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die de Regering nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die de Regering nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 92.** In artikel D.II.52 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, eerste lid, worden de woorden "die de Regering nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die de Regering nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht";

2° in § 4, eerste lid, worden de woorden "die hij nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die hij nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 93.** Artikel D.II.54, § 1, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing wanneer de herziening van het gewestplan voor de toekenning van een milieuvergunning in de zin van het decreet van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning noodzakelijk is of wanneer een globale vergunning in de zin van het samenwerkingsakkoord noodzakelijk is."

**Art. 94.** In artikel D.III.3, § 3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die zij nodig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die zij nodig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 95.** In artikel D.III.6, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die genoemd college nodig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die genoemd college nodig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 96.** In artikel D.IV.4, eerste lid, 12°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de Regering kan een lijst van werken bepalen die schade toebrengen aan het wortelstelsel of die het uitzicht wijzigen van opmerkelijke bomen, struiken en hagen" vervangen door de woorden "overeenkomstig de bepalingen van het samenwerkingsakkoord wordt een lijst opgemaakt van werken die schade toebrengen aan het wortelstelsel van opmerkelijke bomen, struiken en hagen of die het uitzicht wijzigen van opmerkelijke bomen, struiken en hagen; de Regering kan die lijst aanvullen".

**Art. 97.** Geldt alleen voor de Duitse tekst.

**Art. 98.** In artikel D.IV.14.2 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "een goed" vervangen door de woorden "verbouwingswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken van een goed".

**Art. 99.** In artikel D.IV.35, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "De Regering bepaalt" vervangen door de woorden "Onverminderd de adviezen die bij het samenwerkingsakkoord worden voorgeschreven, bepaalt de Regering" en worden de woorden "houdende" vervangen door de woorden "te houden".

**Art. 100.** Geldt alleen voor de Duitse tekst.

**Art. 101.** In artikel D.IV.68 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "waarvan zij het advies nuttig acht" vervangen door de woorden "waarvan zij het advies nuttig acht of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

**Art. 102.** Artikel D.IV.107 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art.D.IV.107 - In het geval van een gemengd project in de zin van het samenwerkingsakkoord wordt, in afwijking van de artikelen D.IV.14 en D.IV.22, overeenkomstig de bepalingen van het samenwerkingsakkoord een globale vergunning toegekend die in de plaats treedt van de stedenbouwkundige vergunning in de zin van dit Wetboek. De in de artikelen D.IV.5 tot D.IV.13 bedoelde afwijkingen en verschillen worden toegekend:

1° door het gemeentecollege als het de bevoegde overheid is; het in het syntheserapport vermelde advies van de Regering is een eensluidend advies als de aanvraag een afwijking van het gewestplan of van de normen van de gewestelijke leidraad voor stedenbouw als gevolg heeft;

2° door de Regering als ze samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de bevoegde overheid is;

3° door de gemengde beroepscommissie in het kader van een beroep;

4° door de Regering voor de vergunningsaanvragen betreffende handelingen en werken waarvoor er dwingende redenen van algemeen belang bestaan, die tot haar bevoegdheid behoren.

In afwijking van de artikelen D.IV.14 en D.IV.22 wordt, in het geval van een geïntegreerd project in de zin van het samenwerkingsakkoord, overeenkomstig de bepalingen van het samenwerkingsakkoord een geïntegreerde vergunning afgegeven die de stedenbouwkundige vergunning in de zin van dit Wetboek vervangt. De in de artikelen D.IV.5 tot D.IV.13 bedoelde afwijkingen en verschillen worden toegekend:

1° door het gemeentecollege als het de bevoegde overheid is; het in het syntheserapport vermelde advies van de Regering is een eensluidend advies als de aanvraag een afwijking van het gewestplan of van de normen van de gewestelijke leidraad voor stedenbouw als gevolg heeft;

2° door de Regering als ze samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en, in voorkomend geval, met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de bevoegde overheid is;

3° door de gemengde beroepscommissie in het kader van een beroep."

**Art. 103.** Artikel D.V.16, § 1, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing wanneer de aanneming van de omtrek als milieuvergunning in de zin van het decreet van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning of als globale vergunning in de zin van het samenwerkingsakkoord dient te gelden."

**Art. 104.** In artikel D.VII.3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden tussen de woorden "Behalve de ambtenaren van gerechtelijke politie" en het woord "zijn" de woorden "en onverminderd de bepalingen van het samenwerkingsakkoord" ingevoegd.

**Art. 105.** In artikel D.VIII.33, § 4, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden "die ze nuttig acht te raadplegen" vervangen door de woorden "die ze nuttig acht te raadplegen of die op grond van het samenwerkingsakkoord om advies moeten worden verzocht".

## HOOFDSTUK 9. — *Diverse bepalingen*

### *Afdeling 1. — Uitbreiding van het crisisdecreet 2020*

**Art. 106.** In het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020, gewijzigd bij de decreten van 27 april 2020, 22 juni 2020 en 20 juli 2020, wordt een hoofdstuk 3.5 ingevoegd, dat de artikelen 5.6 tot 5.9 omvat, luidende:

"Hoofdstuk 3.5 - Bijzondere maatregelen inzake gezondheid en ouderen"

**Art. 107.** In hoofdstuk 3.5 van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.6 - Om voor het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte de negatieve gevolgen te beperken van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan, wordt de Regering ertoe gemachtigd om een eenmalige forfaitaire subsidie in te voeren voor de woonzorgcentra voor ouderen van het Duitse taalgebied die door de crisis en de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken, extra kosten en minder inkomsten via de bewonersprijs hebben.

Die forfaitaire subsidie bedraagt 3.400 euro, vermenigvuldigd met de ondersteuningscapaciteit van het betrokken woonzorgcentrum voor ouderen.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de toekenning en de uitbetaling in een overeenkomst met de betrokken instelling."

**Art. 108.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 5.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.7 - De woonzorgcentra voor ouderen en de psychiatrische verzorgingstehuizen kunnen isolatie-afdelingen inrichten die bestaan uit kamers van bewoners om daar bewoners onder te brengen die tot een cluster van besmetting met het coronavirus (COVID-19) behoren. In afwijking van de dienstverleningsovereenkomst vermeld in artikel 32, § 2, tweede lid, 6°, van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, respectievelijk in afwijking van de overeenkomst vermeld in artikel 1 van het koninklijk besluit van 10 december 1990 houdende vaststelling van de regels voor het bepalen van de opnemingsprijs voor personen die worden opgenomen in psychiatrische verzorgingstehuizen, zorgt het woonzorgcentrum, respectievelijk het psychiatrisch verzorgingstehuis voor een mogelijkheid om de eigenlijke bewoners van de kamers die als isolatie-afdeling gebruikt worden elders onder te brengen.

De Regering kent de betrokken woonzorgcentra voor ouderen en de psychiatrische verzorgingstehuizen een financiële compensatie toe voor het via de bewonersprijs geleden inkomstenverlies dat door de inrichting van de isolatie-afdeling ontstaat of dat sinds de COVID-19-gezondheids crisis is ontstaan. Daartoe delen de woonzorgcentra voor ouderen en de psychiatrische verzorgingstehuizen aan de Regering mee gedurende welke periode de bewonerskamers gereserveerd werden."

**Art. 109.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 5.8 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.8 - Om de negatieve gevolgen van de COVID-19-gezondheids crisis te beperken wordt de Regering ertoe gemachtigd om aan de volgende dienstverrichters, instellingen en organisaties een eenmalige subsidie te betalen voor de extra kosten en inkomstenverliezen die zijn ontstaan door de crisis en door de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken:

1° dienstverrichters die activiteiten van de personenondersteuning en diensten van de thuisondersteuning aanbieden in de zin van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg;

2° inrichtende machten van psychiatrische verzorgingstehuizen in de zin van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de psychiatrische verzorgingstehuizen;

3° initiatieven van beschut wonen in de zin van artikel 6 van de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen;

4° de diensten die erkend zijn overeenkomstig het koninklijk besluit van 20 maart 1975 betreffende de erkenning en de subsidiëring van de diensten voor geestelijke gezondheidszorg;

5° huisartsenkringen in de zin van het koninklijk besluit van 8 juli 2002 tot vaststelling van de opdrachten verleend aan huisartsenkringen.

In een overeenkomst met de betrokken dienstverrichter, de betrokken instelling of de betrokken organisatie bepaalt de Regering:

1° het bedrag van de subsidie;

2° de voor de toepassing van dit artikel aanneembare kosten en inkomstenverliezen;

3° de nadere regels voor de toekenning en de uitbetaling."

**Art. 110.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 5.9 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.9 - Om de negatieve gevolgen van de COVID-19-gezondheids crisis op de ziekenhuizen in het Duitse taalgebied te beperken, wordt de Regering ertoe gemachtigd om aan die ziekenhuizen een eenmalige subsidie te betalen voor de extra kosten voor niet-duurzame infrastructuur aanpassingen die ze hebben gehad door de crisis en door de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken.

De Regering bepaalt het bedrag van de subsidie en de nadere regels voor de toekenning en de uitbetaling in een overeenkomst met het betrokken ziekenhuis."

**Art. 111.** In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 5.10 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.10 - De Regering kent volgende instellingen een subsidie toe als tegemoetkoming in de kosten voor het verwerven van de consumptiecheques vermeld in artikel 19quinquies van het koninklijk besluit van 28 november 1969 tot uitvoering van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders:

1° dienstverrichters van de gezins- en ouderenhulp, de sociale huishoudelijke hulp, de woonzorgcentra voor ouderen en het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg in de zin van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg;

2° inrichtende machten van psychiatrische verzorgingstehuizen in de zin van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de psychiatrische verzorgingstehuizen;

3° dienstverrichters van instellingsgebonden woonvormen in de zin van artikel 12, 2°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

De instellingen vermeld in het eerste lid ontvangen die subsidie als aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1° de door hen verworven consumptiecheques voldoen aan de voorwaarden vermeld in artikel 19quinquies, § 2, respectievelijk § 3, van het koninklijk besluit van 28 november 1969 tot uitvoering van de wet van 27 juni 1969 tot herziening van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders.

2° De instellingen hebben die consumptiecheques verworven voor personeelsleden aan wie ze tussen 1 maart 2020 en 31 december 2020 loon uitbetaald hebben.

De subsidiëring vermeld in het eerste lid moet voldoen aan de volgende nadere regels:

1° Voor elk personeelslid in de zin van het tweede lid, 2°, voor wie de instellingen een consumptiecheque hebben verworven, ontvangen de instellingen een subsidiëring ten belope van 150 euro als het personeelslid tussen 1 maart 2020 en 31 december 2020 hoogstens halftijds aangesteld was.

2° Voor elk ander personeelslid in de zin van het tweede lid, 2°, voor wie een consumptiecheque werd verworven, ontvangen de instellingen een subsidiëring ten belope van 300 euro.

Voor de toepassing van het eerste tot het derde lid delen de instellingen aan de Regering mee aan hoeveel personeelsleden ze tussen 1 maart 2020 en 31 december 2020 loon hebben uitbetaald, opgesplitst naar arbeidstijdregeling."

**Art. 112.** In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 3.6 ingevoegd, dat artikel 5.11 omvat, luidende:

"Hoofdstuk 3.6 - Bijzondere maatregelen op het gebied van culturele aangelegenheden"

**Art. 113.** In hoofdstuk 3.6 van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.11 ingevoegd, luidende:

"Art. 5.11 - Om de negatieve gevolgen van de COVID-19-gezondheids crisis te beperken wordt de Regering ertoe gemachtigd om een eenmalige subsidie van hoogstens 10.000 euro voor verenigingsinfrastructuur te betalen voor de extra kosten en inkomstenverliezen die zijn ontstaan door de crisis en door de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken. Om die subsidie te ontvangen, richten de organisaties vermeld in het tweede lid een aanvraag aan de Regering via het daarvoor door de Regering ter beschikking gestelde formulier.

De aanvraag kan worden ingediend door verenigingen zonder winstoogmerk:

1° die een infrastructuur beheren die gebruikt wordt door verenigingen en;

2° die eigenaar zijn van die infrastructuur of in het bezit zijn van een erfpachtovereenkomst, opstalovereenkomst of huurovereenkomst die, op het ogenblik van de aanvraag, een looptijd van ten minste drie jaar heeft. Als een gemeente eigenaar is van het te subsidiëren onroerend goed, kan de erfpachtovereenkomst, opstalovereenkomst of huurovereenkomst vervangen worden door een gebruiksrecht.

De aanvraag mag niet worden ingediend door verenigingen die op grond van één van de volgende decreten subsidie voor werkings- en personeelskosten ontvangen:

1° creatieve ateliers die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers;

2° sportorganisaties die ondersteund worden overeenkomstig het sportdecreet van 19 april 2004;

3° bioscoophouders die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen;

4° musea die erkend zijn overeenkomstig het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties;

5° instellingen voor volwassenenonderwijs die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs;

6° jeugdvoorzieningen die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk;

7° cultuuraanbieders die ondersteund worden overeenkomstig het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap.

De subsidie kan alleen worden toegekend als de volgende voorwaarden vervuld zijn:

1° de subsidie heeft uitsluitend betrekking op kosten en inkomstenverliezen die in de periode van 10 maart 2020 tot 31 december 2020 ontstaan zijn door de crisis en door de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken;

2° er kan aangetoond worden dat de aanvrager getracht heeft om het inkomstenverlies en de extra uitgaven zo laag mogelijk te houden;

3° de aanvrager heeft, indien van toepassing, aan de mensen die op honorariumbasis werken, honoraria uitbetaald voor hun geplande activiteiten die niet konden doorgaan;

4° de aanvrager houdt alle relevante bewijsstukken bij om ze op verzoek van de Regering te kunnen voorleggen;

5° de aanvrager verleent de Regering inzage in alle boekhoudkundige documenten om zijn financiële situatie te kunnen beoordelen; dit omvat ook de begeleiding door een accountant.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de aanvraag, alsook het bedrag van de subsidie en de nadere regels voor de toekenning en de uitbetaling ervan."

**Art. 114.** Artikel 8.3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juli 2020, wordt vervangen als volgt:

"Art. 8.3 - Ongeacht de bepalingen van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap ontvangen de gemeenten een eenmalige aanvullende dotatie ten belope van 4.341.000 euro om, voor de toeristische sector op het niveau van de gemeenten, de negatieve gevolgen te beperken van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld:

Amel 301.000 euro

Büllingen 522.000 euro

Burg-Reuland 396.000 euro

Bütgenbach 619.000 euro

Eupen 940.500 euro

Kelmis 237.500 euro

Lontzen 151.000 euro

Raeren 407.500 euro

Sankt Vith 766.500 euro"



**Art. 115.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 8.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 8.4 - Ongeacht de bepalingen van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap en onverminderd artikel 8.3 ontvangen de gemeenten voor de begrotingsjaren 2020 en 2021 een aanvullende dotatie om, voor de gemeentefinanciën, de negatieve gevolgen te beperken van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan.

Voor het begrotingsjaar 2020 bedraagt de aanvullende dotatie 493.381,78 euro. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld:

Amel 36.514,97 euro  
Büllingen 39.522,14 euro  
Burg-Reuland 26.900,69 euro  
Bütgenbach 37.200,81 euro  
Eupen 140.973,33 euro  
Kelmis 55.762,73 euro  
Lontzen 31.919,85 euro  
Raeren 58.248,88 euro  
Sankt Vith 66.338,38 euro

Voor het begrotingsjaar 2021 bedraagt de aanvullende dotatie 659.322,83 euro. Dat bedrag wordt als volgt onder de gemeenten verdeeld:

Amel 48.516,53 euro  
Büllingen 52.640,77 euro  
Burg-Reuland 35.852,36 euro  
Bütgenbach 49.397,75 euro  
Eupen 189.182,21 euro  
Kelmis 74.626,09 euro  
Lontzen 42.739,17 euro  
Raeren 77.693,28 euro  
Sankt Vith 88.674,67 euro"

**Art. 116.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 8.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 8.5 - Ongeacht de bepalingen van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap en onverminderd artikel 8.3 ontvangen de openbare centra voor maatschappelijk welzijn voor de begrotingsjaren 2020 en 2021 een aanvullende dotatie om, voor de OCMW-financiën, de negatieve gevolgen te beperken van de gezondheids crisis die door het coronavirus (COVID-19) is ontstaan.

Voor het begrotingsjaar 2020 bedraagt de aanvullende dotatie 740.072,68 euro. Dat bedrag wordt als volgt onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn verdeeld:

Amel 34.159,83 euro  
Büllingen 34.861,26 euro  
Burg-Reuland 26.239,08 euro  
Bütgenbach 36.165,18 euro  
Eupen 317.846,17 euro  
Kelmis 127.541,57 euro  
Lontzen 26.824,30 euro  
Raeren 60.170,55 euro  
Sankt Vith 76.264,74 euro

Voor het begrotingsjaar 2021 bedraagt de aanvullende dotatie 988.984,25 euro. Dat bedrag wordt als volgt onder de openbare centra voor maatschappelijk welzijn verdeeld:

Amel 45.866,62 euro  
Büllingen 47.232,04 euro  
Burg-Reuland 35.165,41 euro  
Bütgenbach 49.102,57 euro  
Eupen 424.143,37 euro  
Kelmis 169.962,02 euro  
Lontzen 34.811,26 euro  
Raeren 79.363,63 euro  
Sankt Vith 103.337,33 euro"

*Afdeling 2. — Non-profitsector*

**Art. 117.** In hoofdstuk 5 van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013 wordt een afdeling 1 ingevoegd, die artikel 65 omvat, luidende:

"Afdeling 1 - Socio-culturele sector"

**Art. 118.** In artikel 65 van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013, gewijzigd bij de decreten van 20 februari 2017 en 12 december 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 4°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° in 2021: 1.719,56 euro per voltijds equivalente betrekking;"

3° § 2, tweede lid, wordt opgeheven;

4° § 3, eerste lid, wordt opgeheven.

**Art. 119.** In hoofdstuk 5 van hetzelfde programmadecreet wordt een afdeling 2 ingevoegd, die de artikelen 65.1 tot 65.8 omvat, luidende:

"Afdeling 2 - Oprichting van een personeelsregister voor de non-profitsector"

**Art. 120.** In hoofdstuk 5, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt het volgende artikel 65.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.1 - Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt verstaan onder:

1° diensten en instellingen van de non-profitsector: alle privaatrechtelijke en publiekrechtelijke organisaties, instellingen en diensten die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren - met uitzondering van de onderwijssector - en die personeelssubsidie van de Regering ontvangen;

2° personeelsregister: de databank die overeenkomstig artikel 65.2 door de Regering is opgericht en die de gegevens vermeld in artikel 65.3 bevat."

**Art. 121.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.2 - De Regering richt een personeelsregister voor de non-profitsector op en beheert dat register.

Het personeelsregister is bedoeld om de volgende doeleinden te verwezenlijken:

1° het doelmatig controleren van de bewijsstukken voor de subsidies die alleen worden toegekend als bepaalde personeelsnormen worden nageleefd, alsook het toekennen van die subsidies;

2° het doelmatig controleren van de naleving van voorwaarden voor het verkrijgen of behouden van een vergunning, toelating of erkenning die verband houdt met personeelsnormen, alsook het toekennen van die vergunning, toelating of erkenning;

3° het inschatten van de uitwerkingen van decretale of verordenende wijzigingen op de betrokken diensten en instellingen van de non-profitsector;

4° het opstellen van relevante statistieken en simulaties over de behoefte aan dienstverleningen van de non-profitsector die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert, de mate waarin die behoefte gedekt wordt, het aantal en de kwaliteit van de geschapen banen, het aantal en het belang van de diensten en instellingen van de non-profitsector die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren."

**Art. 122.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.3 - De Regering kan alle overeenkomstig artikel 65.5 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

1° voor de diensten en instellingen van de non-profitsector:

a) het ondernemingsnummer;

b) de contactgegevens;

c) het identificatienummer van het bestuur dat bevoegd is voor de controle op de naleving van de voorwaarden voor de vergunning, de verklaring, het toezicht, de erkenning en/of de subsidiëring;

d) de paritaire commissie of paritaire subcommissie waaronder de dienst of de instelling ressorteert;

e) het bedrag en de financieringsbron van alle overheidssteun;

f) de rechtsvorm;

2° met betrekking tot de personeelsleden van de diensten en instellingen van de non-profitsector:

a) het rijksregisternummer;

b) de naam en voornaam;

c) de geboortedatum;

d) het interne identificatienummer van het personeelslid;

e) de elementen betreffende de functie van het personeelslid;

f) de elementen betreffende de arbeidstijdregeling van het personeelslid;

g) de elementen betreffende de beroepskwalificatie of de opleiding van het personeelslid;

h) elementen die noodzakelijk zijn voor de berekening van de anciënniteit van het personeelslid;

i) inlichtingen over de aard van de arbeidsverhouding, in het bijzonder het statuut van de werknemer en de door hem gepresteerde uren;

j) inlichtingen over het loon, de andere voordelen en de loonkosten van het personeelslid.

De Regering precificeert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit."

**Art. 123.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.4 - De diensten en instellingen van de non-profitsector registreren de gegevens vermeld in artikel 65.3 in het personeelsregister en werken die gegevens bij binnen de bewijsvoeringstermijnen die in de grondslagen voor de berekening van de ondersteuning zijn vastgelegd."

**Art. 124.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.5 - Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen."

**Art. 125.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.6 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.6 - De Regering is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 65.3, alsook voor het personeelsregister. De Regering geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens en het personeelsregister.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van wettelijke of decretale opdrachten, in het bijzonder wat betreft de taken vermeld in artikel 65.2 en de decreten en besluiten die aan dat artikel ten grondslag liggen, voor zover deze betrekking hebben op het controleren van de bewijsstukken voor subsidies waarvan de toekenning gebonden is aan de inachtneming van personeelsnormen, op de toekenning van die subsidies en op het doelmatig controleren van de naleving van voorwaarden voor het verkrijgen of behouden van een vergunning, toelating of erkenning die verband houdt met personeelsnormen, alsook het toekennen van die vergunning, toelating of erkenning. Ze mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van haar wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

**Art. 126.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.7 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.7 - De gegevens mogen tot hoogstens tien jaar na beëindiging van de arbeidsverhouding van de betrokken personeelsleden bij de diensten en instellingen van de non-profitsector bewaard worden in een vorm die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Voor zover er een administratieve of gerechtelijke procedure loopt tegen een beslissing die op basis van die gegevens werd genomen, wordt de in het eerste lid bepaalde bewaringstermijn verlengd tot er naar aanleiding van die procedures een in kracht van gewijsde gegane beslissing is genomen."

**Art. 127.** In dezelfde afdeling wordt een artikel 65.8 ingevoegd, luidende:

"Art. 65.8 - De Regering en de diensten en instellingen van de non-profitsector zien erop toe dat passende veiligheidsmaatregelen worden toegepast bij de verwerking van de gegevens vermeld in artikel 65.3.

Op zijn minst gelden de volgende veiligheidsmaatregelen:

1° het personeelsregister wordt voor alle diensten en instellingen van de non-profitsector beveiligd met een afzonderlijk paswoord;

2° alle diensten en instellingen van de non-profitsector kunnen alleen de gegevens registreren, inzien en bijwerken die betrekking hebben op henzelf of op hun personeelsleden.

De Regering kan de nadere regels daaromtrent bepalen."

### Afdeling 3. — Subsidiegarantie

**Art. 128.** In artikel 1 van het besluit van de Regering nr. 4 van 30 april 2020 tot invoering van een subsidiegarantie en een liquiditeitsverhoging voor subsidieontvangers ter uitvoering van artikel 5.1 van het crisisdecreet 2020 van 6 april 2020 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "de begunstigden" vervangen door de woorden "de begunstigden voor de begrotingsjaren 2020 en 2021";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "niet kan vervullen" vervangen door de woorden "gedurende de voormelde periode niet kan vervullen";

3° paragraaf 1 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Voor situaties die na 1 september 2020 zijn ontstaan, zijn de bepalingen van dit artikel van toepassing, zodra de Regering vaststelt dat een ondersteuningssector één of meer toekennings- of uitbetalingsvoorwaarden niet kan vervullen wegens de dringende maatregelen die de bevoegde overheden hebben genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken."

4° § 2, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 1.1, luidende:

"1.1 bij subsidies voor werkings- en personeelskosten die voor de begrotingsjaren 2020 of 2021 zouden moeten worden uitbetaald en die nog niet overeenkomstig 1° zijn onderzocht: tot een door de Regering per ondersteuningssector vast te stellen tijdstip en overeenkomstig de door de Regering vast te stellen modaliteiten;"

5° in § 3, tweede lid, worden de woorden "dan wordt het begrotingsjaar 2020 geneutraliseerd" vervangen door de woorden "dan worden de begrotingsjaren 2020 en 2021 geneutraliseerd";

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - De Regering kan bepalen welke personeelskosten als aanneembaar worden beschouwd voor de toepassing van dit artikel."

### HOOFDSTUK 10. — Slotbepalingen

**Art. 129.** Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2021, met uitzondering van:

1° artikel 49, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2020;

2° de artikelen 52, 53 en 54, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2020;

3° de artikelen 1 tot 3, 25 tot 29, 50, 55, 57, 59, 106 tot 116 en 128, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

4° de artikelen 31 tot 39, die in werking treden op een door de Regering vastgesteld tijdstip en uiterlijk op 1 juni 2021.

## BIJLAGE

Bijlage 1 bij het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap

<b>Muziekverenigingen en instrumentale ensembles</b> (met uitzondering van kamermuziekensembles)		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Met bijzonder artistiek niveau	5	1.000,00
Hoogste categorie	4	877,00
Eredivisie	3	877,00
Categorie 'uitmuntend'	2	877,00
Eerste categorie	2	627,00
Tweede categorie	1	577,00
Derde categorie	1	457,00
Reisvergoeding: max. 250 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

<b>KOREN/VOCALE ENSEMBLES</b>		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Met bijzonder artistiek niveau	5	1.000,00
Categorie 'uitmuntend'	3	743,00
Eerste categorie	2	593,00
Tweede categorie	1	543,00
Derde categorie	1	443,00
Reisvergoeding: max. 250 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

<b>KINDERKOREN EN JEUGDKOREN</b>		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Categorie A	3	500,00
Categorie B	1	500,00
Reisvergoeding: max. 250 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

<b>KAMERMUZIEKENSEMBLES</b>		
Ten minste 4 en ten hoogste 6 werkende leden naast de artistieke leider		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Met bijzonder artistiek niveau	5	600,00
Hoogste categorie	4	576,00
Eredivisie	3	576,00
Categorie 'uitmuntend'	2	576,00
Eerste categorie	2	426,00
Tweede categorie	1	376,00
Derde categorie	1	296,00
Reisvergoeding: max. 50 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

DANS		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Categorie 1	3	500,00
Categorie 2	1	500,00
Reisvergoeding: max. 130 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

TONEELGROEPEN		
Classificatie	Aantal optredens per jaar (binnen of buiten de Duitstalige Gemeenschap)	Subsidie (uitgedrukt in euro)
Categorie 1	2	870,00
Categorie 2	2	800,00
Categorie 3	1	800,00
Reisvergoeding: max. 130 euro voor busreizen van minstens 50 km per optreden		

Eupen, 10 december 2020

O. PAASCH

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs  
en Wetenschappelijk Onderzoek

—  
Nota

(1) Zitting 2020-2021

Parlementaire stukken: 106 (2020-2021) Nr. 1 Voorstel van decreet

106 (2020-2021) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

106 (2020-2021) Nr. 3 Verslag

106 (2020-2021) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 10 december 2020 - Nr. 20 Bespreking en aanneming

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/200390]

### 10. DEZEMBER 2020 — Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans 2021 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**Artikel 1** - Für das Haushaltsjahr 2021 werden die laufenden Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgendermaßen geschätzt:

<i>(in Euro x 1.000)</i>	
Allgemeine Einnahmen	300.822
Zweckbestimmte Einnahmen	187.297
<b>Total</b>	<b>488.119</b>

Der Einnahmehaushalt ist in Anhang I aufgeführt.

**Art. 2** - In Anwendung von Artikel 3 Absatz 1 des Dekrets vom 21. Dezember 1995 zur Einrichtung des Fonds zur Verwaltung der Finanzverbindlichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden diesem Fonds 14.484.000 Euro der Globaldotation als zweckbestimmte Einnahmen zur Verfügung gestellt.

In Anwendung von Artikel 5 § 1 Absatz 2 Nummer 9 des Dekrets vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds werden dem Fonds für Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft 1.700.000 Euro der Globaldotation als zweckbestimmte Einnahmen zur Verfügung gestellt.